

- Internationaler Konjunkturunbruch als Folge der COVID-19-Pandemie
- Konjunkturschätzung sinkt infolge der COVID-19-Pandemie ab
- Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise
- Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie
- Arbeitsmarkt 2019
- Industrie und Außenhandel 2019
- Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer

WIFO ■ MONATSBERICHTE

93. Jahrgang, Heft 5/2020

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Redaktionsschluss: 13. 5. 2020

Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Druck- und Online-Version

2020 erscheinen die Monatsberichte in ihrem 93. Jahrgang. Neben den gedruckten Heften stehen alle Artikel seit der Gründung des Institutes 1927 auf der WIFO-Website im PDF-Format zur Verfügung. Der Download der älteren Ausgaben ist durchwegs kostenlos. Die aktuellen Ausgaben können online bestellt und gekauft werden, wobei Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnentinnen und Abonnenten kostenlosen Zugriff haben.

Preise 2020

Jahrgang (12 Hefte, Printversion und Online-Zugriff): 270 € • Einzelheft (Druckversion und Online-Zugriff): 27,50 € • Einzelartikel (Online-Zugriff): 16 €

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2020 • monatsberichte.wifo.ac.at

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Lektorat: Ilse Schulz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Information für Autorinnen und Autoren:
monatsberichte.wifo.ac.at/WIFO_MB_Autoreninfo.pdf

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz



93. Jahrgang, Heft 5/2020

327-334 ■ **Internationaler Konjunkturunbruch als Folge der COVID-19-Pandemie**

Sandra Bilek-Steindl

Die Weltwirtschaft wurde von den Auswirkungen der zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie international gesetzten gesundheitspolitischen Restriktionen hart getroffen. Erste Daten zeigen bereits einen BIP-Rückgang im I. Quartal in allen wichtigen Wirtschaftsregionen. Die Vertrauensindikatoren brachen auf ein Niveau wie während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ein. Auch in Österreich sank die Wirtschaftsleistung bereits im I. Quartal. Besonders betroffen waren der Konsum sowie der Bereich Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie die sonstigen Dienstleistungen. Nachdem die Arbeitslosigkeit Ende März innerhalb von zwei Wochen massiv zugenommen hatte, stieg sie im April weiter, allerdings schwächer. Die Inflation ging im März zurück.

Worldwide Economic Downturn as a Result of the COVID-19 Pandemic

335 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

337-345 ■ **Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020**

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

Infolge des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie brachen die WIFO-Konjunkturindizes ein, wie der WIFO-Konjunkturtest vom April zeigt. Die WIFO-Konjunkturampel bestätigt die Verschlechterung der Stimmung im österreichischen Unternehmenssektor. In allen Sektoren erhöhte sich die Unsicherheit erheblich, der Unsicherheitsindikator erreichte einen neuen Höchstwert. Die Kapazitätsauslastung sank in allen Sektoren ebenso wie die gesicherte Produktionsdauer. Auch die Angaben der Unternehmen zu den Hindernissen für ihre Geschäftstätigkeit spiegeln die Verwerfungen der COVID-19-Krise wider, nach der Kategorie "sonstige Hindernisse" wurde vor allem der "Mangel an Nachfrage" genannt.

Economic Sentiment Collapses as a Result of the COVID-19 Pandemic. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2020

347-353 ■ **Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020**

Werner Hölzl, Agnes Kügler

Im April 2020 wurden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests Sonderfragen zur COVID-19-Pandemie gestellt. Die Befragungsergebnisse zeigen die dramatischen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Unternehmen in Österreich. Demnach erwarten die Unternehmen heuer Umsatzeinbußen von durchschnittlich 21%. Rund 35% geben an, bei Fortbestand der Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 höchstens drei Monate überstehen zu können. Die Mehrzahl hat bereits mit Maßnahmen auf die COVID-19-Krise reagiert. Unternehmen, die stärker von der COVID-19-Krise betroffen sind, reagieren stärker mit Einsparungen im operativen und finanziellen Bereich sowie hinsichtlich der Investitionen. Dies hat das Potential, die Krise zu verschärfen. Die staatlichen Gegenmaßnahmen werden von der Mehrzahl der befragten Unternehmen als hilfreich eingeschätzt.

Enterprise Responses to the COVID-19 Crisis. An Analysis Based on the Results of the Special Survey Conducted in the WIFO-Konjunkturtest of April 2020

355-361 ■ **Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie**

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Die COVID-19-Krise hat deutliche Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Österreich. Ein Teil der Hilfsmaßnahmen im Umfang von 38 Mrd. € auf Bundesebene und von 1,4 Mrd. € auf Ebene der Bundesländer (insgesamt 9,9% des BIP von 2019) wird unmittelbar budgetwirksam. Zudem löst der COVID-19-bedingte Konjunkturunbruch automatische Mehrausgaben (z. B. Arbeitslosen- oder Sozialhilfezahlungen) und Mindereinnahmen an konjunktur reagiblen Abgaben bzw. Steuern aus (automatische Stabilisatoren). So wird sich das Maastricht-Defizit 2020 auf -7,4% und 2021 auf -3,3% des BIP erhöhen. Der Schuldenstand wird auf über 80% des BIP steigen. Aufgrund der Unsicherheit über die Dauer und Tiefe der Rezession sowie die Inanspruchnahme der Hilfsmaßnahmen ist auch die Budgetprognose mit großer Unsicherheit verbunden.

Budgeting in Austria During the Outbreak of the COVID-19 Pandemic

363-375 ■ **Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer

Im Jahr 2019 schlug sich mit zeitlicher Verzögerung die Eintrübung der Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt nieder. Der Arbeitsmarktaufschwung der Jahre 2017 und 2018 setzte sich nur abgeschwächt fort: Die Beschäftigung wuchs weiterhin, aber mit deutlich geringerer Dynamik. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich zusehends. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den folgenden Gegenmaßnahmen Mitte März 2020 endete der Aufwärtstrend abrupt. Die Arbeitslosigkeit schnellte schlagartig in die Höhe und erreichte Ende April ihr bisher höchstes Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Einführung der COVID-19-Kurzarbeit verhinderte noch weitaus größere Beschäftigungsverluste. Dennoch wurde der höchste Rückgang der unselbständigen Beschäftigung seit den 1950er-Jahren verzeichnet.

Weaker Labour Market in 2019 and the COVID-19 Shock in Spring 2020

377-392 ■ **Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019**

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Michael Peneder, Yvonne Wolfmayr

Im Einklang mit der Schwäche der internationalen Konjunktur und dem Rückgang des Welthandels im Jahr 2019 verflachte das Wachstum des österreichischen Außenhandels im Jahresverlauf deutlich. Die Ausfuhr in die drei wichtigsten österreichischen Exportmärkte blieben unter dem Vorjahresniveau, insbesondere weil die Lieferungen an Vorprodukten, Maschinen und Kfz einbrachen. Mit dem Rückgang der Exporte kühlte sich auch die Konjunktur in der Herstellung von Waren im Jahresverlauf merklich ab. Allerdings waren die einzelnen Wirtschaftszweige davon unterschiedlich betroffen. Einige Branchen (z. B. Pharmaindustrie, Getränkeherstellung) erzielten weiterhin kräftige Zuwächse. Technologische Entwicklungen hatten eine Ausweitung der Investitionen in immaterielle Anlagegüter zur Folge, während das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen konjunkturbedingt gegen Jahresende zum Erliegen kam. Anfang 2020 zeichnete sich eine Aufwärtstendenz ab, die allerdings durch die COVID-19-Krise beendet wurde.

Uncertainty Due to International Trade Conflicts – Industrial Activity Slows Down. Development of Manufacturing, Foreign Trade and Investments in 2019

393-402 ■ **Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte**

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

Wie die vorliegende Ex-ante-Evaluierung zeigt, werden durch die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% breite Bevölkerungsschichten geringfügig entlastet. Das Ausmaß der absoluten individuellen Entlastung steigt mit dem zu versteuernden Einkommen und ist mit 350 € jährlich nach oben hin begrenzt. Der relative Zuwachs des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens beträgt im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung 0,8%. Für die hochgerechnet 4,63 Mio. direkt betroffenen Steuerpflichtigen erreicht der relative Zuwachs durchschnittlich 1,0%. Die Reform geht mit einer Verringerung der Lohn- und Einkommensteuereinnahmen um 1,46 Mrd. € einher. 13,9% dieses Entlastungsvolumens kommen dem Drittel der Bevölkerung mit den geringsten, 50,1% dem Drittel der Bevölkerung mit den höchsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen zugute.

Lowering the Tax Rate for the Lowest Income Tax Bracket in Austria. Impact on Tax Burden, Tax Revenues and Disposable Income of Private Households

404 ■ **Errata zu "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024"**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 264: In der Übersicht 9 wurden Zahlen korrigiert.

407-419 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 13. 5. 2020 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten und Abonnentinnen

Alle Artikel im Volltext online verfügbar • All German articles with English abstracts • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>

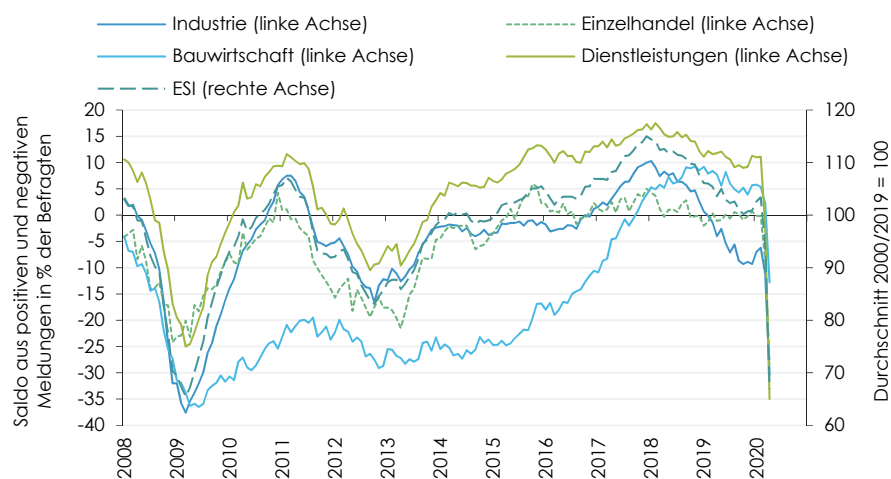
Internationaler Konjunkturunbruch als Folge der COVID-19-Pandemie

Sandra Bilek-Steindl

- Die aktuelle Dynamik der Weltwirtschaft ist von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung geprägt.
- Mit dem Nachfrageausfall sanken im April auch die Rohstoffpreise weiter.
- Der Konsumrückgang und die Einschränkung des Angebotes drücken die Wirtschaftsleistung in den USA. Die Arbeitslosenquote stieg im März deutlich.
- Auch im Euro-Raum sank das BIP im I. Quartal kräftig. Vertrauensindikatoren brachen im April auf breiter Basis ein.
- In Österreich wurde die Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2020 durch die gesundheitspolitischen Restriktionen ebenfalls empfindlich eingeschränkt. Der Bereich Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel sowie die sonstigen Dienstleistungen waren besonders betroffen.
- Die Arbeitslosigkeit nahm im April weiter zu, jedoch nicht mehr so stark wie im März.
- Der Rückgang der Treibstoffpreise dämpfte im März die Inflation.

Vertrauensindikatoren im Euro-Raum

Saisonbereinigt



Im April signalisierten Vertrauensindikatoren für den Euro-Raum einen Rückgang von historischer Dimension, welcher alle Teilbereiche umfasste. ESI . . . Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung, Durchschnitt 2000/2019 = 100 (Q: Konjunkturtest der Europäischen Kommission, Macrobond).

"Die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie traten breit gestreut über Länder und Sektoren auf. Erste Ergebnisse für das I. Quartal zeigen national und international bereits einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung."

Internationaler Konjunkturunbruch als Folge der COVID-19-Pandemie

Sandra Bilek-Steindl

Internationaler Konjunkturunbruch als Folge der COVID-19-Pandemie

Die Weltwirtschaft wurde von den Auswirkungen der zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie international gesetzten gesundheitspolitischen Restriktionen hart getroffen. Erste Daten zeigen bereits einen BIP-Rückgang im I. Quartal in allen wichtigen Wirtschaftsregionen. Die Vertrauensindikatoren brachen auf ein Niveau wie während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ein. Auch in Österreich sank die Wirtschaftsleistung bereits im I. Quartal. Besonders betroffen waren der Konsum sowie der Bereich Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie die sonstigen Dienstleistungen. Nachdem die Arbeitslosigkeit Ende März innerhalb von zwei Wochen massiv zugenommen hatte, stieg sie im April weiter, allerdings schwächer. Die Inflation ging im März zurück.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 7. 5. 2020

Kontakt: Mag. Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at)

Worldwide Economic Downturn as a Result of the COVID-19 Pandemic

The global economy was hit strongly by the effects of the COVID-19 related restrictions imposed worldwide to contain the pandemic. Initial data already show a decline in GDP in all major economic regions in the first quarter. Confidence indicators deteriorated to a level similar to that during the financial market and economic crisis in 2008-09. In Austria, too, economic output already declined in the first quarter. Consumption as well as accommodation and food service activities, transportation, wholesale and retail trade, repair of motor vehicles and motorcycles and other service activities were particularly affected. After rising strongly within two weeks at the end of March, unemployment continued to rise in April, albeit at a slower pace. Inflation fell in March.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen zeigten weltweit dramatische Folgen. Breit gestreut über Länder und Branchen brachen die Konjunkturindikatoren binnen weniger Wochen ein.

Mit dem Mangel an Nachfrage infolge des Lockdown gaben auch die Rohstoffpreise nach. Der HWWI-Index der Weltmarktrohstoffpreise, der Nahrungs- und Genussmittel sowie Energie- und Industrierohstoffe umfasst, lag im April sowohl auf Euro- als auch auf Dollar-Basis um rund 50% unter dem Niveau zu Jahresbeginn. Die Effekte der einschränkenden Maßnahmen, die in den USA und Europa ab Mitte März gesetzt wurden, waren so stark, dass die Wirtschaftsleistung vielerorts bereits im I. Quartal deutlich schrumpfte. Erste Daten zeigen einen BIP-Rückgang in den USA (-1,2%), im Euro-Raum insgesamt (-3,8%), in Frankreich (-5,8%), Italien (-4,7%) und Spanien (-5,2%, jeweils gegenüber der Vorperiode).

Im April sanken die Vertrauensindikatoren rasant, teilweise auf ein Niveau wie zuletzt im

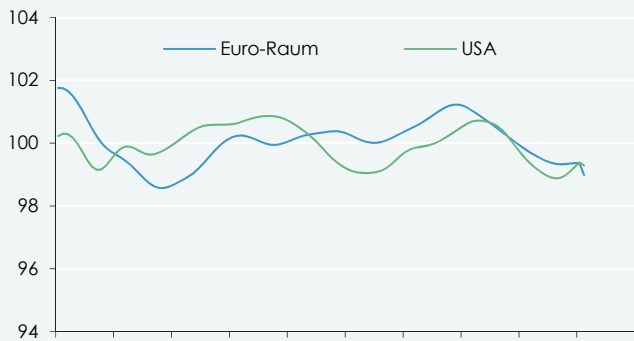
Tiefpunkt der Krise 2008/09. In den USA verzeichnete der Index des Verbrauchervertrauens des Conference Board den stärksten Rückgang seit 2009. Im Euro-Raum sank der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) auf ein Niveau wie während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09.

Auch in Österreich ließen die COVID-19-Pandemie und die zur Eindämmung gesetzten Maßnahmen das BIP bereits im I. Quartal 2020 kräftig sinken. Nach ersten Berechnungen blieb die Wirtschaftsleistung um 2,5% unter dem Ergebnis des Vorquartals (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe). Der Bereich Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie die sonstigen Dienstleistungen waren besonders betroffen. Auch die Sachgütererzeugung, welche bereits im Laufe des Jahres 2019 in eine Rezession geraten war, erlitt im I. Quartal 2020 Wertschöpfungseinbußen. In der Bauwirtschaft wurde die bislang gute Konjunktur mit den Baustellenschließungen ab Mitte März unterbrochen.

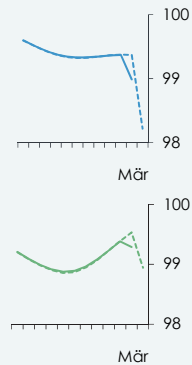
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

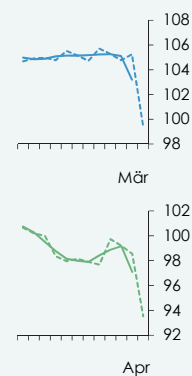
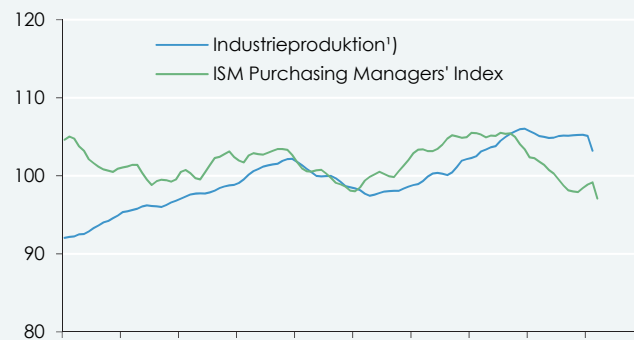
Leading indicators – Amplitude



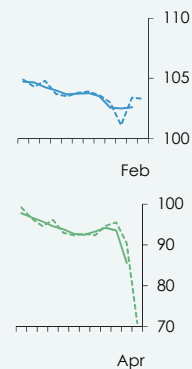
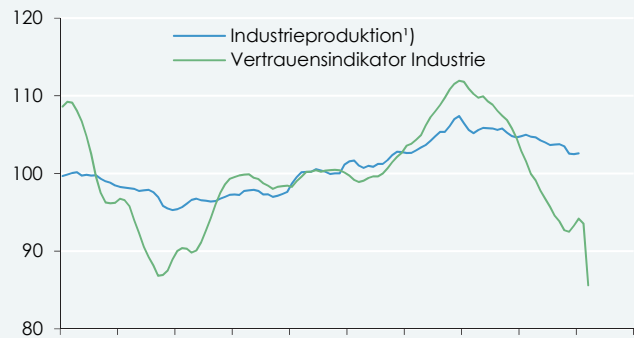
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



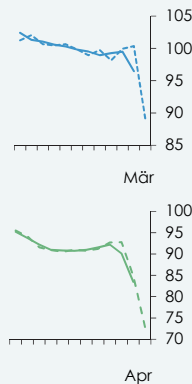
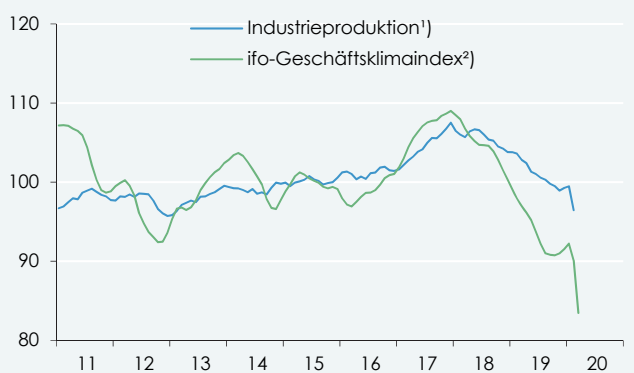
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – 1) Produzierender Bereich.

Die aktuellen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April zeigen einen Absturz der Konjunktureinschätzung durch die österreichischen Unternehmen, der breit über die Branchen (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) streut. Der Index der aktuellen Lagebeurteilung für die Gesamtwirtschaft drehte im April um 37,1 Punkte in den negativen Bereich (auf -28,2 Punkte).

Auf dem Arbeitsmarkt lösten die COVID-19-Pandemie und der Lockdown ab Mitte März einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Dieser verlangsamte sich im April, jedoch lag die Zahl der beim AMS

gemeldeten Arbeitslosen weit über dem Niveau des Vorjahres. Damit stieg die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) unbereinigt auf voraussichtlich 12,8%. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten sank nach vorläufiger Schätzung gegenüber dem Vorjahr um 197.000 (-5,3%).

Beeinflusst vom Rückgang der Treibstoffpreise verflachte die Inflation in Österreich im März. Sowohl laut Verbraucherpreisindex (VPI) als auch laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die Teuerungsrate 1,6% (Februar 2,2%). Damit war der Preisauftrieb in Österreich erneut höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,7%).

Mit dem weltweiten Nachfrageausfall gaben auch die Rohstoffpreise im April nochmals deutlich nach.

1. COVID-19-Pandemie schwächt die Weltwirtschaft

Die Weltkonjunktur steht im Zeichen der COVID-19-Pandemie. In China, wo die ersten Fälle der Viruserkrankung Ende 2019 auftraten, brach die Wirtschaftsleistung bereits in der Mitte des I. Quartals ein. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen mit SARS-CoV-2 zogen einen Produktionsrückgang und weitere negative Folgen für die Wirtschaft in China nach sich. Der PMI stürzte im Februar ab, lag jedoch im März und April wieder auf einem Wert nahe 50, der auf eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage hindeutet. Im I. Quartal sank das BIP gegenüber dem Vorjahr um 6,8%.

Die Weltwirtschaft verlor bereits seit Ende 2019 an Dynamik. Mit dem Abschwung und den weiteren Nachfrageeinschränkungen in Folge der COVID-19-Pandemie sanken auch die Rohstoffpreise. Der HWWI-Index der Weltmarktrohstoffpreise, der Nahrungs- und Genussmittel sowie Energie- und Industrierohstoffe umfasst, lag im April auf Euro- und auf

Dollar-Basis um rund 50% unter dem Niveau zu Jahresbeginn. Besonders stark ging der Teilindex für Energierohstoffe zurück. Vor dem Hintergrund der Produktionsausfälle und Mobilitätseinschränkungen sank die weltweite Nachfrage nach Rohöl und drückte die Rohölpreise. Ein Barrel Rohöl der Sorte Brent notierte im Monatsdurchschnitt April bei 18 \$ nach 32 \$ im Monatsdurchschnitt März (-43%). Die Preise von Industrierohstoffen gaben vor dem Hintergrund des Nachfragemangels ebenfalls nach, jedoch schwächer (seit Anfang 2020 rund -15% auf Euro- und Dollar-Basis).

Auch die Finanzmärkte reagierten rasch auf die COVID-19-Pandemie. Das hohe Ausmaß an Unsicherheit löste Ende Februar markante Kursschwankungen an den Börsen aus. Die Volatilitätsindizes erhöhten sich bis Mitte März stark, stabilisierten sich aber seither wieder.

In den USA sank die Wirtschaftsleistung im I. Quartal. Die Arbeitslosenquote schnellte im März nach oben.

2. Konsumverzicht belastet Wirtschaft der USA im I. Quartal

Auch in den USA wurde die Wirtschaftsaktivität durch die COVID-19-Pandemie empfindlich getroffen. Der Konsum, die Haupttriebkraft der Wirtschaft, geriet durch die gesundheitspolitischen Restriktionen und die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte massiv unter Druck. Sowohl die Industrieproduktion (-5,4%), als auch die Einzelhandelsumsätze (-6%) brachen im März gegenüber dem Vormonat ein. Geprägt von diesen Effekten sank die Wirtschaftsleistung im I. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,2%. Das war der erste Rückgang nach einer gut 10 Jahre dauernden Phase der wirtschaftlichen Expansion.

Auch die zuletzt ausgesprochen günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich im März abrupt. Der Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,9 Prozentpunkte auf 4,4% war der höchste seit Jänner 1975. Parallel dazu wurde die Beschäftigung deutlich eingeschränkt.

Im April verzeichnete das Verbrauchervertrauen des Conference Board den stärksten Rückgang seit 2009. Der ISM-Einkaufsmanagerindex sank im April mit 41,5 weit unter die Schwelle von 50, die noch Wachstum signalisiert (März 49,1).

3. Wirtschaftsleistung im Euro-Raum zwischen Jänner und März gesunken

Die Erholung, die sich im Euro-Raum Anfang 2020 angekündigt hatte, wurde durch das Auftreten der COVID-19-Pandemie abrupt

gestoppt. Im Verlauf des März wurden internationale Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsrisikos gesetzt. Der Produktionsindex

für den Euro-Raum dürfte nach dem Anstieg im Jänner (+2,3%) und der Stagnation im Februar (-0,1%) im März gesunken sein. Gemäß der ersten Veröffentlichung schrumpfte das BIP im I. Quartal gegenüber der Vorperiode um 3,8%. Erste Berechnungen für Frankreich, Italien und Spanien zeigen durchwegs einen massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung im I. Quartal (Frankreich -5,8%, Italien -4,7%, Spanien -5,2%).

Der Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft halbierte sich für den Euro-Raum im März und lag mit 13,5 Punkten (-16,2 Punkte) unter dem Niveau während der Finanzmarktkrise 2008/09. Vor allem die Dienstleistungen litten unter dem Lockdown, während der Rückgang in der Industrie geringer ausfiel. Die Einzelhandelsumsätze waren im März um 11,2% geringer als im Vormonat.

Der Arbeitsmarkt reagierte im Euro-Raum im März noch wenig auf die Restriktionen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg nur leicht auf 7,4% (Februar 7,3%).

Gemäß der Vorausschätzung für April sank die Inflationsrate weiter auf 0,4% (März 0,7%). Die Energieverbilligung hatte hier erneut einen dämpfenden Einfluss.

Im April brachen auch die Vertrauensindikatoren massiv ein. Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) sank weit unter den langjährigen Durchschnitt auf ein Niveau wie in der Finanzmarktkrise 2008/09. Der Absturz betraf breit gestreut Länder und Sektoren. Besonders tief war er im Bereich der Dienstleistungen.

In Deutschland verzeichnete die Industrieproduktion im März 2020 einen empfindlichen Einbruch (-9,2% gegenüber dem Vormonat). Parallel dazu nahmen die Auftrags-eingänge im verarbeitenden Gewerbe im März massiv ab (-15,6% gegenüber dem Vormonat). Das Konjunkturbarometer des DIW für die deutsche Wirtschaft fiel im April um 47 Punkte auf einen historischen Tiefstwert von 37 Punkten. Der Rückgang erstreckte sich über alle Teilbereiche (Arbeitsmarkt, Industrie, Dienstleistungen und Finanzmarkt).

Erste Daten für das I. Quartal zeigen einen BIP-Rückgang im Euro-Raum. Die Vorlaufindikatoren stürzten im April auf breiter Basis ab.

4. Österreich: BIP bereits im I. Quartal deutlich negativ

Auch in Österreich zeigten sich schon im März erste Effekte der COVID-19-Pandemie und der ab Mitte März zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen. Im I. Quartal 2020 lag die Wirtschaftsleistung nach ersten Berechnungen um 2,7% unter dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber der Vorperiode sank das BIP um 2,5% (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe). Ein Rückgang dieser Größenordnung war zuletzt während der Finanzmarktkrise 2008/09 verzeichnet worden, damals aber nicht schon zu Beginn, sondern erst im Laufe der Krise.

Die Einbußen betrafen vor allem den Handel und andere Dienstleistungsbereiche. Das verordnete vorzeitige Ende der Wintersaison und die Betriebsschließungen ließen den Umsatz im Tourismus einbrechen. Auf die Bereiche Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie entfiel mehr als die Hälfte des BIP-Rückganges im I. Quartal. Empfindlich betroffen waren auch die Bereiche Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie persönliche Dienstleistungen (z. B. Frisöre). Gestützt wurde die Wertschöpfungsentwicklung hingegen von Dienstleistungen, die nicht unmittelbar persönlichen Kontakt erfordern, und von Tätigkeiten, die auch mittels Online-Kommunikation durchgeführt werden können.

Spiegelbildlich zum Ausfall der Umsätze im Handel und den anderen Dienstleistungsbe-reichen wurde im I. Quartal der private Kon-

sum deutlich eingeschränkt. Die Angebotsbeschränkungen zogen hier unmittelbar einen Nachfrageausfall nach sich.

4.1 Einbußen auch in Industrie und Bauwirtschaft

Auch in der Industrie (Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung) schrumpfte die Wertschöpfung im I. Quartal. Nachdem die Sachgütererzeugung bereits im Laufe des Jahres 2019 in eine Rezession geraten war, verstärkten die Produktionsausfälle im März diese Entwicklung weiter. In der Bauwirtschaft verlief die Konjunktur hingegen bis zum Ausbruch der Krise sehr gut, der Produktionsindex stieg im Jänner und Februar deutlich (durchschnittlich +10% gegenüber dem Vorjahr). Hier dürfte auch das milde Winterwetter eine Rolle gespielt haben. Die Baustellenschließungen drosselten auch hier die Produktion ab Mitte März, sodass die Wertschöpfung im I. Quartal insgesamt leicht rückläufig war.

Nachdem die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie noch nicht vollständig abgebildet hatten, zeigten sie im April massive Auswirkungen auf die Einschätzung durch die Unternehmen. Breit gestreut über die Sektoren Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen brachen sowohl der Index der aktuellen Lagebeurteilung als

Die Angebotsbeschränkungen für Handel und Dienstleistungen zogen auch in Österreich einen erzwungenen Konsumverzicht der privaten Haushalte nach sich.

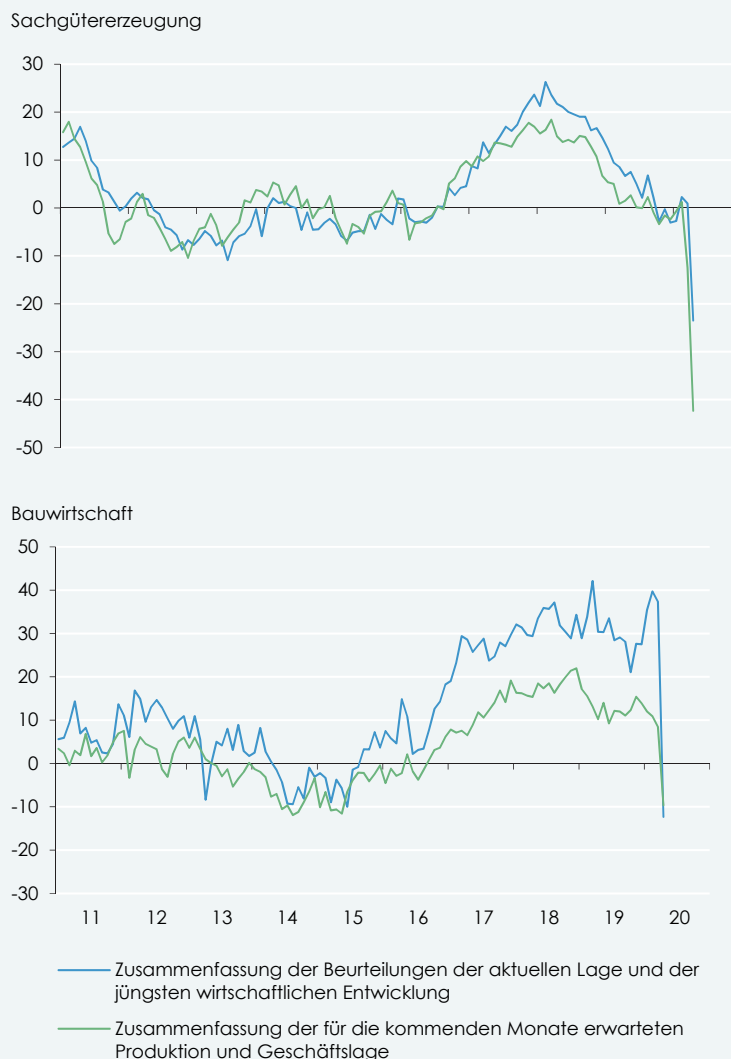
Auch Industrie und Bauwirtschaft erlitten Produktionseinbußen. Die Unternehmensstimmung fiel im April beinahe auf das Niveau zur Zeit der Finanzmarktkrise 2008/09.

auch der Erwartungsindex ein!). In der Sachgütererzeugung sank der Gesamtindex etwa auf das Niveau der Finanzmarktkrise

2008/09, im Dienstleistungsbereich lag er sogar darunter.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Die Arbeitslosigkeit stieg im April weiter, die Zunahme verlangsamte sich jedoch gegenüber der Entwicklung in der zweiten Märzhälfte.

4.2 Arbeitsmarkt empfindlich von den Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben massive Folgen für den Arbeitsmarkt. Nachdem die Arbeitslosigkeit Ende März innerhalb von zwei Wochen massiv zugenommen hatte, stieg sie im April weiter, allerdings schwächer. Ende April waren 522.300 Personen beim AMS als

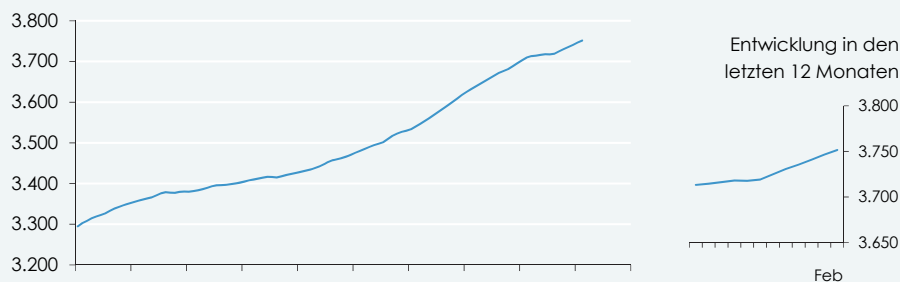
arbeitslos gemeldet, um 226.000 mehr als ein Jahr zuvor. Vor allem die Bereiche Beherbergung und Gastronomie, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen sowie die Bauwirtschaft waren betroffen. Damit lag die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) Ende April unbereinigt bei voraussichtlich 12,8%. Rund 1,200.000 Personen waren beim AMS zur COVID-19-Kurzarbeit angemeldet.

¹⁾ Siehe dazu Hölzl, W., Klien, M., Kügler, A., "Konjunktureinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des

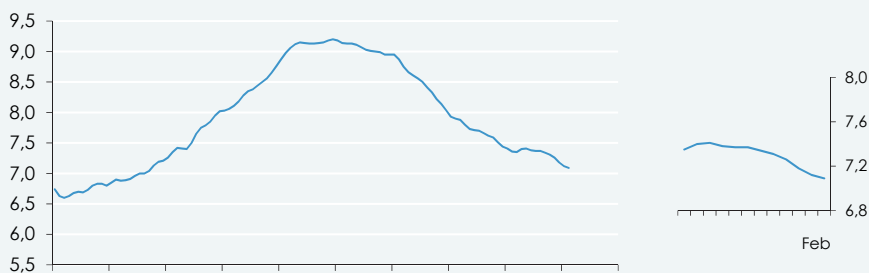
WIFO-Konjunkturtests vom April 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 337-345.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

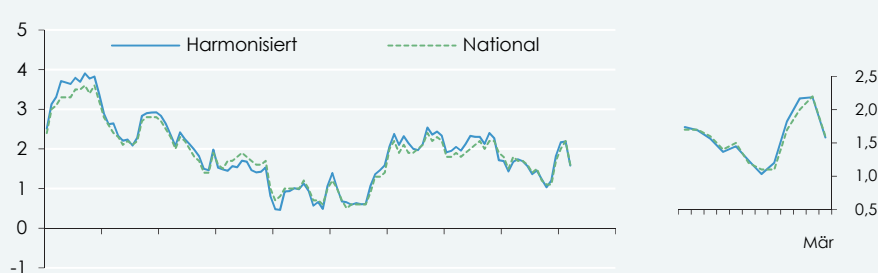
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



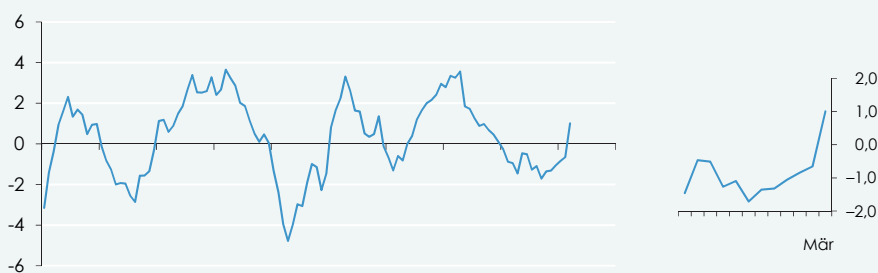
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der COVID-19-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt.

Der Rückgang der Treibstoffpreise wirkte im März dämpfend auf die Inflation.

Parallel dazu sank die Beschäftigung weiter. Nach $-5,0\%$ gegenüber dem Vorjahr im März betrug der Rückgang der unselbständig Beschäftigten nach vorläufiger Schätzung im April $5,3\%$ ²⁾. Ende März waren die Arbeitsplatzverluste höher als zum Höhepunkt der internationalen Finanzmarktkrise 2008/09 (April 2009 -76.100 bzw. $-2,3\%$), und die höchsten seit dem Winter 1952/53 (Dezember 1952 -115.500 bzw. $-5,9\%$)³⁾.

4.3 Preisauftrieb im März gedämpft

Nachdem die Inflation (gemessen am VPI) Anfang 2020 auf 2% (Jänner) bzw. $2,2\%$ (Februar) angezogen hatte, sank die Rate im März auf $1,6\%$. Bestimmend war hier die Dynamik der Treibstoffpreise: Sie gaben

ähnlich den Weltmarktrohstoffpreisen im März nach. Neben dem Bereich "Verkehr" wurde der Preisauftrieb auch durch die Entwicklung im Bereich "Nachrichtenübermittlung" gedämpft. Den stärksten preistreibenden Effekt wiesen neuerlich die Bereiche "Wohnung, Wasser und Energie" sowie "Restaurants und Hotels" auf.

Die EU-weit harmonisierte Inflationsrate (HVPI) lag im März ebenfalls bei $1,6\%$ und damit abermals über dem Durchschnitt des Euro-Raumes von $0,7\%$. Das Inflationsdifferential zwischen Österreich und dem Durchschnitt des Euro-Raumes weitete sich im I. Quartal aus und wurde sowohl durch die stärkere Verteuerung von Dienstleistungen, aber auch Industriegütern bestimmt.

²⁾ Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der COVID-19-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt.

³⁾ Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren". WIFO Research Briefs, 2020, (2), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65886>.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, maria.riegler@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten "saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen" der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbrau-

cherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

6/2020 **COVID-19-Pandemie und internationaler Handel: Abschätzung der Entwicklung der österreichischen Warenexporte im Jahr 2020**

Yvonne Wolfmayr

Die COVID-19-Pandemie hinterlässt seit Jahresbeginn deutliche Spuren in der Weltwirtschaft, Vorlaufindikatoren aus Konjunkturumfragen vom April brachen auf historische Tiefstwerte ein. Rezente internationale Prognosen gehen von einem Rückgang der Weltwirtschaftsleistung um 3% bis 9% aus. Für den Welthandel mit Waren lässt sich aus Vergleichen mit der Finanzmarktkrise 2008/09 ein drei- bis vierfach stärkerer Einbruch als der des Welt-BIP erwarten. Die Bandbreite der Ergebnisse internationaler Prognoseinstitute für den Welthandel ist jedoch groß: -9% bis -15% in optimistischeren Szenarien und -15% bis -30% in pessimistischen Szenarien. Die Größenordnungen der potentiellen Auswirkungen auf die österreichische Exportentwicklung im Jahr 2020 werden anhand von drei ausgewählten internationalen Szenarien abgesteckt. Die Schätzungen ergeben mögliche Einbußen für den österreichischen Warenexport zwischen 12% und 22%. Im Falle wesentlich pessimistischerer Varianten der Welthandelsentwicklung könnte aber auch die österreichische Ausfuhr von Waren mit bis zu 28% deutlich stärker einbrechen.

Mai 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65995>

5/2020 **COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer

Der massive Beschäftigungsrückgang, der Mitte März infolge der weitreichenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie einsetzte, hielt auch im April an. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank die unselbständige Beschäftigung um 188.905 Beschäftigungsverhältnisse auf 3.582.751 (-5,0%). Nach der Rekordarbeitslosigkeit im März 2020 erhöhten sich die Arbeitslosenzahlen noch bis Mitte April weiter, bevor der Anstieg in der zweiten Monatshälfte zum Stillstand kam. Ende April waren beim AMS 571.477 Arbeitslose und Personen in Schulungsmaßnahmen registriert, um 8.955 (+1,6%) mehr als im März 2020 bzw. um 210.275 (+58,2%) mehr als im April 2019. Während die Zahl der Schulungsteilnahmen aufgrund der Einstellung des Schulungsbetriebes um 24,2% sank, erhöhte sich die Zahl der arbeitslos vorgemerkten Personen im April um 76,3%.

Mai 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65983>

Frühere Ausgaben

4/2020 **Welches Home-Office-Potential birgt der österreichische Arbeitsmarkt?**

Julia Bock-Schappelwein

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65899>

3/2020 **COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65897>

2/2020 **COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65886>

1/2020 **COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete**

Angela Köppl (WIFO), Stefan Schleicher (Wegener Center und WIFO), Margit Schratzenstaller (WIFO), Karl W. Steininger (Wegener Center)

April 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65874>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

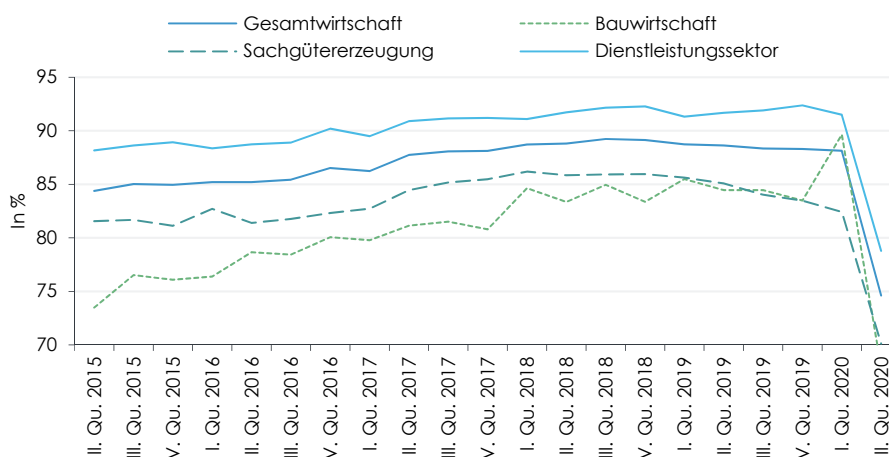
Konjunkturschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

- Die Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests zeigt im April 2020 einen deutlichen Einbruch der Konjunkturschätzungen in allen Sektoren infolge der COVID-19-Pandemie.
- Die WIFO-Konjunkturampel – ein Frühindikator für Wendepunkte – steht auf Rot.
- Die Unsicherheit der Unternehmen steigt in allen Sektoren auf ein bisher noch nie gemessenes Niveau.
- Die Kapazitätsauslastung sank im April in allen Sektoren deutlich. Die gesicherte Produktionsdauer war in den Sachgüterbranchen und in der Bauwirtschaft um 25% niedriger als im Jänner 2020 und bestätigt das Bild eines krisenbedingten Rückganges der Auftragsbestände.
- Die meisten Unternehmen gaben im April an, ihre Tätigkeit nicht ohne Beeinträchtigung durchführen zu können, vor allem aufgrund von "sonstigen Hindernissen", die auch die COVID-19-bedingten Einschränkungen umfassen, und des "Mangels an Nachfrage".

Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft und nach Sektoren



Die Kapazitätsauslastung geht in den Sektoren und in der Gesamtwirtschaft mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie markant zurück (Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt).

"Die Kapazitätsauslastung sinkt in allen Sektoren. In der Sachgütererzeugung war sie im April um 12,3 Prozentpunkte niedriger als im Jänner und erreichte mit 70% ihren bisher niedrigsten Wert. In der Bauwirtschaft war der Einbruch mit 21,8 Prozentpunkten am schwerwiegendsten. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich ein Rückgang um 13,5 Prozentpunkte auf 74,6%."

Konjunkturschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

Konjunkturschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Infolge des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie brachen die WIFO-Konjunkturindizes ein, wie der WIFO-Konjunkturtest vom April zeigt. Die WIFO-Konjunkturampel bestätigt die Verschlechterung der Stimmung im österreichischen Unternehmenssektor. In allen Sektoren erhöhte sich die Unsicherheit, der Unsicherheitsindikator erreichte einen neuen Höchstwert. Die Kapazitätsauslastung sank in allen Sektoren ebenso wie die gesicherte Produktionsdauer. Auch die Angaben der Unternehmen zu den Hindernissen für ihre Geschäftstätigkeit spiegeln die Verwerfungen der COVID-19-Krise wider, nach der Kategorie "sonstige Hindernisse" wurde vor allem der "Mangel an Nachfrage" genannt.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur

Einmal pro Quartal wird der Fragenkatalog des WIFO-Konjunkturtests um zusätzliche Fragen erweitert, die aber nicht in die monatlichen Indizes des WIFO-Konjunkturtests eingehen. Die monatlichen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests stehen auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur/wifo-konjunkturumfragen/wifo-konjunkturumfragen>) sowie auf der Projekt-Homepage zur Verfügung (<https://www.konjunkturtest.at>). Detailliertere Ergebnisse zu den Subsektoren der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungen können als graphischer Appendix von der Projekt-Homepage heruntergeladen werden (<https://www.konjunkturtest.at>).

Begutachtung: Sandra Bilek-Steindl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 30. 4. 2020

Kontakt: Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Dr. Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Mag. Dr. Agnes Kügler, MSc (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

In allen Sektoren brechen die WIFO-Konjunkturindizes ein.

Die Aufschwungsdynamik von Anfang 2020 wurde im Frühjahr von der COVID-19-Pandemie zunichte gemacht. Die monatlichen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen für den April einen Einbruch der Konjunkturschätzung durch die österreichischen Unternehmen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex drehte sich gegenüber Jänner um 42,4 Punkte auf -32,2 Punkte (Übersicht 1). Beide Teilindizes des WIFO-Konjunkturklimaindex (siehe Kasten "Indizes des WIFO-Konjunkturtests") waren davon betroffen: Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen kippte um 39,5 Punkte auf -28,2 Punkte, der Index der unternehmerischen Erwartungen um 45,3 Punkte auf -36,2 Punkte. Die österreichischen Unternehmen rechnen in den nächsten Monaten nicht mit einer deutlichen Verbesserung der Wirtschaftsdynamik.

In der Sachgütererzeugung verlor der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber dem Vor-

Economic Sentiment Collapses as a Result of the COVID-19 Pandemic. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2020

The April results of the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) show a crash in the business sentiment of Austrian companies. As a result of the COVID-19 pandemic, the WIFO economic climate indices collapsed. The WIFO Economic Traffic Light confirms the deterioration of the mood in the Austrian business sector. Uncertainty rose sharply in all sectors, the uncertainty indicator reached record levels. Capacity utilisation declined in all sectors, as did the assured production duration. The information on the obstacles to their business activities provided by companies also shows the distortions of the COVID-19 crisis. The most important obstacle mentioned was "other obstacles", closely followed by "lack of demand".

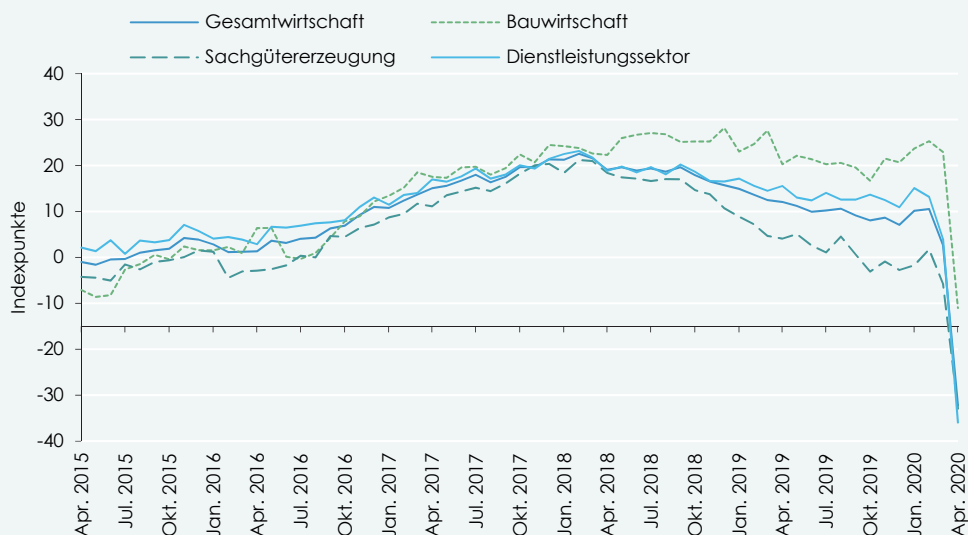
quartal 31,2 Punkte und lag mit -32,9 Punkten deutlich unter der Nulllinie, die positive von negativen Konjunkturschätzungen trennt. Der Rückgang betraf sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen für die kommenden Monate. Der Einbruch der Erwartungen hat Dimensionen, wie sie zuletzt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 für die Sachgütererzeugung beobachtet wurden.

In der Bauwirtschaft fiel die Reaktion der Unternehmensstimmung auf die COVID-19-Pandemie ähnlich aus wie in den anderen Sektoren. Dank der besseren Entwicklung vor der Krise und der nur kurzen Schließung von Baustellen sind die Indizes aber wesentlich höher als in den anderen Bereichen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex der Bauwirtschaft verlor gegenüber Jänner 2020 34,7 Punkte, die Konjunkturschätzungen lagen im April mit -11,0 Punkten deutlich im

negativen Bereich. Insbesondere der Index der aktuellen Lagebeurteilungen (-47,7 Punkte) ging markant zurück, der Index der unternehmerischen Erwartungen

etwas weniger (-21,7 Punkte gegenüber Jänner), befindet sich aber ebenfalls weit im negativen Bereich.

Abbildung 1: WIFO-Konjunkturklimaindizes



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Übersicht 1: Indizes des WIFO-Konjunkturtests

	April	2019 Juli	Oktober	Jänner Indexpunkte	Februar	2020 März	April	April Veränderung gegenüber Jänner (Vorquartal)
Gesamtwirtschaft								
WIFO-Konjunkturklimaindex	12,1	10,2	8,1	10,2	10,5	2,6	-32,2	-42,4
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	14,2	12,1	8,6	11,3	12,7	8,9	-28,2	-39,5
Index der unternehmerischen Erwartungen	9,9	8,2	7,6	9,0	8,3	-3,6	-36,2	-45,3
Sachgütererzeugung								
WIFO-Konjunkturklimaindex	4,1	1,1	-3,1	-1,7	1,8	-5,8	-32,9	-31,2
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	6,7	2,2	-2,8	-2,7	2,3	0,9	-23,5	-20,8
Index der unternehmerischen Erwartungen	1,5	0,0	-3,4	-0,7	1,2	-12,5	-42,3	-41,6
Bauwirtschaft								
WIFO-Konjunkturklimaindex	20,3	20,3	16,7	23,7	25,3	22,9	-11,0	-34,7
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	30,4	28,4	21,1	35,4	39,7	37,3	-12,3	-47,7
Index der unternehmerischen Erwartungen	10,2	12,2	12,3	12,0	10,9	8,4	-9,7	-21,7
Dienstleistungssektor								
WIFO-Konjunkturklimaindex	15,6	14,0	13,7	15,1	13,2	4,0	-36,0	-51,1
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	16,0	15,4	13,6	15,5	14,1	8,4	-34,3	-49,8
Index der unternehmerischen Erwartungen	15,1	12,7	13,8	14,7	12,3	-0,4	-37,6	-52,3

Q: WIFO-Konjunkturtest.

Die besondere Betroffenheit des Dienstleistungssektors von den gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Infektionen spiegelt sich im Rückgang

des WIFO-Konjunkturklimaindex für diesen Sektor um 51,1 Punkte. Der Index notierte im April mit -36,0 Punkten auf einem historischen Tiefstwert. Die aktuelle Lage wird sehr

skeptisch eingeschätzt (-49,8 Punkte auf -34,3 Punkte). Der Index der unternehmerischen Erwartungen brach in der Quartalsbetrachtung noch stärker ein (-52,3 Punkte) und signalisierte mit -37,6 Punkten sehr trübe Konjunkturaussichten.

Im längerfristigen Vergleich der WIFO-Konjunkturklimaindizes (Abbildung 1) zeigt sich

die historische Dimension der COVID-19-Krise noch deutlicher. Eine derart abrupte Änderung der Stimmungslage der österreichischen Wirtschaft wurde im WIFO-Konjunkturtest noch nie gemessen. Auch der Rückgang der Konjunktüreinschätzungen in den sonst weniger volatilen Dienstleistungsbranchen auf historische Tiefstwerte ist einmalig.

1. Konjunkturampel rot – pessimistische Konjunktüreinschätzung

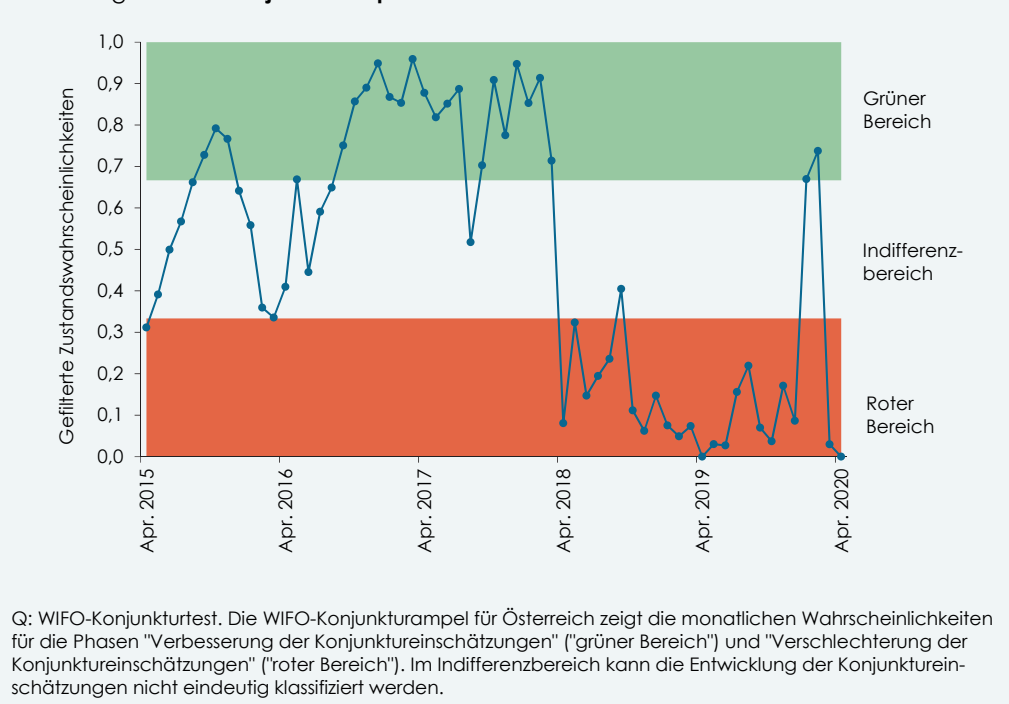
Mit Hilfe eines Markov-Regime-Switching-Modells wird für die WIFO-Konjunkturampel modellbasiert die Wahrscheinlichkeit berechnet, ob die aktuellen Werte der Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests einer Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen gegenüber der Vorperiode entsprechen (siehe dazu *Glocker – Hölzl, 2015*)¹⁾. Die ermittelte Wahrscheinlichkeit kann in eine von drei Kategorien fallen, die zusammenfassend als "Konjunkturampel" bezeichnet werden:

- Im "grünen Bereich" (Verbesserung) beträgt die Wahrscheinlichkeit über zwei Drittel, dass die Veränderung der aktuellen Indexwerte gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt eine Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen wiedergibt.

- Im "roten Bereich" (Verschlechterung) liegt die Wahrscheinlichkeit unter einem Drittel, dass der aktuelle Indexwert eine Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt bedeutet.
- Zwischen dem "grünen" und dem "roten" Bereich liegt der Indifferenzbereich. Die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen kann in diesem Fall nicht eindeutig zugeordnet werden.

Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Verbesserungsregime zu befinden, wurde im April 2020 vom Modell auf einen Wert unter 0,001 geschätzt. Nach den "grünen Ausreißern" Jänner und Februar 2020 lag sie damit wieder im roten Bereich (Abbildung 2). Die Unternehmen rechneten infolge der COVID-19-Pandemie seit März 2020 mit einem Abbrechen der fragilen Konjunktur.

Abbildung 2: WIFO-Konjunkturampel



¹⁾ Die Verschlechterung ist als Gegenzustand des Zustandes "Verbesserung" definiert: Die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verbesserung" (q) zu befinden, ist

1 minus die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verschlechterung" zu befinden ($p = 1 - q$).

Indizes des WIFO-Konjunkturtests

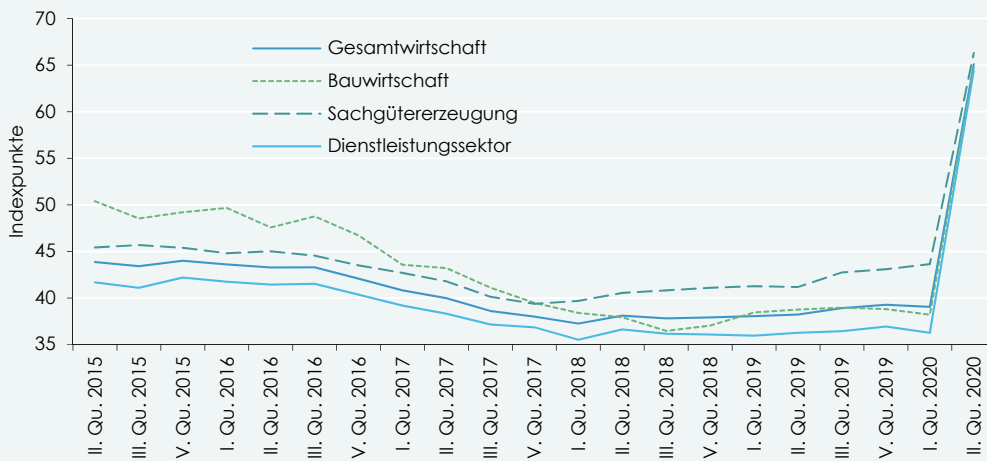
Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests werden monatlich auf Sektorebene für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft und die Dienstleistungen ermittelt. Anhand dieser Sektorindizes werden durch Gewichtung mit der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Sektors die "gesamtwirtschaftlichen Indizes" errechnet. Der zusammenfassende WIFO-Konjunkturklimaindex aggregiert zwei Teilindizes, die getrennt ausgewiesen werden:

- Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen basiert auf den monatlichen Erhebungen zur aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Er ist als gleichlaufender Index konzipiert, der allein durch die frühe Verfügbarkeit (rund zwei Monate vor den aktuellen Daten der amtlichen Statistik) einen Vorlauf gegenüber der amtlichen Konjunkturstatistik aufweist.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist als vorlaufender Indikator konzipiert.

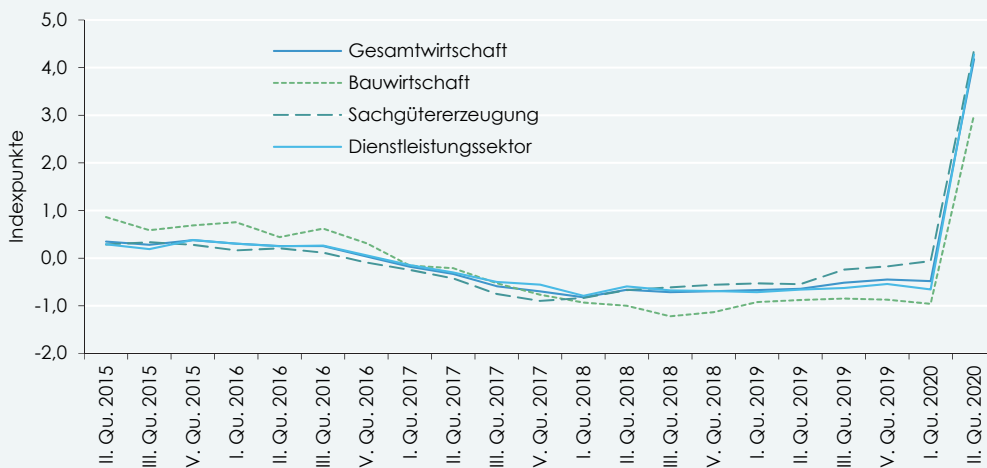
Details zu den Indizes präsentieren *Hölzl – Schwarz (2014)* oder *Hölzl – Klien – Kügler (2019)*.

Abbildung 3: **Indikator der unternehmerischen Unsicherheit für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren**

Indikatoren der Unsicherheit



Standardisierte Zeitreihen



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt. 0 . . . keine Unsicherheit, 100 . . . höchste Unsicherheit. Standardisierte Darstellung: Alle Indikatoren werden auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 skaliert. Dies erleichtert die Beurteilung des Konjunkturverlaufes des Unsicherheitsindikators.

2. Unsicherheit steigt markant

Seit den 1980er-Jahren wird im WIFO-Konjunkturtest quartalsweise die Einschätzung

der Unsicherheit der weiteren Geschäftslage erhoben. Seit 2014 wird die Frage in allen

Sektoren gestellt. Der durch Aggregation dieser Einschätzungen über viele Unternehmen ermittelte Indikator liefert Informationen zur Entwicklung der unternehmerischen Unsicherheit, welche Einfluss auf die Investitions- und Produktionsentscheidungen der Unternehmen hat (Glocker – Hölzl, 2019).

Die Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftslage erreichte zuletzt neue Höchstwerte.

Der Indikator der unternehmerischen Unsicherheit hat einen Wertebereich von 0 (keine Unsicherheit) bis 100 (höchste Unsicherheit; Abbildung 3). Im April 2020 (II. Quartal) lag der gesamtwirtschaftliche Indikator mit 65,1 um 26,0 Punkte über dem Wert vom Jänner 2020. Die hohe Unsicherheit zeigt sich auch darin, dass der Anstieg die bisherige Variabilität (Standardabweichung) um ein Vielfaches übertrifft (Abbildung 3).

Zwischen den Sektoren sind kaum Unterschiede zu beobachten (Abbildung 3): Unternehmen der Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft beurteilen die Unsicherheit

ähnlich hoch wie die Unternehmen des Dienstleistungsbereiches, der Konjunkturschwankungen traditionell etwas gedämpfter widerspiegelt. Der Anstieg der Unsicherheit ist auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen, zu deren Eindämmung ein Lockdown speziell im Dienstleistungsbereich erforderlich war.

Wie die Standardisierung der Unsicherheitsindikatoren (Normierung der einzelnen Indikatoren auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1; Abbildung 3) zeigt, entwickelte sich die Unsicherheit in den Sektoren bis zur aktuellen Umfrage ähnlich, allein in den Sachgüterbranchen erhöhte sich die Unsicherheit bereits vor der COVID-19-Krise etwas stärker. Die Unsicherheit ist in der Bauwirtschaft derzeit geringfügig niedriger als in den anderen Sektoren. Dies steht im Einklang mit dem etwas weniger ungünstigen Bild der Konjunkturindizes der Bauwirtschaft.

3. Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände krisenbedingt rückläufig

3.1 Kapazitätsauslastung bricht ein

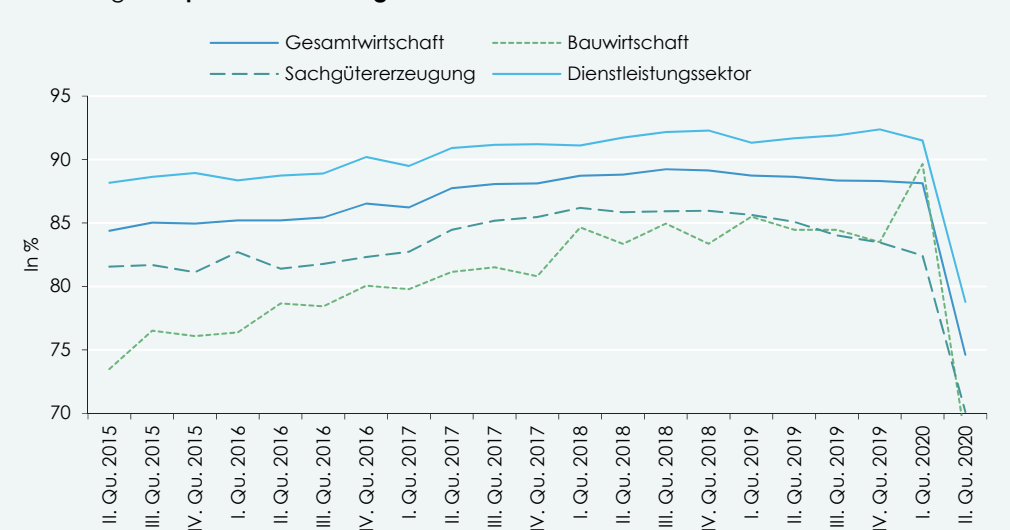
Die Kapazitätsauslastung fiel in allen Sektoren auf historische Tiefstwerte.

Vor allem in Bereichen mit hoher Kapitalintensität, hohen Anpassungskosten und langen Anpassungszeiträumen ist die Kapazitätsauslastung ein aussagekräftiger Konjunkturindikator. Im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests wird die Kapazitätsauslastung in allen Sektoren erhoben (Hölzl – Klien – Kügler, 2019).

Da die Kosten der Kapazitätsanpassung (Investitionskosten) für die meisten Dienstleistungsanbieter relativ gering sind, blieb die Kapazitätsauslastung in den Dienstleistungs-

branchen trotz eines markanten Rückganges im April gegenüber Jänner (–12,7 Prozentpunkte) mit 78,8% am höchsten von allen betrachteten Sektoren. In der Sachgütererzeugung sank sie um 12,3 Prozentpunkte auf 70%, den niedrigsten bisher gemessenen Wert. Nach einem Anstieg im Jänner verzeichnete die Bauwirtschaft den größten Einbruch mit –21,8 Prozentpunkten: Im April betrug die (saisonbereinigte) Kapazitätsauslastung nur mehr 67,9%. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich ein Rückgang von 13,5 Prozentpunkten, die gesamtwirtschaftliche Auslastung erreichte einen historischen Tiefstwert von 74,6%.

Abbildung 4: Kapazitätsauslastung nach Sektoren



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

3.2 Gesicherte Produktionsdauer deutlich gesunken

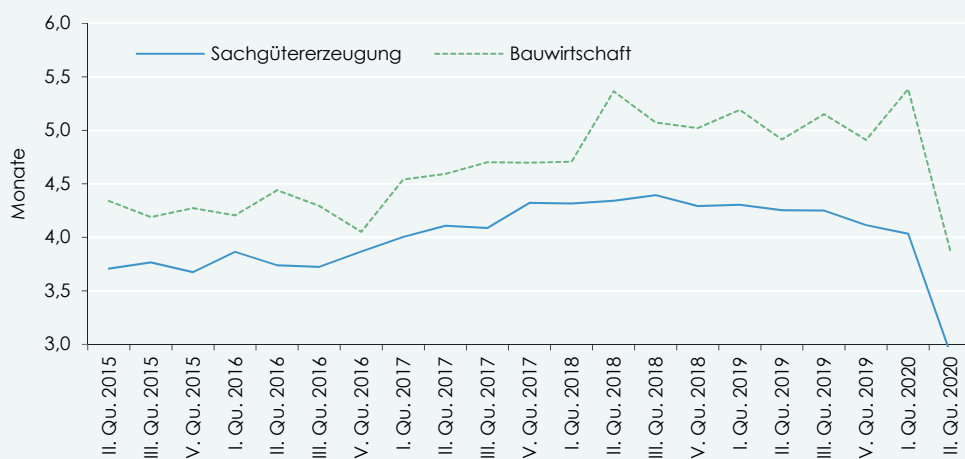
Die gesicherte Produktionsdauer – gemessen in Monaten – wird in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft im Rahmen der Quartalsbefragung erhoben (Abbildung 5). Im II. Quartal 2020 (April) zeigte sich in beiden Sektoren ein deutlicher Rückgang.

In der Bauwirtschaft meldeten die Unternehmen, dass ihre Produktionstätigkeit für die nächsten 3,9 Monate gesichert ist. Dieser

Wert lag um 1,5 Monate unter dem Vergleichswert vom Jänner 2020, die Bauwirtschaft verzeichnete somit bereits empfindliche Auftragseinbußen.

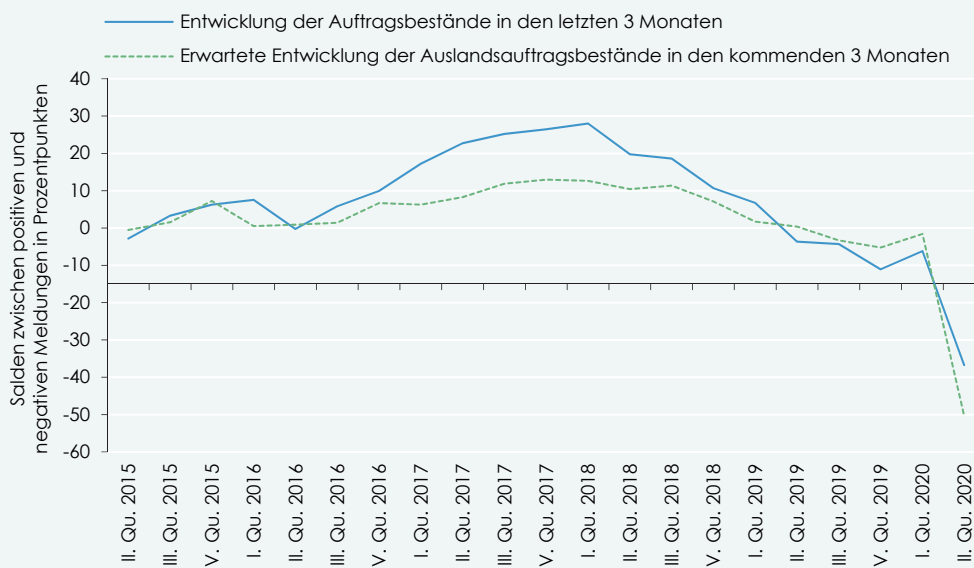
In der Sachgütererzeugung verringerte sich die gesicherte Produktionsdauer aufgrund der COVID-19-Krise gegenüber Jänner 2020 um 1,1 Monat auf 2,9 Monate.

Abbildung 5: **Gesicherte durchschnittliche Produktionsdauer in der Bauwirtschaft und der Sachgütererzeugung**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 6: **Entwicklung der Auftragsbestände und erwartete Entwicklung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

3.3 Auftragslage in der Sachgütererzeugung verschlechtert

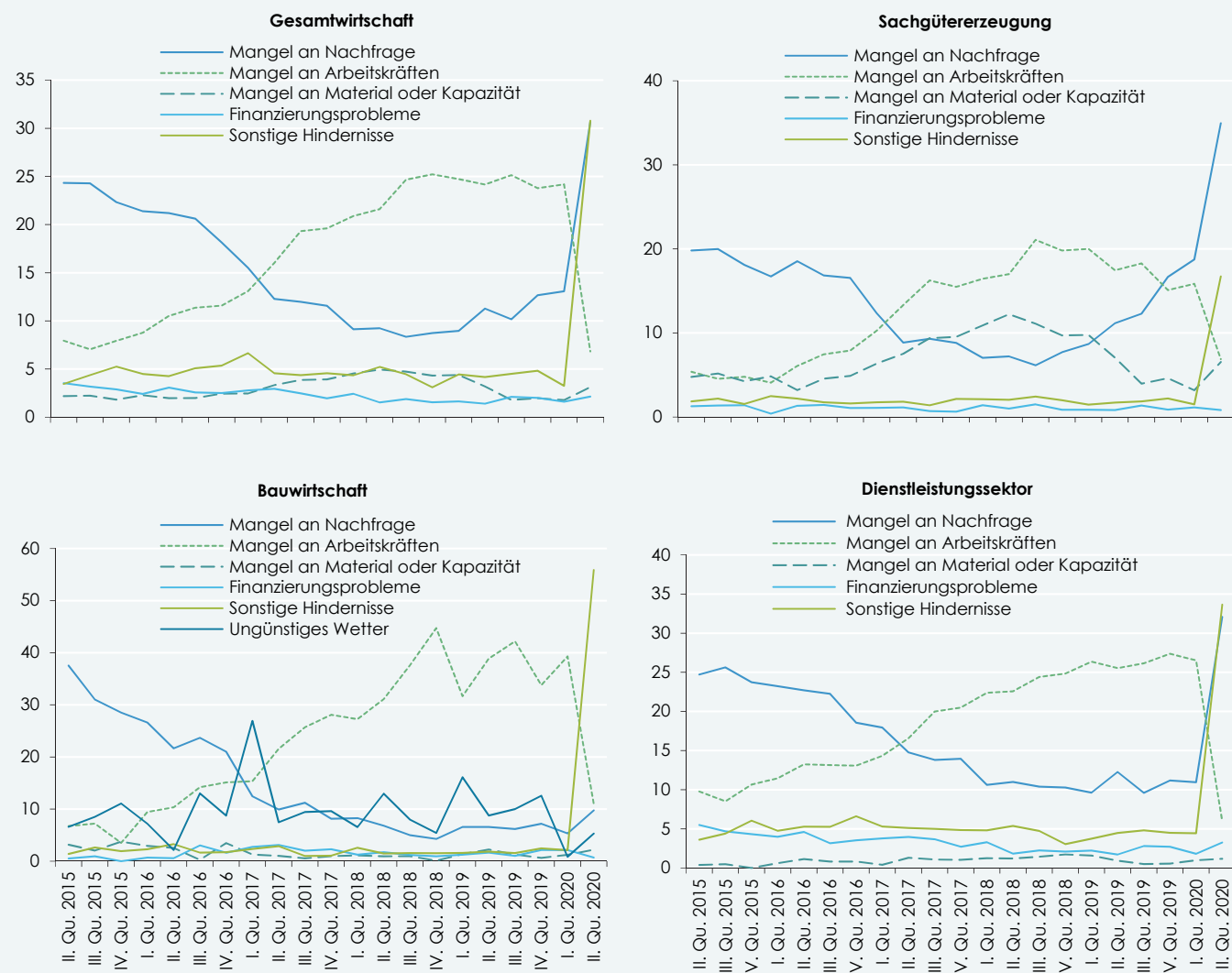
Die Auftragseingänge der letzten Monate und die erwarteten Auslandsauftragsbestände sind in der Sachgütererzeugung rückläufig.

In der Sachgütererzeugung werden die Auftragseingänge und die Erwartungen zu den Auslandsauftragsbeständen als relevante Indikatoren einmal im Quartal erfragt. Die Antworten auf diese Fragen werden zu Salden zwischen positiven und negativen Einschätzungen aggregiert. Wie Abbildung 6 zeigt,

verschlechterte sich die Beurteilung der Entwicklung der Auftragsbestände in den letzten drei Monaten sowie der erwarteten Auslandsauftragsbestände in den kommenden Monaten markant. Der Anteil der pessimistischen Stimmen überwog im April deutlich gegenüber den optimistischen Meldungen. Besonders pessimistisch sind die Unternehmen in Bezug auf die künftige Entwicklung der Auslandsauftragsbestände.

Abbildung 7: Produktionshindernisse

Anteile an allen Meldungen in %



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

4. Geschäftstätigkeit der meisten Unternehmen gehemmt

Im WIFO-Konjunkturtest werden quartalsweise auch Hemmnisse erhoben, die die Tätigkeit der befragten Unternehmen beeinträchtigen. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, keine Beeinträchtigung ihrer Tätigkeit zu melden oder das wichtigste Hindernis aus einer vorgegebenen Liste auszuwählen:

- Mangel an Nachfrage (Dienstleistungen und Sachgütererzeugung) oder Mangel an Aufträgen (Bauwirtschaft),
- Mangel an Arbeitskräften,
- Platzmangel oder Kapazitätsengpässe (Dienstleistungen) bzw. Mangel an Material oder Kapazität (Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft),

- Finanzierungsprobleme und
- sonstige Gründe.

In der Bauwirtschaft wird zusätzlich das Hindernis "ungünstiges Wetter" abgefragt³⁾.

Im April 2020 meldeten nur rund 34% der Unternehmen der Sachgütererzeugung (-25 Prozentpunkte), rund 15% der Bauunternehmen (-34 Prozentpunkte) und rund 24% der Unternehmen in den Dienstleistungsbranchen (-31 Prozentpunkte), dass ihre Tätigkeit ohne Beeinträchtigung möglich ist.

In der Sachgütererzeugung war im April 2020 der "Mangel an Nachfrage" das von den meisten Unternehmen gemeldete Hindernis (rund 35% aller Unternehmen) vor den "sonstigen Hindernissen" (17%). 7% der Unternehmen bezeichneten den "Mangel an Arbeitskräften", 7% den "Mangel an Material oder Kapazität" und rund 1% "Finanzierungsprobleme" als Hindernisse der Produktionstätigkeit (Abbildung 7). In den letzten Quartalsbefragungen hatte sich in Übereinstimmung mit der Konjunkturbeurteilung der Anteil der Unternehmen mit einem "Mangel an Nachfrage" merklich erhöht.

Krisenbedingt erreichten die "sonstigen Hindernisse" in der Bauwirtschaft das bisher höchste Gewicht: Im April meldeten rund 56% aller Unternehmen "sonstige Hindernisse"

als wichtigste Beeinträchtigung der Bautätigkeit vor "Mangel an Arbeitskräften" (11%), "Mangel an Aufträgen" (10%), "ungünstiger Witterung" (5%), "Mangel an Material oder Kapazität" (2%) und "Finanzierungsproblemen" (1%).

Auch in den Dienstleistungsbranchen bezeichnete im April 2020 die Mehrzahl der Unternehmen "sonstige Hindernisse" und somit auch die Folgen des Lockdown als größte Schwierigkeit (34% der Unternehmen) knapp vor dem "Mangel an Nachfrage" (32,1%). 6% meldeten einen "Mangel an Arbeitskräften", 3% "Finanzierungsprobleme" und rund 1% "Platzmangel oder Kapazitätsengpässe".

Der für die Gesamtwirtschaft aggregierte Indikator zeigte im April einen sprunghaften Anstieg des Faktors "sonstige Hindernisse", der die verschiedensten Einschränkungen infolge der COVID-19-Krise umfasst. Rund 31% der Unternehmen bezeichneten dieses Hemmnis im April als besonders wichtig knapp vor dem "Mangel an Nachfrage" (ebenfalls rund 31% der Unternehmen). Nur rund 7% der Unternehmen bezeichneten den "Mangel an Arbeitskräften" (Jänner 2020: 24%) als das wichtigste Hindernis ihrer Tätigkeit. 3% meldeten im April "Mangel an Kapazität oder Material" und rund 2% "Finanzierungsbeschränkungen".

Im April 2020 meldeten die Unternehmen in allen Sektoren "sonstige Hindernisse", das die COVID-19-bedingten Einschränkungen abbildet, knapp vor dem "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Produktionshemmnis.

5. Zusammenfassung

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests brachen im April infolge der COVID-19-Pandemie, der damit zusammenhängenden Verwerfungen der weltweiten Wertschöpfungsketten und der gesundheitspolitischen Restriktionen ein. In allen Sektoren gehen die Unternehmen von einer schwierigen Situation in den nächsten Monaten aus. Die WIFO-Konjunkturampel – ein Frühindikator für Wendepunkte – zeigt Rot. Der Indikator der Unsicherheit stieg durchwegs markant auf neue Höchstwerte. Gemäß der April-Umfrage sank die Kapazitätsauslastung deutlich und er-

reichte in den meisten Sektoren historische Tiefstwerte. Entsprechend meldeten die Sachgütererzeuger per Saldo eine empfindliche Verschlechterung der Auftragseingänge und der Auslandsauftragsbestände. Die gesicherte Produktionsdauer verringerte sich in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft. Die meisten Unternehmen sehen ihre Tätigkeit beeinträchtigt, insbesondere durch "sonstige Hindernisse", die auch Folgen des Lockdown abbilden, sowie durch einen "Mangel an Nachfrage".

6. Literaturhinweise

Europäische Kommission, The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys: User Guide, Brüssel, 2019, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/bcs_user_guide_en_0.pdf.

Glocker, Ch., Hözl, W., "Bestimmung einer Konjunkturampel für Österreich auf Basis des WIFO-Konjunkturtests", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(3), S. 175-183, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/57854>.

Glocker, Ch., Hözl, W., "Assessing the Economic Content of Direct and Indirect Business Uncertainty Measures", WIFO Working Papers, 2019, (576), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61620>.

Hözl, W., Klien, M., Kügler, A. "Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(11), S. 807-819, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62094>.

Hözl, W., Schwarz, G., "Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(12), S. 835-850, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.

³⁾ Bei der Berechnung der Hemmnisse für die Gesamtwirtschaft wird "ungünstiges Wetter" unter "sonstige Hindernisse" klassifiziert.

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

5/2020 **Konjunkturerwartungen etwas weniger pessimistisch – Konjunktüreinschätzungen tragen der Krise Rechnung.** Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Stimmung unter den österreichischen Unternehmen bleibt nach dem historischen Einbruch des Vormonats auf Krisenniveau. Zwar stieg der WIFO-Konjunkturklimaindex (saisonbereinigt korrigiert) um 4,4 Punkte, lag aber mit –27,8 Punkten im Bereich der historischen Tiefstwerte. Die Kreditnachfrage der Unternehmen nahm in den letzten drei Monaten deutlich zu. Die COVID-19-Krise hält die österreichische Wirtschaft im Griff.

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66015>

Sonderauswertung **1/2020** **Die österreichischen Unternehmen in der COVID-19-Pandemie.** Ergebnisse der Sonderfragen des WIFO-Konjunkturtests

Werner Hölzl

Im WIFO-Konjunkturtest vom April wurden Sonderfragen zur COVID-19-Pandemie gestellt. Wie die Befragungsergebnisse zeigen, hat die Mehrzahl der Unternehmen auf die negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise bereits mit Maßnahmen reagiert. Für heuer wird ein deutlicher Rückgang der Jahresumsätze erwartet – im Durchschnitt um 20%. Die Unternehmen rechnen nicht damit, diese Einbußen 2021 ausgleichen zu können. Mehr als die Hälfte der Unternehmen geben an, sechs Monate oder länger überstehen zu können, wenn die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in Kraft bleiben, allerdings geben rund 35% eine Frist von nur drei Monaten oder weniger an. Die staatlichen Unterstützungsleistungen werden von den meisten Unternehmen als hilfreich oder sehr hilfreich angesehen.

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65990>

Frühere Ausgaben

4/2020 **Drastische Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen.** Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65913>

3/2020 **Die Corona-Pandemie erfasst die österreichische Wirtschaft.** Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65843>

2/2020 **Konjunkturbeurteilung verbessert sich trotz anhaltender Unterschiede.** Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2020

Werner Hölzl, Julia Bachtrögl, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65771>

1/2020 **Konjunktüreinschätzungen bleiben zwischen Sektoren unterschiedlich.** Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65642>

<https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur/wifo-konjunkturumfragen/wifo-konjunkturumfragen>

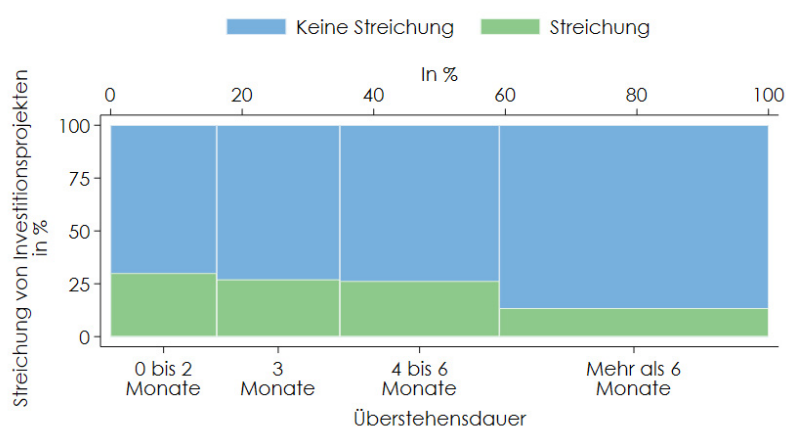
Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise

Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Werner Hölzl, Agnes Kügler

- Die COVID-19-Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020 zeigt eine erhebliche Betroffenheit der österreichischen Unternehmen von der COVID-19-Krise.
- Die Unternehmen erwarten für heuer einen deutlichen Umsatzrückgang von durchschnittlich 21% gegenüber dem Vorjahr.
- Rund 35% der Unternehmen erwarten, nicht länger als drei Monate überstehen zu können, wenn die gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der Infektionsgefahr fortbestehen.
- Die meisten Unternehmen haben bereits Anfang April mit Maßnahmen in den Bereichen operatives Geschäft, Finanzen und Investitionen auf die COVID-19-Krise reagiert.
- Unternehmen, die eine geringere Überstehensdauer bei Fortbestand der Restriktionen melden, sehen sich gezwungen, stärker mit Einsparungen auf die COVID-19-Krise zu reagieren.
- Einsparungen und ein Investitionsstopp könnten dazu beitragen, aus dem COVID-19-Angebotsschock eine tiefe nachfragegetriebene Rezession zu machen.

Zusammenhang zwischen der erwarteten Überstehensdauer und der Streichung von Investitionsprojekten



"Der Druck, Arbeitskräfte abzubauen und Aktivitäten einzuschränken, die für den Fortbestand des Unternehmens nicht unbedingt notwendig sind, sowie die Zurückhaltung im Bereich von Investitionen und Innovationen verstärken rezessive Tendenzen und können auch das mittelfristige Wachstumspotential beeinflussen."

Von der COVID-19-Krise besonders betroffene Unternehmen reagieren mit Streichungen von Investitionsprojekten (Q: WIFO-Konjunkturtest).

Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise

Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Werner Hölzl, Agnes Kügler

Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020

Im April 2020 wurden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests Sonderfragen zur COVID-19-Pandemie gestellt. Die Befragungsergebnisse zeigen die dramatischen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Unternehmen in Österreich. Demnach erwarten die Unternehmen heuer Umsatzeinbußen von durchschnittlich 21%. Rund 35% geben an, bei Fortbestand der Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 höchstens drei Monate überstehen zu können. Die Mehrzahl hat bereits mit Maßnahmen auf die COVID-19-Krise reagiert. Unternehmen, die stärker von der COVID-19-Krise betroffen sind, reagieren stärker mit Einsparungen im operativen und finanziellen Bereich sowie hinsichtlich der Investitionen. Dies hat das Potential, die Krise zu verschärfen. Die staatlichen Gegenmaßnahmen werden von der Mehrzahl der befragten Unternehmen als hilfreich eingeschätzt.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur, COVID-19

Begutachtung: Michael Klien • **Wissenschaftliche Assistenz:** Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Nicole Schmidt (nicole.schmidt@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 11. 5. 2020

Kontakt: Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Mag. Dr. Agnes Kügler, MSc (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

Enterprise Responses to the COVID-19 Crisis. An Analysis Based on the Results of the Special Survey Conducted in the WIFO-Konjunkturtest of April 2020

In April 2020 the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) included special survey questions on the COVID-19 pandemic. The survey results show the dramatic effects of the COVID-19 crisis on Austrian enterprises. The enterprises expect average sales losses of 21 percent for this year. Around 35 percent say that they will only be able to get through for three months or less if the measures to stop the spread of the SARS-CoV-2 virus are continued. The majority already reacted to the COVID-19 crisis with measures. Enterprises that are more strongly affected by the COVID-19 crisis are reacting more strongly with measures to cut costs in the operational business and finance as well as in investments. This has the potential to exacerbate the crisis. The majority of the companies surveyed consider the counter measures to be helpful.

Infolge der COVID-19-Pandemie und der staatlichen Maßnahmen¹⁾ zur Beschränkung der Verbreitung des Virus SARS CoV-2 in Österreich wurde die Tätigkeit vieler Unternehmen in Österreich und international erheblich eingeschränkt. Die Schnelligkeit und Tiefe des wirtschaftlichen Einbruches sind beispiellos auch im WIFO-Konjunkturtest (Hölzl – Klien – Kügler, 2020).

In einer solchen Situation sind detaillierte Informationen zu Einschätzungen und Maßnahmen von Unternehmen essentiell. Aus diesem Grund wurden in der Online-Befragung des WIFO-Konjunkturtests vom April zusätzlich Sonderfragen zur COVID-19-Krise gestellt²⁾. Die Befragung liefert ein erstes quantitatives Bild, um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die österreichischen Unternehmen besser einschätzen zu können.

¹⁾ In Österreich wurden Ausgangsbeschränkungen, Schul- und Betriebsschließungen behördlich angeordnet, die mit der COVID-19-Lockerungsverordnung wieder allmählich gelockert werden. Um den wirtschaftlichen Folgen entgegenzutreten, wurde bereits am 15. März 2020 mit dem ersten COVID-19-Gesetz ein COVID-19-Krisenbewältigungsfonds eingerichtet und mit 4 Mrd. € dotiert. Damit wurden Liquiditätshilfen und Kurzarbeit ermöglicht. Am 20. März und am 3. April wurden weitere Gesetzespakete beschlossen, die Steuerstundungen in der Höhe von 10 Mrd. € ermöglichen und den Krisenbewältigungsfonds auf 28 Mrd. € aufstockten. Das Volumen des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds setzt sich aus einem Soforthilfepaket

(4 Mrd. €), dem COVID-19-Hilfsfonds (15 Mrd. €) sowie Garantien und Haftungen (9 Mrd. €) zusammen. Einen detaillierten Überblick über die Maßnahmen und ihre Wirkung auf die öffentlichen Haushalte geben *Budgetdienst* (2020) und *Loretz – Pitlik – Schratzenstaller* (2020, in diesem Heft).

²⁾ Um die Antwortbelastung der Unternehmen möglichst gering zu halten, werden in den WIFO-Konjunkturtest sonst grundsätzlich keine größeren Zusatzfrageblöcke aufgenommen.

1. Befragungsergebnisse

Wie die Befragungsergebnisse zeigen, wirkt sich die COVID-19-Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Mehrzahl der Unternehmen negativ (50%) oder sehr negativ (38%)

aus. Rund 9% melden keine Auswirkungen, 3% positive Auswirkungen und 1% sehr positive Auswirkungen³⁾.

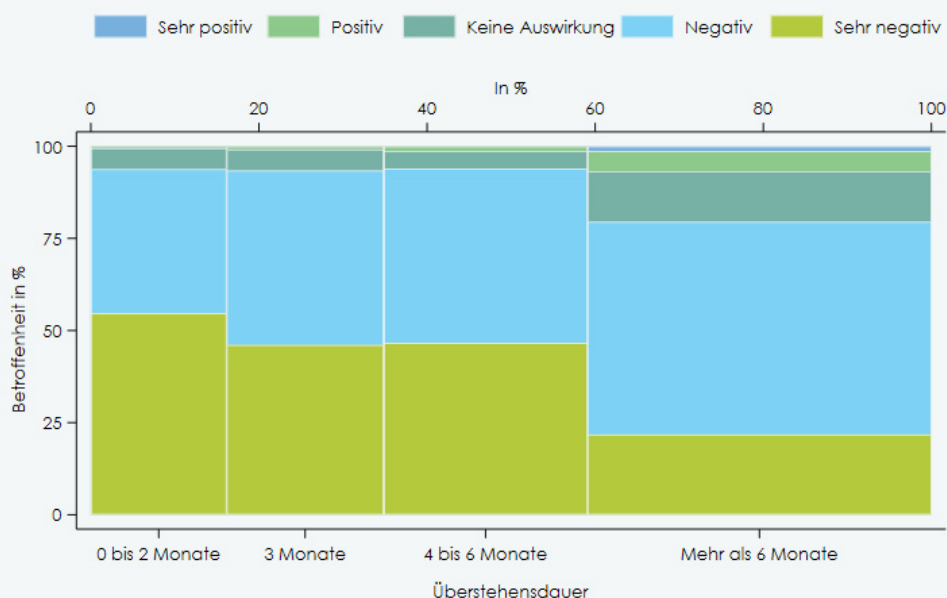
Zeitraum und Befragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist ein Panel, in welchem Unternehmen regelmäßig auf freiwilliger Basis die Konjunkturumfragen beantworten. Im April nahmen 2.010 Unternehmen am WIFO-Konjunkturtest teil, rund 65% elektronisch. Die Sonderbefragung wurde als freiwilliges Zusatzmodul des WIFO-Konjunkturtests nur im Rahmen der Onlinebefragung durchgeführt.

1.354 der 1.884 angeschriebenen Unternehmen beantworteten die Sonderfragen zur COVID-19-Krise (72%). Von diesen Unternehmen haben 62% weniger als 50 Beschäftigte, 27% 50 bis unter 250 Beschäftigte und 11% mehr als 250 Beschäftigte. 51% sind den Dienstleistungen zuzuordnen, 31% der Sachgütererzeugung und rund 17% der Bauwirtschaft.

Die Befragungsergebnisse decken den Zeitraum vom 1. bis 23. April 2020 ab, rund 90% der Meldungen langten aber vor dem 16. April ein. Damit gibt die Befragung vor allem die Unternehmensstimmung Anfang bis Mitte April 2020 wieder.

Abbildung 1: **Betroffenheit der österreichischen Unternehmen durch die COVID-19-Krise und ihre erwartete Überstehensdauer bei Andauern der gesundheitspolitischen Restriktionen**



Q: WIFO-Konjunkturtest. Auswertung der Antworten auf die Fragen "Wie wirkt sich die Corona-Pandemie (inkl. der behördlichen und gesetzlichen Maßnahmen) auf die derzeitige Geschäftstätigkeit Ihres Unternehmens aus?" und "Wie viele Monate kann Ihr Unternehmen überstehen, wenn die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, wie die Schließung von Schulen, Universitäten und Geschäften, Ausgangsbeschränkungen, Ein- und Ausreisebeschränkungen usw., über einen längeren Zeitraum aufrecht blieben?".

Um den erwarteten Verlust an Wirtschaftsleistung quantifizieren zu können, wurden die Unternehmen gefragt, wie sich die COVID-19-Pandemie auf ihren Jahresumsatz auswirken wird. Die Ergebnisse zeugen von der Tragweite der Einschränkungen: 88% der Unternehmen rechnen mit einem Rückgang des Jahresumsatzes. Rund ein Zehntel erwartet keine Auswirkungen auf die Umsätze,

und nur sehr wenige Unternehmen (2%) werden ihre Umsätze infolge der COVID-19-Krise steigern. Durchschnittlich erwarten die Unternehmen einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr um 21%. Kleinere Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten sind etwas skeptischer als mittlere und größere Unternehmen.

³⁾ Die deskriptiven Ergebnisse nach Sektoren und Größenklassen diskutiert Hölzl (2020) in größerem Detail.

Rund 35% der Unternehmen geben an, höchstens drei Monate überstehen zu können, wenn die gesundheitspolitischen Restriktionen in Kraft bleiben.

Wirtschaftspolitisch zentral ist, wie lange die Unternehmen die Ausnahmesituation, die von der behördlichen Schließung von Schulen und Unternehmen sowie von Ein- und Ausreisebeschränkungen begleitet ist, überstehen können. Vielfach wird auch in Österreich eine Insolvenzwelle infolge der COVID-19-Pandemie erwartet. Die Ergebnisse der Befragung bestätigen die schwierige Situation insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen: Zwar erwarten 41% der Unternehmen, eine solche Ausnahmesituation mehr als 6 Monate überstehen zu können, und 13% geben an, rund 6 Monate überstehen zu können. Allerdings melden 19% der Unternehmen, nur etwa 3 Monate überstehen zu können, 12% nur etwa 2 Monate und 4% 1 Monat.

Abbildung 1 stellt die Antworten zur Betroffenheit der Selbsteinschätzung zur Überstehensdauer in der COVID-19-Krise bei Fortbestand der gesundheitspolitischen Maßnahmen gegenüber. Unternehmen, die eine geringere Überstehensdauer angeben, melden auch eine höhere negative Betroffenheit durch die COVID-19-Krise.

Viele Unternehmen sehen sich durch die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung in ihrer Existenz bedroht. 25% der Unternehmen bezeichneten die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen als sehr große Hilfe⁴⁾, und für 48% helfen die Gegenmaßnahmen etwas. 10% sehen in den staatlichen Unterstützungen keine Hilfe, um die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie besser zu überstehen. 16% der Befragten benötigen keine staatliche Unterstützung zur Bewältigung der COVID-19-Krise. Größere Unternehmen beurteilen die staatlichen Unterstützungen günstiger als die kleinen Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten. Diese Ergebnisse zeigen für Anfang bis Mitte April, als einige Gegenmaßnahmen noch nicht implementiert waren, ein grundsätzlich positives Bild, vor allem wenn in Betracht gezogen wird, wie schnell die Unterstützungsmaßnahmen gesetzt wurden. Allerdings deuten die Ergebnisse auch darauf hin, dass kontinuierliches Monitoring der Wirksamkeit und der Inanspruchnahme auch während einer Lockerung der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie angezeigt ist.

2. Reaktionen der Unternehmen auf die Verwerfungen infolge der COVID-19-Pandemie

Fast alle befragten Unternehmen haben bereits Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Krise gesetzt.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen traf bereits Anfang April Maßnahmen zur Anpassung an die Krisensituation. Fast alle Unternehmen (98,6%) setzten Maßnahmen im Bereich des operativen Geschäfts. Am häufigsten genannt werden dabei der Abbau von Zeitguthaben und Urlaubsbeständen sowie die verstärkte Nutzung von Homeoffice (je rund drei Viertel der Unternehmen). 64% der Unternehmen geben an, Kurzarbeit anzumelden.

Rund 75% der Unternehmen melden Maßnahmen im Bereich "Finanzierung und Liquiditätsmanagement". Am häufigsten genannt wird "Einsparung in Bereichen, die für das Unternehmen kurzfristig nicht entschei-

dend sind". Rund 45% der Unternehmen haben diesbezüglich Maßnahmen gesetzt oder planen solche. An zweiter Stelle steht die Nutzung bestehender Kreditlinien (27%) vor dem Aufschub eigener Zahlungen oder Zahlungsziele (26%).

Im Bereich "Investitionen und neue Produkte und Dienstleistungen" ergriffen 72% der Unternehmen Maßnahmen. 53% schoben Investitionsprojekte auf oder werden das tun, 21% haben Investitionsprojekte bereits gestrichen oder wollen sie streichen. 18% der Unternehmen melden Kürzungen von Projekten zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen⁵⁾.

3. Überstehensdauer und Beschäftigungsmaßnahmen

Eine Gegenüberstellung der von den Unternehmen umgesetzten bzw. geplanten Reaktionen auf die COVID-19-Krise mit ihrer Einschätzung der Überstehensdauer zeigt, ob Unternehmen, die durch die COVID-19-Krise besonders betroffen sind (Abbildung 1), verstärkt bestimmte Maßnahmen getroffen haben oder ob die Maßnahmen in Antizipation

einer schwierigen Situation von allen Unternehmen gleichermaßen eingeführt wurden.

Abbildung 2 stellt die Antworten zu den Maßnahmen "Anmeldung zur Kurzarbeit" und "Beschäftigungsabbau" (Kündigungen, Auslaufen von befristeten Arbeitsverträgen usw.) mit der von den Unternehmen erwarteten

⁴⁾ Antworten auf die Frage "Helfen die staatlichen Unterstützungen (Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Kreditgarantien u. a.) Ihrem Unternehmen, die Zeit der wirtschaftlichen Einschränkungen besser zu überstehen?".

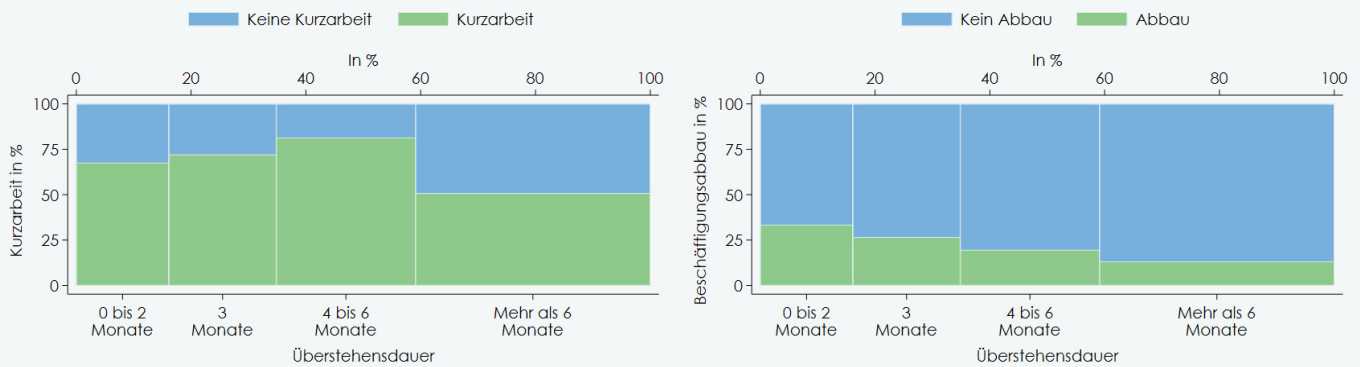
⁵⁾ Analysen zeigen einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Melden von mindestens einer Maßnahme und der Betroffenheit der Geschäftstätigkeit durch die COVID-19-Krise für alle drei abge-

fragten Bereiche. Der Zusammenhang zwischen dem Melden von mindestens einer Maßnahme und der Überstehensdauer bei Fortbestand der Einschränkungen ist statistisch signifikant nur für die Bereiche "Finanzierung und Liquiditätsmanagement" und "Investitionen und neue Produkte und Dienstleistungen", nicht aber für "operatives Geschäft".

teten Überstehensdauer in Beziehung. Demnach sehen sich Unternehmen mit geringerer erwarteter Überstehensdauer (höchstens 6 Monate) bzw. größerer Betroffenheit durch die COVID-19-Krise deutlich häufiger gezwungen, den Herausforderungen der Krise durch Kurzarbeit oder den Abbau von Beschäftigten zu begegnen. Während jedes

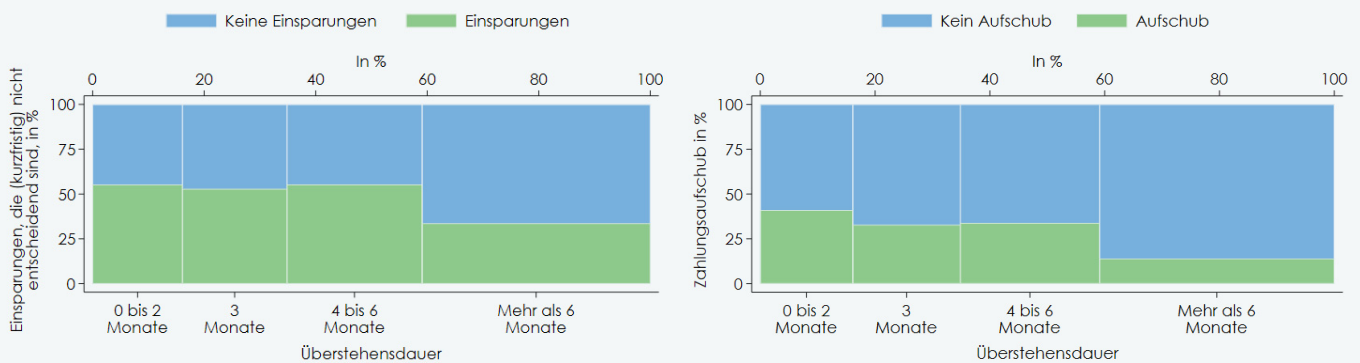
dritte jener Unternehmen, die erwarten, bei einem Anhalten der Restriktionen die nächsten 2 Monate nicht zu überstehen, der Krise mit Beschäftigungsabbau gegenübergestellt, trifft das nur auf 13% der Unternehmen zu, die bei Aufrechterhaltung der Restriktionen länger als 6 Monate überstehen würden.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Überstehensdauer, Nutzung von Kurzarbeit und Beschäftigungsabbau



Q: WIFO-Konjunkturtest. Auswertung der Antworten auf die Fragen "Welche Maßnahmen hat Ihr Unternehmen in Folge der Corona-Pandemie bereits umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen?" und "Wie viele Monate kann Ihr Unternehmen überstehen, wenn die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, wie die Schließung von Schulen, Universitäten und Geschäften, Ausgangsbeschränkungen, Ein- und Ausreisebeschränkungen usw., über einen längeren Zeitraum aufrecht blieben?".

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen der erwarteten Überstehensdauer, Einsparungen und dem Aufschub von Zahlungen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Auswertung der Antworten auf die Fragen "Welche Maßnahmen hat Ihr Unternehmen in Folge der Corona-Pandemie bereits umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen?" und "Wie viele Monate kann Ihr Unternehmen überstehen, wenn die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, wie die Schließung von Schulen, Universitäten und Geschäften, Ausgangsbeschränkungen, Ein- und Ausreisebeschränkungen usw., über einen längeren Zeitraum aufrecht blieben?".

4. Überstehensdauer und Einsparungen

Abbildung 3 setzt die subjektive Überstehensdauer mit finanziellen Gegenmaßnahmen in Beziehung. Unternehmen, die durch die COVID-19-Krise stärker betroffen sind, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, Ausgabenkürzungen vorzunehmen oder eigene Zahlungsziele zu strecken. "Einsparungen in Bereichen, die für das Unternehmen (kurzfristig) nicht entscheidend sind (Werbung, Gebäudereinigung usw.)" treffen 55% der

Unternehmen, die angeben, bei Fortbestand der Einschränkungen die nächsten 2 Monate nicht überstehen zu können. Hingegen nutzt nur jedes dritte Unternehmen (34%), das den Lockdown länger als 6 Monate überstehen würde, Einsparungspotentiale in diesem Bereich. Ausgabenkürzungen bedeuten, auch wenn sie kurzfristig für das Fortbestehen des Unternehmens nicht entscheidend sind, einen Nachfragerückgang

in Form von entgangenen Aufträgen in anderen Wirtschaftsbereichen. Auch der Aufschub von eigenen Zahlungen oder Zahlungszielen wird von vielen stark betroffenen

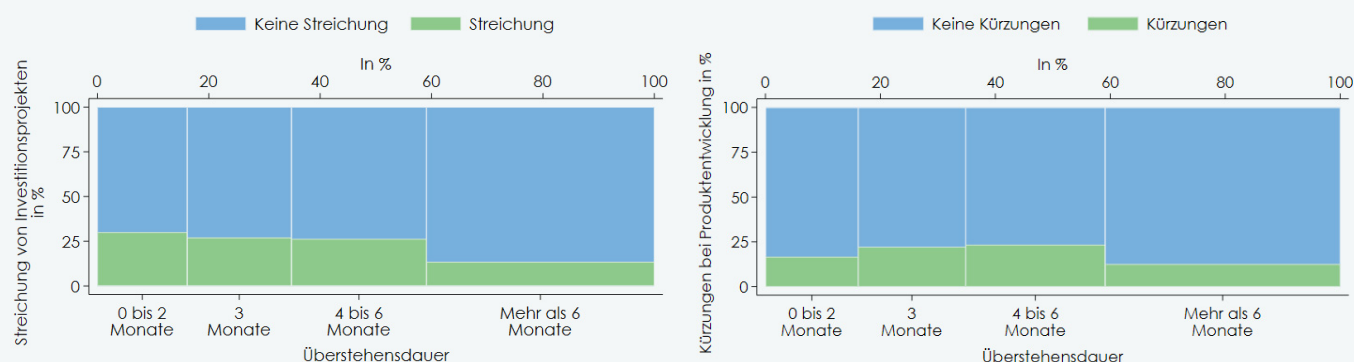
Unternehmen in Betracht gezogen und genutzt. Dies kann in der Folge unter Umständen Liquiditätsgpässe in anderen Wirtschaftsbereichen verstärken.

5. Auswirkungen auf Investitionen und Innovationen

Die Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit spiegeln sich auch in Investitionsentscheidungen. Abbildung 4 setzt die erwartete Überstehensdauer mit der Streichung von Investitionsprojekten und der Kürzung von Projekten zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (Innovationsprojekte) in Beziehung. Unternehmen, die mehr von der COVID-19-Krise betroffen sind, melden häufiger Reaktionen: 30% der Unternehmen mit einer erwarteten Überstehensdauer von höchstens 2 Monaten streichen Investitionsprojekte, aber nur 14% der Unternehmen mit

einer erwarteten Überstehensdauer von mehr als 6 Monaten. Die Reaktion der Unternehmen in Bezug auf Innovationsprojekte ist etwas weniger ausgeprägt. 17% der Unternehmen mit einer erwarteten Überstehensdauer von höchstens 2 Monaten geben an, Projektmittel zur Entwicklung neuer Produkte zu kürzen, in der Gruppe der Unternehmen mit einer Überstehensdauer von mehr als 6 Monaten beträgt der Anteil 13%. Allerdings führen nicht alle befragten Unternehmen regelmäßig Innovationsprojekte durch.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen der erwarteten Überstehensdauer, der Streichung von Investitionsprojekten und der Kürzung von Projekten zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Auswertung der Antworten auf die Fragen "Welche Maßnahmen hat Ihr Unternehmen in Folge der Corona-Pandemie bereits umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen?" und "Wie viele Monate kann Ihr Unternehmen überstehen, wenn die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, wie die Schließung von Schulen, Universitäten und Geschäften, Ausgangsbeschränkungen, Ein- und Ausreisebeschränkungen usw., über einen längeren Zeitraum aufrecht blieben?".

6. Diskussion und abschließende Bemerkungen

Die Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020 zeigt die Betroffenheit der österreichischen Unternehmen durch die COVID-19-Krise. Viele Unternehmen werden von der Krise ausgesprochen stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein wesentlicher Teil der Unternehmen sieht sich an den Grenzen ihrer wirtschaftlichen Existenz, sollten die Einschränkungen, wie sie Anfang und Mitte April galten, fortbestehen. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen werden von vielen Unternehmen als hilfreich gesehen, allerdings bezeichnen rund 10% der Unternehmen die staatlichen Unterstützungen als nicht hilfreich. Viele Unternehmen haben bereits Anfang und Mitte April eigene Maßnahmen getroffen, um diese Situation meistern zu können, wobei stärker betroffene Unternehmen sich häufiger zu Reaktionen gezwungen sehen.

Diese Ergebnisse können Hinweise auf den Konjunkturverlauf der nächsten Monate und das Verhalten der Unternehmen während einer Rezession geben, sollten die Lockerungen der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie – auch aufgrund internationaler Unsicherheit – nicht eine kräftige Wiederbelebung der Wirtschaft bewirken. Der Druck, Arbeitskräfte abzubauen und Aktivitäten zu drosseln, die für den Fortbestand des Unternehmens nicht unbedingt notwendig sind, sowie die Zurückhaltung im Bereich von Investitionen und Innovationen verstärken rezessive Tendenzen und können auch das mittelfristige Wachstumspotential mindern.

Mechanismen, wie sie diese Ergebnisse widerspiegeln, skizzieren Guerrieri et al. (2020): Die geringe Substituierbarkeit zwischen

Sektoren, unvollständige Märkte und Liquiditätsbeschränkungen auf Konsumentenseite tragen dazu bei, dass ein Angebotschock – wie infolge einer Pandemie – in eine nachfrageinduzierte Rezession münden kann. Ein

kontinuierliches Monitoring der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen ist daher auch für die Zeit der Lockerungen der Einschränkungen angezeigt.

7. Literaturhinweise

Budgetdienst, Budgetanalyse 2020, Wien, 6. Mai 2020.

Guerrieri, V., Lorenzoni, G., Straub, L., Werning, I., Macroeconomic Implications of COVID-19: Can negative Supply Shocks Cause Demand Shortages?, NBER Working Paper, 2020, (26918), <https://www.nber.org/papers/w26918>.

Hözl, W., Die österreichischen Unternehmen in der Corona-Pandemie. Ergebnisse der Sonderfragen des WIFO-Konjunkturtests, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65990>.

Hözl, W., Klien, M., Kügler, A., "Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 337-345, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66018>.

Loretz, S., Pittlik, H., Schratzenstaller, M., "Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 355-361, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66019>.

Kurzanalyse zur relativen Betroffenheit der Wiener Wirtschaft von der aktuellen COVID-19-Krise

Julia Bachtrögler, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Peter Mayerhofer, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher



Methodische Vorgehensweise

Ergebnisse

Einschätzungen nach Branchenabschnitten

Abschnitt A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
 Abschnitt B: Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden
 Abschnitt C: Herstellung von Waren
 Abschnitte D und E: Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung
 Abschnitt F: Bauwirtschaft
 Abschnitt G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz
 Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
 Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
 Abschnitt J: Information und Kommunikation
 Abschnitt K: Finanz- und Versicherungsleistungen
 Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
 Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
 Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
 Abschnitt O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
 Abschnitt P: Erziehung und Unterricht
 Abschnitt R: Kunst, Kultur, Unterhaltung
 Abschnitt Q: Gesundheits- und Sozialwesen
 Abschnitt S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen

Anhang: Betroffenheit der ÖNACE 2-Steller Abteilungen

In der derzeitigen Phase der COVID-19-Krise erscheint die Wirtschaft in Wien ähnlich betroffen wie in Österreich insgesamt. Ein einfacher Strukturansatz auf Basis eingehender Branchenanalysen zeigt für Wien jedoch spezifische Ursachen in den einzelnen Sektoren. Die Gefahr angebotsseitiger Produktionsstörungen durch den krisenbedingten Ausfall von Arbeitskräften ist auch in Wien erheblich, aber deutlich geringer als im Österreich-Durchschnitt.

Im Auftrag des Magistrates der Stadt Wien, MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik • März 2020 • 42 Seiten • 40 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65844>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

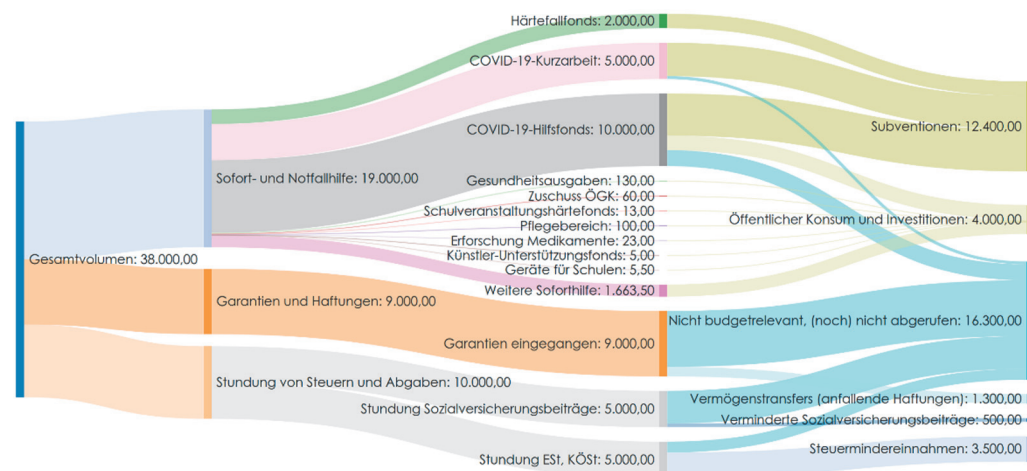
Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Die COVID-19-Pandemie unterbrach den üblichen Budgeterstellungsprozess abrupt und schuf völlig neue Rahmenbedingungen.
- Sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesländer beschlossen umfassende Hilfsmaßnahmen von bis zu 39,4 Mrd. € (rund 10% des BIP von 2019).
- Der erwartete starke Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5¼% des BIP und die Kosten der beschlossenen Maßnahmen haben ein Maastricht-Defizit von -7,4% des BIP zur Folge.
- Aufgrund der relativ guten Ausgangslage der öffentlichen Haushalte in Österreich und der weiterhin günstigen Finanzierungskonditionen bringt auch der erwartete Anstieg der Staatsschulden auf etwa 80% des BIP derzeit keine Probleme für die Schuldentragfähigkeit mit sich.

Übersicht über COVID-19-Soforthilfemaßnahmen des Bundes und deren Berücksichtigung in der WIFO-Prognose

Mio. €



Die Bundesregierung beschloss im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise Hilfsmaßnahmen im Umfang von 38 Mrd. € mit der Ankündigung, sie im Bedarfsfall weiter aufzustocken. Zusammen mit den Maßnahmen der Bundesländer von 1,4 Mrd. € umfassen die COVID-19-Hilfen 39,4 Mrd. € bzw. 10% des BIP von 2019 (Q: *Budgetdienst*, 2020, *Fiskalrat*, 2020A, 2020B, Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Recherchen und WIFO-Zusammenstellung).

"Die Budgetpolitik wird durch die COVID-19-Krise vor große Herausforderungen gestellt. Das Maastricht-Defizit erhöht sich kurzfristig auf einen historischen Höchstwert, und auch die Schuldenquote steigt deutlich. Allerdings sind die Ausgangsbedingungen zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise für die öffentlichen Haushalte in Österreich derzeit vergleichsweise günstig."

Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Krise hat deutliche Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Österreich. Ein Teil der Hilfsmaßnahmen im Umfang von 38 Mrd. € auf Bundesebene und von 1,4 Mrd. € auf Ebene der Bundesländer (insgesamt 9,9% des BIP von 2019) wird unmittelbar budgetwirksam. Zudem löst der COVID-19-bedingte Konjunkturreinbruch automatische Mehrausgaben (z. B. Arbeitslosen- oder Sozialhilfezahlungen) und Mindereinnahmen an konjunktur reagiblen Abgaben bzw. Steuern aus (automatische Stabilisatoren). So wird sich das Maastricht-Defizit 2020 auf -7,4% und 2021 auf -3,3% des BIP erhöhen. Der Schuldenstand wird auf über 80% des BIP steigen. Aufgrund der Unsicherheit über die Dauer und Tiefe der Rezession sowie die Inanspruchnahme der Hilfsmaßnahmen ist auch die Budgetprognose mit großer Unsicherheit verbunden.

JEL-Codes: E62, H12, H20, H68 • **Keywords:** COVID-19, Budgetpolitik, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Krisenmanagement
Begutachtung: Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 26. 4. 2020

Kontakt: Dr. habil. Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Dr. Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Budgeting in Austria During the Outbreak of the COVID-19 Pandemic

The COVID-19 crisis has a considerable impact on public finances in Austria. A part of the rescue measures totalling 38 billion € at the federal level and 1.4 billion € at the level of the Länder (altogether 9.9 percent of GDP of 2019) will immediately worsen the budget balance. Moreover, the COVID-19-induced recession will cause public expenditures to increase (e.g., unemployment or social assistance payments) and cyclically sensitive taxes to decrease (automatic stabilisers). The Maastricht deficit is expected to increase to -7.4 percent of GDP in 2020 and to -3.3 percent in 2021. The debt ratio will rise to above 80 percent of GDP. Due to the uncertainties surrounding duration and depth of the recession as well as the take-up of the rescue measures the budgetary forecast is subject to considerable uncertainty.

1. Einleitung

Am 18. März 2020 wurden der (verspätete)¹⁾ Bundesvoranschlag 2020 und der Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2020 bis 2023²⁾ im Ministerrat beschlossen. Die Budgeterstellung wurde allerdings durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen³⁾ unterbrochen, erstmals seit 1952 wurde der Bundesvoranschlag vor diesem Hintergrund ohne "klassische" Budgetrede eingebracht.

Der am 19. März 2020 veröffentlichte Bundesfinanzrahmen 2020 bis 2023 (*Bundesministerium für Finanzen*, 2020) nahm für 2020 zunächst nur eine mäßige Verlangsamung des realen BIP-Wachstum auf 0,8% an und eine neuerliche Belebung in den folgenden Jahren auf real +1,4% 2021 bzw. +1,3% 2022.

Der Bundesfinanzrahmen berücksichtigt allerdings nur das am 15. März 2020 verabschiedete erste COVID-19-Hilfspaket im Umfang von 4 Mrd. € und einen konjunkturbedingten Rückgang der Steuereinnahmen um 1,3 Mrd. €. Damit wurde in Summe ein Defizit von -1% des BIP für das Jahr 2020 prognostiziert (das WIFO prognostizierte im Dezember 2019 für 2020 noch einen Überschuss von +0,3%). Der Schuldenstand sollte auf 68,2% des BIP zurückgehen (WIFO-Prognose vom Dezember 2019: 67% des BIP). Ebenso wie der Bundesvoranschlag 2020 ist auch der im Bundesfinanzrahmen enthaltene Budgetpfad des BMF inzwischen aufgrund des COVID-19-bedingten Konjunkturreinbruchs sowie der Verabschiedung weiterer Hilfsmaßnahmen (bereits am 19. März 2020

¹⁾ Wegen der nach Auflösung der ÖVP-FPÖ-Koalition erforderlichen Neuwahl im September 2019 wurde die eigentlich im Oktober 2019 fällige Verabschiedung des Bundesvoranschlags 2020 verschoben. Der Bundesvoranschlag 2020 ersetzt das gesetzliche Budgetprovisorium vom 20. 1. 2020 (BGBl. I 7/2020).

²⁾ Der Bundesfinanzrahmen 2020 bis 2023 ersetzt den im März 2018 verabschiedeten Bundesfinanzrahmen

2019 bis 2022; aufgrund der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 sowie der Neuwahl im September 2019 wurde 2019 kein Bundesfinanzrahmen beschlossen.

³⁾ So gilt seit dem 16. März 2020 in Österreich ein Lockdown, der seit dem 16. April 2020 schrittweise gelockert wird.

kündigte die Bundesregierung ein weiteres Hilfspaket von 34 Mrd. € an) überholt.

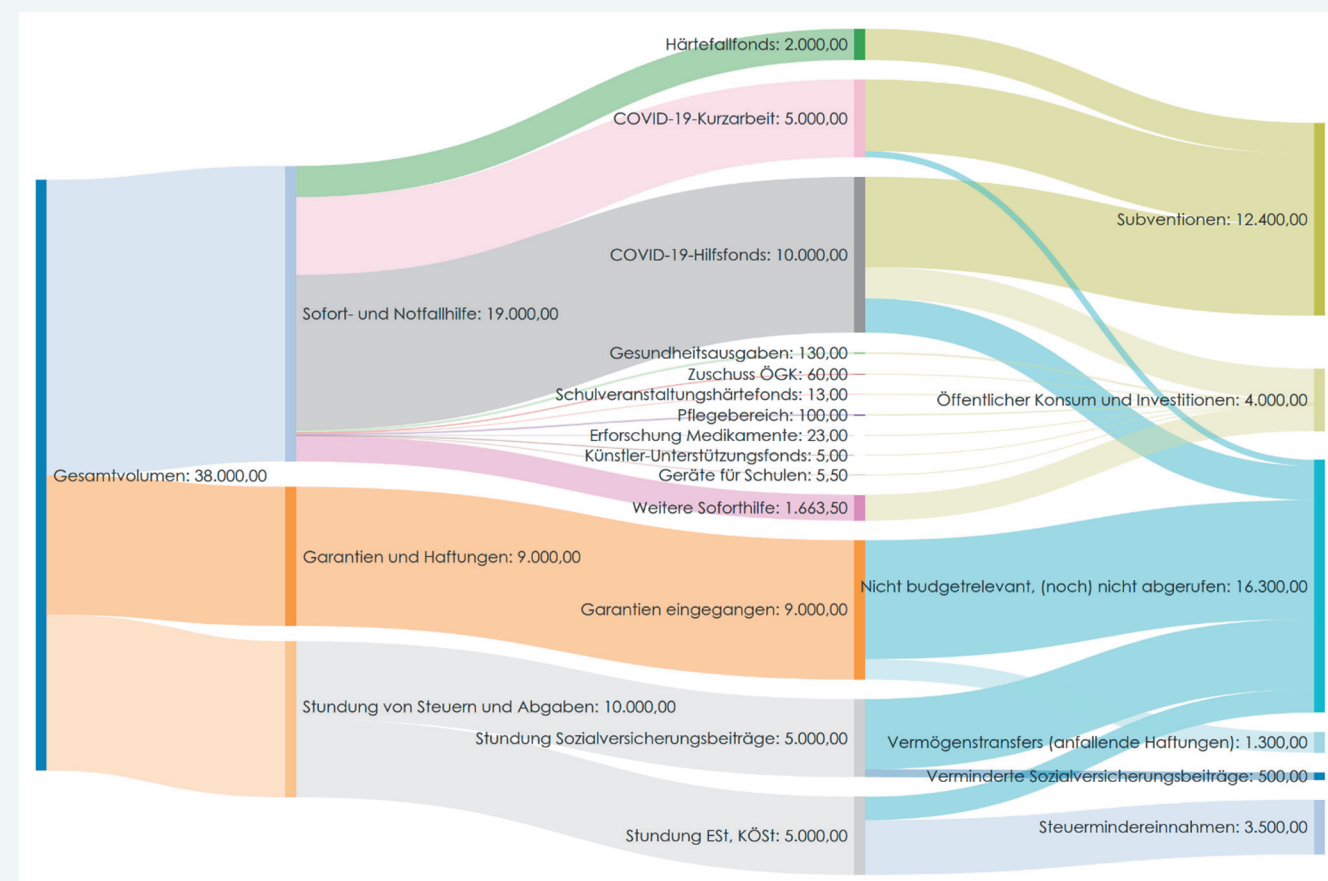
Grundsätzlich ist die Budgetpolitik von der COVID-19-Krise in mehrfacher Hinsicht betroffen. Erstens sind mit den diskretionären Soforthilfemaßnahmen unmittelbare Budgeteffekte (Ausgabenerhöhungen, Abgabemindereinnahmen) bzw. Eventualverbindlichkeiten verbunden. Zweitens löst der COVID-19-bedingte Konjunkturerinbruch automatische Mehrausgaben (z. B. Arbeitslosen- oder Sozialhilfezahlungen) und Minder-

einnahmen an konjunktur reagiblen Abgaben bzw. Steuern aus (automatische Stabilisatoren). Drittens ergibt sich möglicherweise ein Bedarf an konjunkturstabilisierenden Maßnahmen nach dem Auslaufen der gesundheitspolitischen Maßnahmen. Schließlich wird die erhebliche Zunahme der öffentlichen Verschuldung aufgrund von Soforthilfe- und Konjunkturmaßnahmen sowie des Wirkens der automatischen Stabilisatoren voraussichtlich Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erforderlich machen.

Die Budgetpolitik ist von der COVID-19-Krise in mehrfacher Hinsicht betroffen.

Abbildung 1: **Übersicht über COVID-19-Soforthilfemaßnahmen des Bundes und deren budgetäre Berücksichtigung in der WIFO-Prognose**

Mio. €



Q: *Budgetdienst (2020), Fiskalrat (2020A, 2020B)*, Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Recherchen und WIFO-Zusammenstellung. ÖGK . . . Österreichische Gesundheitskasse, Est . . . Einkommensteuer, KÖSt . . . Körperschaftsteuer, Künstler-Unterstützungsfonds des Künstler-Sozialversicherungsfonds.

2. Soforthilfemaßnahmen in Österreich

Die österreichische Bundesregierung verabschiedete begleitend zum seit dem 16. März 2020 geltenden Lockdown mehrere COVID-19-Hilfspakete, das erste am 15. März 2020⁴⁾. Die Soforthilfemaßnahmen des Bundes erreichen inzwischen (Stand 26. April 2020) einen potentiellen Höchstumfang von 38 Mrd. € (9,5% des BIP von 2019; Abbildung 1). Davon

entfallen 10 Mrd. € auf steuerliche Maßnahmen (Herabsetzung und Stundung von Steuern und Abgaben) und 28 Mrd. € auf den COVID-Krisenbewältigungsfonds, der sich in ein Soforthilfepaket von 4 Mrd. € (davon 2 Mrd. € für einen Härtefallfonds und 2 Mrd. € für COVID-19-bedingte Mehrausgaben der Ressorts, z. B. Gesundheits- oder

⁴⁾ Details präsentieren *Budgetdienst (2020)* und *Fiskalrat (2020A, 2020B)*.

Forschungsausgaben), Haftungen und Garantien im Ausmaß von insgesamt 9 Mrd. € und einen Notfallfonds (15 Mrd. €) unterteilt. Der Notfallfonds umfasst die Ausgaben für die erweiterte COVID-19-Kurzarbeit, die ursprünglich mit 400 Mio. € veranschlagt und in mehreren Schritten auf inzwischen 5 Mrd. €⁵⁾ aufgestockt wurden. Die Inanspruchnahme der staatlichen COVID-19-Hilfsmaßnahmen ist an mehrere Voraussetzungen gekoppelt. Unternehmen ab 250 Beschäftigten, die Unterstützung aus dem Notfallfonds beantragen, dürfen keine Arbeitskräfte kündigen, sondern müssen gegebenenfalls Kurzarbeit in Anspruch nehmen. Zwischen dem

16. März 2020 und dem 15. März 2021 dürfen keine Dividenden ausgeschüttet werden, und Manager-Boni sind auf die Hälfte der Vorjahreszahlungen begrenzt. Zudem dürfen unterstützte Betriebe nicht in Steueroasen registriert sein.

Auch die meisten Bundesländer haben Maßnahmenpakete angekündigt, die mit Stand Ende April über 1,4 Mrd. € ausmachen⁶⁾ (Übersicht 1). Ein Großteil dieser Maßnahmen besteht aus Liquiditätshilfen für Unternehmen, nur ein kleiner Teil aus Maßnahmen zur sozialen Absicherung für private Haushalte.

Übersicht 1: Potentieller Umfang der Soforthilfemaßnahmen der österreichischen Bundesländer

		Volumen in Mio. €
Wien	Gesamtpaket Stadt Wien über 100 Mio. € einschließlich 5 Mio. € für Bürgschaften und 20 Mio. € für temporäres Beteiligungskapital	120
Tirol	Sowohl für Akuthilfe als auch für Konjunkturbelebungsmaßnahmen nach der Krise	400
Niederösterreich	Haftungen 20 Mio. €, Wohnzuschuss 4 Mio. €	24
Burgenland	Für Betriebe und Unternehmer bzw. Unternehmerinnen	30
Oberösterreich	Bürgschaften und Haftungen 400 Mio. €, direkte Auszahlungen 26 Mio. €	426
Salzburg	Für spezifische Maßnahmen und Mehraufwand in den Ressorts	250
Kärnten	Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen als Soforthilfepaket für Kärntner Betriebe 5 Mio. €, Nachtragsbudget für Straßenbau 10 Mio. €	15
Steiermark	Haftungen und Zinsübernahmen 42 Mio. €, Digitalisierung und subsidiärer Schutzschirm 9 Mio. €	53
Vorarlberg	Subsidiärer Härtefonds, Haftungen, Mikrokredit usw.	100
Insgesamt	Davon mindestens 467 Mio. € für Eventualverbindlichkeiten und 20 Mio. € für Beteiligungskapital	1.428

Q: Pressedienste der Landesregierungen, Stand 20. April 2020, WIFO-Zusammenstellung. Unschärfen möglich hinsichtlich Widmung der Mehrausgaben über die bisherigen Budgets hinaus sowie Abgrenzung zu den Maßnahmen der Bundesregierung (etwaige Doppelzählungen) und des Anteils der Eventualverbindlichkeiten für Kredite, Haftungen, Bürgschaften usw. Die Mittel wurden inzwischen auf über 2 Mrd. erhöht.

Die österreichischen Soforthilfemaßnahmen erreichen 38 Mrd. € und sollen Masseninsolvenzen und Arbeitslosigkeit vermeiden helfen.

Insgesamt können somit die österreichischen Soforthilfemaßnahmen einen Gesamtumfang von bis zu 39,4 Mrd. € erreichen (knapp 10% des nominellen BIP von 2019).

Eine Einschätzung des österreichischen Hilfspaketes im internationalen Vergleich ist nur begrenzt möglich, weil sich die Maßnahmen im Einzelnen länderspezifisch unterscheiden, auch in Hinblick auf ihre Budgetwirksamkeit. Gemeinsam ist aber allen bisher angekündigten Hilfspaketten, dass sie einen Mix aus Abgaben- und Steuererleichterungen (Steuerstundungen und -herabsetzungen bzw. Steuernachlässe) sowie direkten Unterstützungszahlungen und Kreditgarantien bzw. Haftungen zur Liquiditätssicherung der Unternehmen und – in weitaus geringerem Umfang – direkte Fiskalmaßnahmen (z. B. Aus-

gaben für Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben, soziale Sicherung usw.) vorsehen⁷⁾.

Das Ziel der Hilfsmaßnahmen ist vor allem, einen sprunghaften Anstieg der Unternehmensinsolvenzen und der Arbeitslosigkeit infolge der gesundheitspolitischen Beschränkungen zur Verlangsamung der Ausbreitung von COVID-19 zu vermeiden, die in einer Reihe von Branchen einen Umsatzeinbruch zur Folge haben. Viele Länder haben – auch im Vergleich mit den zur Abfederung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 umgesetzten Stützungsmaßnahmen – sehr umfangreiche Maßnahmenpakete implementiert (Abbildung 2). Allgemein demonstrieren die Regierungen Entschlossenheit, "whatever it takes" zu unternehmen, um die

⁵⁾ Die verfügbaren Mittel für die Kurzarbeit wurden inzwischen auf 12 Mrd. € erhöht (Stand 20. Mai 2020). Der *Budgetdienst* (2020) addiert die Mittel für die COVID-19-Kurzarbeit zum Gesamtumfang der Hilfspakete von 38 Mrd. €, da diese aus unterschiedlichen Mitteln finanziert werden. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass zusätzliche Mittel für Kurzarbeit die notwendigen Ausgaben aus dem COVID-19-Notfallfonds

verringern. Die Regierung hat angekündigt, im Bedarfsfall die Hilfsmaßnahmen aufzustocken.

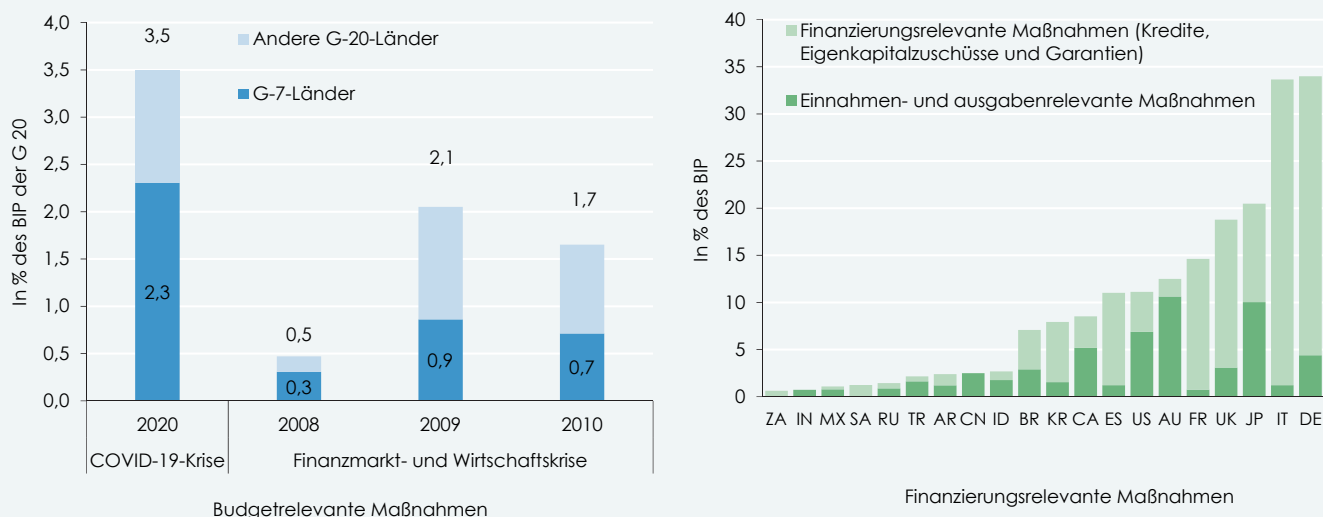
⁶⁾ Inzwischen wurden die Maßnahmen in einigen Bundesländern aufgestockt; ihr Gesamtumfang dürfte mit Stand Mitte Mai etwa 2 Mrd. € betragen.

⁷⁾ Zu den COVID-19-Soforthilfemaßnahmen im internationalen Vergleich siehe *Pekanov* (2020).

realwirtschaftlichen Effekte der Krise zu begrenzen, etwa Liquiditätsengpässe der

Unternehmen zu überbrücken und Entlassungen z. B. durch Kurzarbeit zu vermeiden.

Abbildung 2: Fiskalmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie 2020 und in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09



Q: Adaptiert von IWF (2020). Budgetrelevante Maßnahmen gewichtet mit dem kaufkraftbereinigten BIP zu laufenden Dollarkursen. Obwohl gemeinsam ausgewiesen, sind budget- und finanzierungsrelevante Maßnahmen nicht additiv.

3. Budgetprognose

Die einzelnen COVID-19-Soforthilfemaßnahmen haben unterschiedliche Wirkungen auf den staatlichen Finanzierungssaldo⁸⁾. Kreditgarantien und -haftungen werden nur bei einem tatsächlichen Ausfall des betreffenden Kredites als Vermögenstransfers budgetwirksam. Die Verringerung von Steuereinnahmen aufgrund der Senkung von Steuervorauszahlungen auf Antrag sowie Steuerstundungen sind unmittelbar heuer relevant. Dagegen verschlechtert die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen den Maastricht-Saldo nicht, sondern erst ein endgültiger Ausfall. Die Prognose der Budgeteffekte ist daher stark von Vermutungen über die Inanspruchnahme der Soforthilfemaßnahmen getrieben.

Im WIFO-Konjunkturszenario vom 26. März 2020 wurden ausgabenwirksame Effekte der Hilfspakete des Bundes von rund 12½ Mrd. € angenommen, darunter Notfallhilfen von rund 6 Mrd. € zur Abfederung von Umsatzverlusten und zur Stützung der von gesundheitspolitischen Schließungen besonders betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen. Zusätzlich zu den diskretionären Maßnahmen wirken die automatischen Stabilisatoren, die unter herkömmlichen Umständen helfen, Konjunkturschwankungen abzufedern. In diesem Szenario verschlechtert sich

der Finanzierungssaldo auf –21½ Mrd. € oder –5½% des BIP, und die Staatsverschuldung nimmt annahmegemäß auf rund 76% des BIP zu.

Die aktuelle mittelfristige WIFO-Prognose vom 17. April 2020 (Baumgartner et al., 2020) erwartet einen stärkeren Einbruch des realen Wirtschaftswachstums als das Konjunkturszenario vom März (2020 –5¼%). Damit werden auch die Abgabeneinnahmen insbesondere aus der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Mehrwertsteuer wesentlich stärker sinken als zu Beginn der COVID-19-Pandemie prognostiziert (insgesamt –4,4% gegenüber dem Vorjahr). Dem steht ein erwarteter Ausgabenzuwachs um 11,9% im Vergleich zu 2019 gegenüber. So wurden u. a. die budgetierten Mittel für den Härtefallfonds auf 2 Mrd. € verdoppelt und für die COVID-19-Kurzarbeit in mehreren Schritten von 0,4 Mrd. € auf 10 Mrd. € angehoben.

Wie Abbildung 1 zeigt, geht das WIFO zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung für das Jahr 2020 von Subventionen von insgesamt 12,4 Mrd. € aus⁹⁾. Zusätzlich wird ein Anstieg des öffentlichen Konsums um 4 Mrd. € aufgrund von Leistungen aus dem Soforthilfepaket und dem Notfallfonds erwartet. Für die

⁸⁾ Vgl. im Detail *Budgetdienst* (2020), *Fiskalrat* (2020A, 2020B) und *IWF* (2020).

⁹⁾ Trotz der starken Zunahme der Anträge auf Kurzarbeit werden in Summe Ausgaben von nur 4,6 Mrd. €

prognostiziert, da erfahrungsgemäß die beantragten Kurzarbeitsmittel nicht vollständig ausgeschöpft werden.

Die mittelfristige WIFO-Prognose geht für 2020 von einem Maastricht-Defizit von –7,4% und einer Schuldenquote von 80,2% des BIP aus.

Haftungen und die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen wird ein budgetwirksamer Ausfall von 10% bis 15% erwartet, der sich in Vermögenstransfers von 1,3 Mrd. € bzw. einer Verringerung von Sozialversicherungsbeiträgen um 0,5 Mrd. € niederschlägt. Die herabgesetzten Steuervorauszahlungen sind mit einem Einnahmerückgang von 3,5 Mrd. € zu einem großen Teil budgetwirksam, da viele Betriebe erhebliche Gewinneinbußen erleiden dürften¹⁰). Hinzu kommen die prognostizierten Zusatzausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Insgesamt geht daher die mittelfristige WIFO-Prognose von einem gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von –28,4 Mrd. € im Jahr 2020 aus; das ist ein Defizit von –7,4% des BIP, nach einem Maastricht-Überschuss von +0,7% des nominellen BIP 2019.

Mit der Erholung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Hilfsprogramme sollte sich der Finanzierungssaldo im Jahr 2021 auf –3,3% des BIP verbessern. Der Schuldenstand wird von 70,4% des BIP 2019 auf 80,2% 2020 bzw. 80,5% 2021 steigen. Zum Vergleich: Infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erhöhte sich der Schuldenstand von 65% des BIP 2007 auf 84,7% 2015. Seither war er rückläufig und erreichte 2019 70,4% des BIP. Zur

4. Ausblick

Die Ausgangsbedingungen zur Bewältigung der Budgeteffekte der COVID-19-Krise sind in Österreich derzeit vergleichsweise gut. Seit 2018 ist der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo positiv, für 2020 wurde ursprünglich ein Maastricht-Überschuss von 0,3% des BIP erwartet. Die Schuldenquote, die 2015 mit etwa 85% des BIP ihren Höchststand nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erreicht hatte, hätte gemäß den Erwartungen vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie 2020 auf etwa 67% des BIP sinken sollen. Die Finanzierungsbedingungen für die notwendige Neuverschuldung sind historisch günstig: Zwei Tage nach Ankündigung der Hilfspakete lag die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen bei 0,185% unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Somit ist weiterhin davon auszugehen, dass eine notwendige höhere Verschuldung durch die beschlossenen Maßnahmen sich nicht in schlechteren Finanzierungsbedingungen niederschlägt.

5. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Kaniovski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-265, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.

¹⁰) Derzeit sind Steuerstundungen bis September 2020 vorgesehen, welche für die Jahresrechnung irrelevant wären. Da jedoch die Bemessungsgrundlage aufgrund der beträchtlichen Gewinneinbußen deutlich niedriger sein wird, wird sich ein großer Teil der Steuerstundung in Steuermindereinnahmen niederschlagen.

Abfederung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 wurde ein Bankenpaket mit einem Gesamtumfang von 100 Mrd. € verabschiedet, davon 15 Mrd. € an Eigenkapitalmaßnahmen für Kreditinstitute und Versicherungen, bis zu 75 Mrd. € an Haftungen und Garantien befristet bis Ende 2010 (davon wurden 2009 10 Mrd. € als Haftungen für Unternehmen und 15 Mrd. € als Griechenland-Hilfe und Euro-Schutzschirm umgewidmet) und bis zu 10 Mrd. € an unbegrenzter Einlagensicherung für Private sowie Klein- und Mittelbetriebe (befristet bis Ende 2009, wurde nicht in Anspruch genommen). Das Bankenpaket belastet letztlich die öffentliche Hand zwischen 2008 und 2020 kumuliert mit 14,9 Mrd. € (*Fiskalrat*, 2019).

In seiner am 17. April 2020 veröffentlichten aktualisierten Erstabstschätzung der Budgeteffekte der COVID-19-Krise, die zwei Szenarien zugrunde legt, prognostiziert der *Fiskalrat* (2020B) eine Verschlechterung des Maastricht-Saldos um 6,1% bzw. 6,6% des BIP und eine Erhöhung des Schuldenstandes um 7,5% bzw. 8,1% des BIP. Der *IWF* (2020) rechnet für 2020 in seiner aktuellen Prognose für Österreich mit einem Maastricht-Defizit von –7,1% und für 2021 von –1,6% des BIP.

Unterstützend wirkt hier die akkommodierende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die ein Pandemie-Aufkaufprogramm im Umfang von 750 Mrd. € (rund 6,5% des Euro-Raum-BIP) aufgelegt hat.

Allerdings steht die Budgetpolitik in nächster Zeit bedeutenden Herausforderungen gegenüber. Sie betreffen vor allem Umfang und Struktur konjunkturstabilisierender Maßnahmen, die zur Unterstützung des stufenweisen Hochfahrens der Wirtschaft und der Überwindung der negativen Konsequenzen des Lockdown (Rekordarbeitslosigkeit und Unternehmensinsolvenzen) gegebenenfalls zu ergreifen sind, sowie von Konsolidierungsmaßnahmen nach erfolgreicher Stabilisierung der Wirtschaft¹¹). Zudem ist auf die Notwendigkeit eines kontinuierlichen zeitnahen Monitorings der Hilfsmaßnahmen sowie einer begleitenden wissenschaftlichen Evaluierung hinzuweisen.

¹¹) Grundsätzliche Überlegungen zu Konjunktur- und Konsolidierungsmaßnahmen, die zur Steigerung der Resilienz und zur Bewältigung des Klimawandels beitragen können, diskutieren Köppl *et al.* (2020).

- Budgetdienst des österreichischen Parlaments, Update COVID-19-Maßnahmenpakete und Budgetentwurf 2020, Wien, 7. April 2020.
- Bundesministerium für Finanzen, Strategiebericht 2020 bis 2023, Wien, 2020.
- Fiskalrat, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2018-2020, Wien, 2019.
- Fiskalrat (2020A), Erstabschätzung der Budgetären Effekte der Covid-19-Pandemie für Österreich, Wien, 30. März 2020.
- Fiskalrat (2020B), Aktualisierte Abschätzung der Budgetären Effekte der Covid-19-Pandemie für Österreich, Wien, 17. April 2020.
- IWF, Fiscal Monitor. Policies to Support People During the COVID-19 Pandemic, Washington D.C., 2020, <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2020/04/06/fiscal-monitor-april-2020>.
- Köppl, A., Schleicher, St., Schratzenstaller, M., Steininger, K. W., "COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete", WIFO Research Briefs, 2020, (1), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65874>.
- Pekanov, A., "Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 275-284, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65918>.

Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich

Michael Klien, Hans Pitlik, Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger

WIFO
1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Ein Modell für einen strukturierten
vertikalen Finanzausgleich
in Österreich**

Michael Klien, Hans Pitlik, Matthias Firgo,
Ulrike Famira-Mühlberger

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Brunner,
Andrea Sulrich, Michael Weingärtler

März 2020

Ausgaben- und Einnahmendynamik der gebietskörperschaftlichen Ebenen
Vertikale fiskalische Asymmetrien und institutionelle Architektur des Föderalismus – Ausgabenstrukturen und Ausgaben-
dynamik der Gebietskörperschaften – Entwicklung der
Einnahmenstrukturen

**Optionen einer Flexibilisierung der vertikalen Finanzmittel-
verteilung in föderativen Staaten**
Finanzmittelaufteilung in Verbundsteuersystemen – Vertikale
Umsatzsteuerverteilung im bundesstaatlichen Finanzaus-
gleich in Deutschland – Modelle der vertikalen Finanzmittel-
aufteilung in kommunalen Finanzausgleichen in Deutsch-
land – Vertikale Finanzmittelanpassungen in anderen
Finanzausgleichssystemen

**Schätzung des strukturellen Ausgabenwachstums mittels
Shift-Share-Analyse**
Methodische Grundlagen – Daten und empirische
Spezifikation – Ergebnisse der Wachstumszerlegung

Ausgaben für Geld- und Sachleistungen in der Pflege
Projektionsmethode und Determinanten der künftigen
Ausgaben – Vergangene und künftige Ausgabenpfade –
Konsequenzen der Abschaffung des Eigenregresses in der
stationären Pflege

**Modelle für einen strukturierten österreichischen
Finanzausgleich**
Vorbemerkungen – Modellrechnungen – Umsetzung eines
strukturierten vertikalen Finanzausgleichs

Die vorliegende Studie analysiert die vertikale Mittelverteilung zwischen den österreichischen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund eines möglichen fiskalischen Ungleichgewichtes. In einem internationalen Vergleich wird aufgezeigt, wie in anderen föderalen Staaten unterschiedliche Ausgabenentwicklungen über Kennzahlen in die vertikale Mittelverteilung einfließen. Die Quantifizierung des "notwendigen" Ausgabenwachstums – ein zentrales Problem solcher Ansätze – versucht die Studie mittels einer Wachstumszerlegung (Shift-Share-Analyse) zu lösen. Die Ergebnisse unterstreichen den hohen strukturellen Ausgabendruck der österreichischen Länder und Gemeinden. Beispielhaft für den Bereich der Pflege wird zudem dargelegt, dass die hohe subnationale Ausgabendynamik in den kommenden Jahren womöglich anhalten wird. Abschließend skizziert die Studie, wie ein kennzahlbasierter, struktureller vertikaler Finanzausgleich in Österreich gestaltet sein könnte und welche Umsetzungsoptionen zu beachten sind.

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer • März 2020 • 123 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>

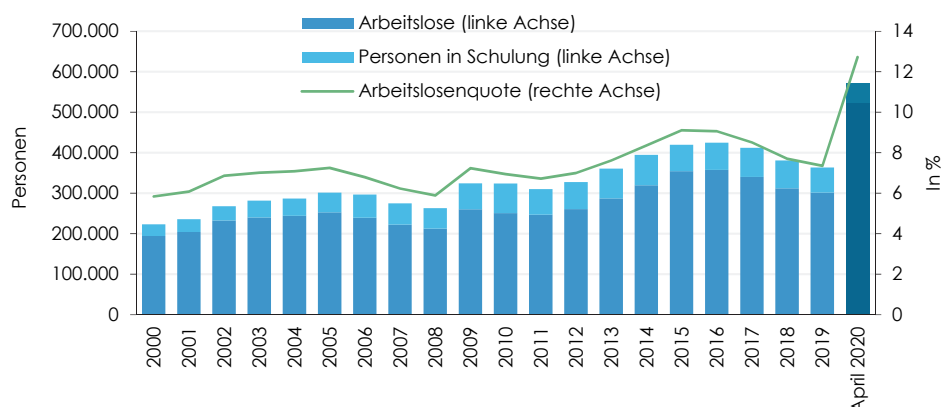
Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung",
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer

- 2019 hielt der Arbeitsmarktaufschwung in abgeschwächter Form an: Infolge der Konjunkturertrübung wuchs die Beschäftigung weniger dynamisch, die Abnahme der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich zusehends.
- Der drei Jahre anhaltende Rückgang reichte nicht aus, um den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und den konjunkturschwachen Jahren 2012 bis 2015 wettzumachen.
- 2019 waren um rund 100.000 Personen mehr arbeitslos oder in AMS-Schulung als im Vorkrisenjahr 2008, die Arbeitslosenquote (einschließlich AMS-Schulungen) lag um 1,5 Prozentpunkte über dem Wert von 2008.
- Im Februar 2020 sank die Arbeitslosigkeit noch, begünstigt durch das äußerst milde Winterwetter.
- Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den folgenden Gegenmaßnahmen Mitte März endete der Aufwärtstrend abrupt.
- Der Arbeitsmarkt reagierte auf die COVID-19-Maßnahmen noch unmittelbarer und stärker als auf den Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 mit einem massiven Rückgang der Beschäftigung und beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2000



2019 sank die Arbeitslosigkeit das dritte Jahr in Folge. Im April 2020 stieg sie nach dem Lockdown zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie massiv auf den bisherigen Höchstwert von rund 571.000 Personen (einschließlich Personen in AMS-Schulungen; Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen).

"2019 wurde die Abnahme der Arbeitslosigkeit immer schwächer. Im März 2020 ging die drei Jahre andauernde Erholung des Arbeitsmarktes abrupt zu Ende. Als Reaktion auf die COVID-19-Maßnahmen stieg die Arbeitslosigkeit schlagartig auf das höchste Niveau nach dem Zweiten Weltkrieg."

Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer

Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020

Im Jahr 2019 schlug sich mit zeitlicher Verzögerung die Eintrübung der Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt nieder. Der Arbeitsmarktaufschwung der Jahre 2017 und 2018 setzte sich nur abgeschwächt fort: Die Beschäftigung wuchs weiterhin, aber mit deutlich geringerer Dynamik. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich zusehends. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den folgenden Gegenmaßnahmen Mitte März 2020 endete der Aufwärtstrend abrupt. Die Arbeitslosigkeit schnellte schlagartig in die Höhe und erreichte Ende April ihr bisher höchstes Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Einführung der COVID-19-Kurzarbeit verhinderte noch weitaus größere Beschäftigungsverluste. Dennoch wurde der höchste Rückgang der unselbständigen Beschäftigung seit den 1950er-Jahren verzeichnet.

JEL-Codes: E24, J21, J63 • **Keywords:** Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Beschäftigung, COVID-19-Pandemie

Begutachtung: Thomas Horvath • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christoph Lorenz (christoph.lorenz@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 13. 5. 2020

Kontakt: Mag. Julia Bock-Schappelwein (julia.bock-schappelwein@wifo.ac.at), MMag. Dr. Rainer Eppel (rainer.eppel@wifo.ac.at), Dr. Walter Hyll (walter.hyll@wifo.ac.at), Mag. Ulrike Huemer (ulrike.huemer@wifo.ac.at), Mag. Dr. Helmut Mahringer (helmut.mahringer@wifo.ac.at)

Weaker Labour Market in 2019 and the COVID-19 Shock in Spring 2020

In 2019, the slowdown in the economy had a delayed impact on the labour market. The upturn on the labour market in 2017 and 2018 only continued in a weaker form: employment continued to grow, but at a much slower pace. The decline in unemployment slowed down noticeably. With the outbreak of the COVID-19 pandemic and the subsequent countermeasures in mid-March 2020, the upward trend came to an abrupt end. Unemployment skyrocketed, reaching its highest level ever since World War II at the end of April. COVID-19 short-time work prevented even greater job losses. Nonetheless, the decline in dependent employment was the highest since the 1950s.

1. Einleitung

Einem internationalen Trend folgend, schwächte sich die Konjunktur in Österreich im Jahr 2019 ab; entsprechend ließ auch die Arbeitsmarktdynamik nach: Die Beschäftigung wuchs merklich langsamer, und die Arbeitslosigkeit (einschließlich Schulungsteilnahmen) ging deutlich weniger stark zurück als in den zwei Jahren davor. Ende 2019 ging das WIFO angesichts einer weiteren Eintrübung der Konjunktur von einem allmählichen Auslaufen des Abbaus der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 aus. Im Februar 2020 sank die Arbeitslosigkeit (einschließlich Schulungsteilnahmen) noch, begünstigt durch das äußerst milde Winterwetter.

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den darauffolgenden Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen im März 2020 ging der seit drei Jahren anhaltende Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt abrupt zu Ende. Das am 15. März 2020 beschlossene COVID-19-Maßnahmengesetz¹⁾ trat am 16. März 2020 in Kraft und sah die Schließung vieler Geschäfte und Betriebe vor allem im Tourismus sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit vor. Dies zog erhebliche Beschäftigungsverluste und einen bisher beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich.

¹⁾ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/BNR/BNR_00016/fname_787818.pdf

Übersicht 1: Der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen im Überblick

	2016	2017	2018	2019	Veränderung 2018/19	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	3.586.872	3.655.297	3.741.484	3.797.304	+ 55.820	+ 1,5
Männer	1.909.022	1.949.703	2.000.156	2.034.007	+ 33.851	+ 1,7
Frauen	1.677.849	1.705.593	1.741.328	1.763.297	+ 21.969	+ 1,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.502.431	3.573.088	3.661.127	3.720.041	+ 58.914	+ 1,6
Männer	1.900.527	1.941.930	1.992.321	2.026.432	+ 34.111	+ 1,7
Frauen	1.601.904	1.631.158	1.668.807	1.693.609	+ 24.802	+ 1,5
Unselbständig aktiv beschäftigte inländische Arbeitskräfte	2.850.741	2.874.576	2.908.235	2.920.558	+ 12.323	+ 0,4
Männer	1.515.408	1.526.061	1.541.235	1.546.289	+ 5.054	+ 0,3
Frauen	1.335.333	1.348.516	1.367.000	1.374.269	+ 7.269	+ 0,5
Unselbständig aktiv beschäftigte ausländische Arbeitskräfte	651.690	698.512	752.892	799.483	+ 46.591	+ 6,2
Männer	385.119	415.869	451.086	480.143	+ 29.057	+ 6,4
Frauen	266.571	282.642	301.807	319.340	+ 17.533	+ 5,8
Selbständige und Mithelfende ³⁾	483.900	490.000	493.500	495.600	+ 2.100	+ 0,4
Männer	279.000	281.000	283.600	286.400	+ 2.800	+ 1,0
Frauen	204.900	209.000	209.900	209.200	- 700	- 0,3
Aktiv Erwerbstätige	3.986.331	4.063.088	4.154.627	4.215.641	+ 61.014	+ 1,5
Männer	2.179.527	2.222.930	2.275.921	2.312.832	+ 36.911	+ 1,6
Frauen	1.806.804	1.840.158	1.878.707	1.902.809	+ 24.102	+ 1,3
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	357.313	339.976	312.107	301.328	- 10.779	- 3,5
Männer	204.458	192.825	174.841	166.638	- 8.203	- 4,7
Frauen	152.855	147.150	137.266	134.690	- 2.576	- 1,9
Personen in Schulungen ⁴⁾	67.210	72.098	68.739	61.959	- 6.780	- 9,9
Männer	34.344	36.801	33.938	29.287	- 4.651	-13,7
Frauen	32.866	35.297	34.800	32.673	- 2.127	- 6,1
Erwerbspersonen ⁵⁾	4.343.644	4.403.064	4.466.734	4.516.969	+ 50.235	+ 1,1
Männer	2.383.985	2.415.755	2.450.762	2.479.470	+ 28.708	+ 1,2
Frauen	1.959.659	1.987.308	2.015.973	2.037.499	+ 21.526	+ 1,1
Bevölkerung 15 bis 64 Jahre ⁶⁾	5.868.198	5.891.186	5.904.434	5.915.035	+ 10.601	+ 0,2
Männer	2.955.867	2.967.554	2.973.693	2.978.086	+ 4.393	+ 0,1
Frauen	2.912.331	2.923.632	2.930.741	2.936.949	+ 6.208	+ 0,2
Beim AMS gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	40.277	56.854	71.545	77.093	+ 5.548	+ 7,8
			In %			Prozentpunkte
Erwerbsquote ⁵⁾	74,0	74,7	75,7	76,4		+ 0,7
Männer	80,7	81,4	82,4	83,3		+ 0,8
Frauen	67,3	68,0	68,8	69,4		+ 0,6
Beschäftigungsquote ⁷⁾	67,9	69,0	70,4	71,3		+ 0,9
Männer	73,7	74,9	76,5	77,7		+ 1,1
Frauen	62,0	62,9	64,1	64,8		+ 0,7
Arbeitslosenquote						
Laut AMS und DVSV	9,1	8,5	7,7	7,4		- 0,3
Männer	9,7	9,0	8,0	7,6		- 0,5
Frauen	8,3	7,9	7,3	7,1		- 0,2
Laut Eurostat	6,0	5,5	4,9	4,5		- 0,4
Männer	6,5	5,9	5,0	4,6		- 0,4
Frauen	5,6	5,0	4,7	4,4		- 0,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger (DVS), Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Unselbständige laut Dachverband der Sozialversicherungsträger ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ³⁾ Laut WIFO; 2019: Schätzung. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁵⁾ Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – ⁶⁾ Bevölkerung zur Jahresmitte laut Statistik Austria; 2019: vorläufig. – ⁷⁾ Aktiv Erwerbstätige.

2. Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019

2.1 Beschäftigungsanstieg hält 2019 an, verliert aber an Dynamik

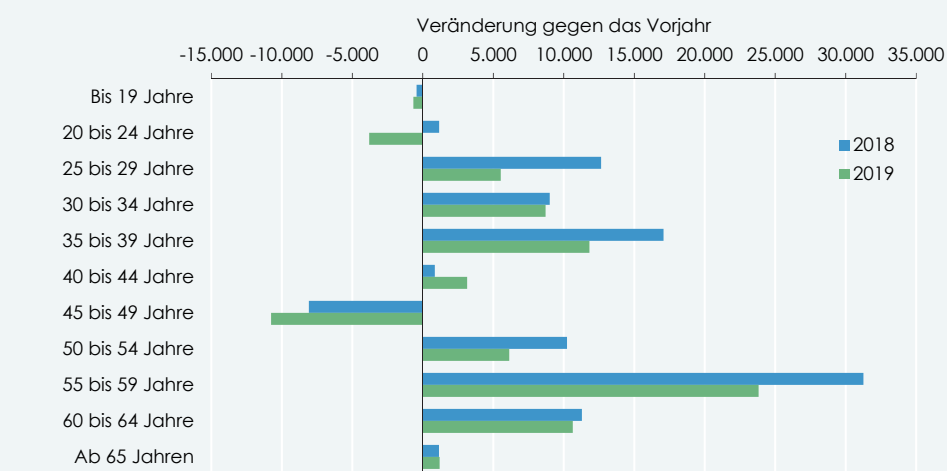
Die Beschäftigung wurde im Jahr 2019 weiter gesteigert, aber mit abnehmender Dynamik. Die Beschäftigungsstruktur verschob sich neuerlich in Richtung älterer Arbeitskräfte.

Die Konjunkturabschwächung schlug sich auf dem Arbeitsmarkt deutlich nieder. Zwar hielt der Beschäftigungsanstieg 2019 an, seine Dynamik verringerte sich im Jahresverlauf 2019 allerdings kontinuierlich. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 58.914 oder 1,6% auf 3.720.041 (2018 +2,5%; Übersicht 1). Dies war angesichts eines Wirtschaftswachstums von ebenfalls 1,6% ein kräftiger Zuwachs, der bei nahezu gleichbleibender durchschnittlich geleisteter Arbeitszeit eine schwache Produktivitätsentwicklung impliziert. Von der Arbeitskräftenachfrage profitierten sowohl Männer (+1,7%) als auch Frauen (+1,5%); Höherqualifizierte (mit zumindest Maturaabschluss) fanden zusätzliche Arbeitsplätze, während die Beschäfti-

gung der Geringqualifizierten bereits rückläufig war.

Die demographisch bedingte Alterung der Erwerbsbevölkerung wirkt sich zusammen mit der Verbesserung der Bildungsstruktur (Horvath – Mahringer, 2016) und einer steigenden Erwerbsbeteiligung Älterer infolge geänderter Pensionszugangsbestimmungen auf die Alterszusammensetzung der unselbständigen Beschäftigung aus. Überproportional stark erhöhte sich die Beschäftigung 2019 in der Altersgruppe ab 55 Jahren (+6,9%), im Haupterwerbssalter bis 49 Jahre dagegen unterdurchschnittlich (+0,8%), während sie in der Altersgruppe unter 25 Jahren aufgrund der Jahrgangsbesetzung und des Bildungsverhaltens (anhaltender Trend zur Schulausbildung in Vollzeit) sogar zurückging (-1,0%; Abbildung 1).

Abbildung 1: Veränderung der Altersstruktur der unselbständig Beschäftigten



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Mit wenigen Ausnahmen (Bekleidungsindustrie, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen) wuchs die Beschäftigung 2019 in allen Branchen – besonders deutlich etwa in den Bereichen freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+4,2%), Information und Kommunikation (+5,9%) oder im Bauwesen (+3,8%). In den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, zu denen auch die Arbeitskräfteüberlassung gehört, stagnierte die Beschäftigung dagegen beinahe (+0,9%). Im Mai 2019 verzeichnete die Arbeitskräfteüberlassung erstmals seit Oktober 2015 einen Beschäftigungsrückgang, der als erstes Anzeichen einer Konjunkturertrübung zu sehen war, da die Beschäftigung in dieser Branche sehr rasch auf Änderungen der Konjunkturlage reagiert (Übersicht 2).

Die Zahl der Arbeitskräfte ohne österreichische Staatsbürgerschaft erhöhte sich im

Jahresdurchschnitt 2019 auf fast 800.000 (+46.591 oder +6,2% auf 799.483). Gemessen an der unselbständigen aktiven Beschäftigung stieg der Anteil ausländischer Arbeitskräfte damit innerhalb eines Jahres um fast 1 Prozentpunkt auf 21,5% (Übersicht 3).

Die höchsten relativen Beschäftigungszuwächse entfielen auf Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien (EU-Beitrittsländer 2007 +11,1%) und aus Kroatien (+10,1%). Außerdem nahm die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittländern das dritte Jahr in Folge stärker zu als aus der EU 15 (sowie der EFTA). Unter den Drittstaatsangehörigen trugen vor allem anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte aus Afghanistan und Syrien zum Beschäftigungszuwachs bei (Übersicht 3).

Jede fünfte unselbständig beschäftigte Person hat eine ausländische Staatsbürgerschaft. Jede siebente ausländische Arbeitskraft wohnt im Ausland.

Übersicht 2: Unselbständige Beschäftigung nach Branchen

Nach ÖNACE

	2018	2019	Veränderung 2018/19	
			Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24.609	25.127	+ 518	+ 2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.966	6.037	+ 71	+ 1,2
Herstellung von Waren	619.145	628.997	+ 9.852	+ 1,6
Energieversorgung	25.595	25.777	+ 181	+ 0,7
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	16.833	17.485	+ 652	+ 3,9
Bauwirtschaft	261.418	271.330	+ 9.912	+ 3,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	548.412	553.652	+ 5.240	+ 1,0
Verkehr und Lagerei	199.571	202.733	+ 3.161	+ 1,6
Beherbergung und Gastronomie	216.406	220.420	+ 4.014	+ 1,9
Information und Kommunikation	96.721	102.473	+ 5.751	+ 5,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	113.464	113.573	+ 110	+ 0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	41.762	42.820	+ 1.058	+ 2,5
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	178.587	186.081	+ 7.493	+ 4,2
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	226.236	228.235	+ 1.999	+ 0,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	578.251	581.799	+ 3.549	+ 0,6
Erziehung und Unterricht	107.272	110.157	+ 2.885	+ 2,7
Gesundheits- und Sozialwesen	269.894	271.243	+ 1.349	+ 0,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	38.412	39.515	+ 1.103	+ 2,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	88.005	87.884	- 122	- 0,1
Hauspersonal in privaten Haushalten, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	2.767	2.778	+ 12	+ 0,4
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	764	809	+ 45	+ 5,9
Wirtschaftsklasse unbekannt	1.039	1.117	+ 78	+ 7,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte	3.661.127	3.720.041	+58.913	+ 1,6
Präsenzdiener	4.821	4.684	- 137	- 2,8
Personen mit Kinderbetreuungsgeldbezug	75.535	72.579	- 2.957	- 3,9
Unselbständig Beschäftigte	3.741.484	3.797.304	+55.820	+ 1,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Übersicht 3: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung 2018/19	
							Absolut	In %
Insgesamt	588.722	615.681	651.690	698.512	752.892	799.483	+46.591	+ 6,2
Männer	346.606	361.777	385.119	415.869	451.086	480.143	+29.057	+ 6,4
Frauen	242.116	253.904	266.571	282.642	301.807	319.340	+17.533	+ 5,8
Herkunft								
14 EU-Länder, EFTA-Länder	122.894	126.344	131.410	137.946	145.561	152.661	+ 7.100	+ 4,9
Neue EU-Länder								
Beitritt 2004	151.609	164.225	178.541	194.755	211.408	223.652	+12.244	+ 5,8
Beitritt 2007	39.718	46.922	52.727	60.062	68.614	76.202	+ 7.589	+11,1
Kroatien	20.479	22.573	25.043	28.054	31.406	34.588	+ 3.182	+10,1
Übriges Ausland	254.022	255.617	263.969	277.695	295.904	312.380	+16.477	+ 5,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

111.271 ausländische Arbeitskräfte (13,9%) hatten 2019 ihren Wohnort im Ausland (+8.064 oder +7,8%) und pendelten zu Erwerbszwecken nach Österreich (3,0% der unselbständig aktiv Beschäftigten).

2.2 Beschäftigungswachstum abermals fast ausschließlich im Vollzeitbereich

Die durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten blieb laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung mit 35,3 Stunden pro Woche fast unverändert (2018: 35,1 Stunden) und lag damit

Die Beschäftigung wurde fast ausschließlich im Bereich der Vollzeitstellen ausgeweitet. Die Teilzeitquote der Frauen stieg weiter leicht, jene der Männer sank etwas.

weiter merklich unter dem Niveau vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 (–2,0 Stunden gegenüber 2008), während jene der Teilzeitbeschäftigten mit 18,7 Stunden erstmals geringfügig höher war als 2008 (2008: 18,5 Stunden, 2018: 18,2 Stunden). Das Arbeitsvolumen der unselbständig Beschäftigten erhöhte sich auf 5.972 Mio. Stunden und war damit abermals höher als vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (5.806,2 Mio. Stunden).

Der Großteil des Beschäftigungszuwachses entfiel laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2019 auf Vollzeitstellen (+21.800,

Teilzeitstellen +3.000). Vom Zuwachs der Vollzeitstellen profitierten überwiegend Männer (+18.400), deren Teilzeitbeschäftigung rückläufig war (–9.000). Zwar stieg auch die Vollzeitbeschäftigung von Frauen (+3.400), der Zuwachs fiel allerdings – wie in den meisten Jahren seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 – deutlich niedriger aus als im Fall der Teilzeitbeschäftigung (+12.000; Übersicht 4). Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten lag fast unverändert bei 28,5% (2018: 28,6%; Frauen: Anstieg von 48,3% auf 48,5%, Männer: Rückgang von 10,3% auf 9,8%).

Übersicht 4: **Atypische Beschäftigungsformen**

	2016	2017	2018	2019
	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt			
Personalverleih ¹⁾	70.862	76.593	85.947	82.131
Männer	54.555	60.005	67.376	64.893
Frauen	16.308	16.587	18.570	17.237
Freie Dienstverträge	15.818	14.939	14.083	13.852
Männer	7.584	7.122	6.714	6.651
Frauen	8.234	7.817	7.370	7.201
Geringfügige Beschäftigung	345.632	348.388	347.616	346.604
Männer	129.722	131.604	131.616	132.194
Frauen	215.910	216.784	216.001	214.409
Teilzeitbeschäftigung ²⁾	903.700	926.000	946.700	966.700
Männer	150.800	163.500	161.700	159.300
Frauen	752.900	762.500	784.900	807.400

Q: Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Laut Arbeitskräfteüberlassungsstatistik. – ²⁾ Unselbständig Erwerbstätige (Labour-Force-Konzept), Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden.

Die Zahl der Selbständigen stagnierte insgesamt, jene der selbständigen Frauen sank. Auch die geringfügige Beschäftigung stagnierte, während die Zahl der freien Dienstverträge rückläufig war.

Im Gegensatz zur Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung stagnierte die Zahl der Selbständigen²⁾ nahezu (+2.100 oder +0,4% auf 495.600), jene der selbständigen Frauen sank sogar leicht (–700 oder –0,3%; Übersicht 1). Bislang konzentrierte sich die Zunahme der Frauenbeschäftigung auf Personen aus den EU-Beitrittsländern von 2004 und 2007, die oftmals persönliche Dienstleistungen erbringen (etwa im Pflegebereich). Im Jahr 2019 nahm die Zahl der selbständig beschäftigten Frauen aus den Beitrittsländern von 2010 sogar ab.

Die geringfügige unselbständige Beschäftigung sank laut Dachverband der Sozialversicherungsträger das zweite Jahr in Folge leicht um 1.013 oder 0,3% auf 346.604 (2018 –0,2%).

Die Zahl der freien Dienstverträge geht bereits seit 2007 kontinuierlich zurück, 2019

nahm sie mit –1,6% aber weniger stark ab als in den Jahren davor (2018 –5,7%; Übersicht 4).

2.3 Rückgang der Arbeitslosigkeit verlangsamt

Erste Anzeichen einer Abkühlung der Konjunktur zeigte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bereits im Jahresverlauf 2019. Im IV. Quartal 2016 hatte eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eingesetzt, die sich 2017 und 2018 verstärkte. 2019 verlor sie an Dynamik: Die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen verringerte sich im Jahresdurchschnitt 2019 um nur mehr 10.779 oder 3,5% auf 301.328 (Männer –4,7%, Frauen –1,9%). 2018 hatte der Rückgang noch 8,2% betragen.

Außerdem sank ab März 2018 die Zahl der Personen in AMS-Schulungen merklich und von Mitte 2018 bis Mitte 2019 nochmals

Der Abbau der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich; zugleich nahm die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen merklich ab. Die Erholung vom massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und den konjunkturschwachen Jahren 2012 bis 2015 kam damit zum Stillstand.

²⁾ Die Berechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO umfasst alle Personen, die gemäß Erwerbskarrieremonitoring der Arbeitsmarktdatenbank von AMS und Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend ausschließlich als Selbständige in bzw. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (d. h. ohne Selbständige mit einer zusätzlichen unselbständigen Beschäftigung). Diese werden anhand der Mitgliederstatistiken der jeweiligen Kammern (Jahresendstände) um die aktiven Mitglieder der Kammern der

Freien Berufe ergänzt, sofern diese nicht bereits laut GSVG oder FSVG in den administrativen Daten erfasst sind: Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen (Österreichischer Rechtsanwaltskammertag), bis einschließlich 2012 Architekten und Architektinnen, Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen (Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten) sowie bis einschließlich 2008 Notare und Notarinnen (Österreichische Notariatskammer).

beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt 2019 verringerte sich die Zahl der Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen um 6.779 oder 9,9% auf 61.959 (2018 –4,7%; Übersicht 5).

Die erweiterte Arbeitslosigkeit, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen umfasst, sank demgemäß das dritte Jahr in Folge, allerdings wesentlich schwächer als 2018 (–17.559 oder –4,6% auf 363.287,

Männer –6,2%, Frauen –2,7%; 2018 –7,6%). Die Arbeitslosigkeit lag damit im Jahr 2019 um gut 100.000 höher als im Vorkrisenjahr 2008 bzw. um gut 50.000 höher als im "Zwischenhoch" 2011. Der zu Ende gehende Konjunkturaufschwung reichte also nicht aus, um den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und die Konjunkturschwäche der Jahre 2012 bis 2015 wettzumachen.

Übersicht 5: Arbeitslose und Personen in AMS-Schulungen nach Geschlecht, Altersgruppe, Ausbildung und Nationalität

2019

	Arbeitslose		Personen in Schulung		Summe	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Insgesamt	-10.779	- 3,5	- 6.779	- 9,9	-17.559	- 4,6
Geschlecht						
Männer	- 8.204	- 4,7	- 4.652	- 13,7	-12.855	- 6,2
Frauen	- 2.576	- 1,9	- 2.128	- 6,1	- 4.704	- 2,7
Altersgruppe						
Bis 19 Jahre	- 376	- 7,3	- 1.593	- 10,3	- 1.969	- 9,5
20 bis 24 Jahre	- 1.797	- 6,6	- 1.491	- 10,7	- 3.288	- 8,0
25 bis 29 Jahre	- 2.243	- 5,9	- 1.101	- 13,3	- 3.344	- 7,2
30 bis 34 Jahre	- 1.363	- 3,5	- 950	- 12,4	- 2.313	- 5,0
35 bis 39 Jahre	- 1.103	- 3,0	- 593	- 8,6	- 1.697	- 3,9
40 bis 44 Jahre	- 1.698	- 5,1	- 565	- 9,9	- 2.263	- 5,8
45 bis 49 Jahre	- 2.892	- 8,1	- 434	- 8,7	- 3.326	- 8,1
50 bis 54 Jahre	- 1.564	- 3,9	- 102	- 2,8	- 1.666	- 3,8
55 bis 59 Jahre	+ 1.251	+ 2,9	+ 46	+ 2,5	+ 1.297	+ 2,9
60 bis 64 Jahre	+ 949	+ 6,8	+ 3	+ 1,3	+ 953	+ 6,7
Ab 65 Jahren	+ 58	+ 15,5	± 0	± 0,0	+ 58	+ 15,5
Ausbildung						
Keine abgeschlossene Ausbildung	- 143	- 0,8	- 554	- 8,0	- 697	- 2,8
Pflichtschule	- 4.847	- 4,0	- 3.105	- 9,7	- 7.952	- 5,2
Lehre	- 5.100	- 5,2	- 1.048	- 8,5	- 6.148	- 5,6
Berufsbildende mittlere Schule	- 564	- 3,4	- 389	- 11,7	- 952	- 4,8
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	- 362	- 1,0	- 1.038	- 12,1	- 1.399	- 3,3
Akademie	+ 18	+ 1,8	- 34	- 17,7	- 16	- 1,3
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	+ 403	+ 1,7	- 489	- 10,2	- 87	- 0,3
Unbekannt	- 185	- 16,4	- 124	- 29,4	- 308	- 19,9
Nationalität						
Österreich	-11.288	- 5,2	- 3.053	- 7,9	-14.341	- 5,6
Ausland	+ 509	+ 0,5	- 3.726	- 12,4	- 3.218	- 2,6
Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigte	+ 1.566	+ 9,0	- 2.683	- 18,7	- 1.117	- 3,5
Sonstige Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft	- 1.057	- 1,3	- 1.043	- 6,7	- 2.100	- 2,2

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Weiterhin rückläufig war 2019 das Ausmaß der verfestigten Arbeitslosigkeit: Langzeitarbeitslose bzw. Langzeitbeschäftigungslose profitierten vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt, ihre Zahl war jedoch nach wie vor deutlich höher als vor der Krise im Jahr 2008 bzw. während des "Zwischenhochs"

2011. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr (Langzeitarbeitslose) verringerte sich 2019 um 2.795 oder 5,5% auf 47.848; ihr Anteil an allen registrierten Arbeitslosen sank auf 15,9% (2018: 16,2%). Ebenso nahm die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen

Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen war 2019 niedriger als 2018, aber immer noch höher als vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09.

Arbeitslosen³⁾ um 7.162 oder 6,8% auf 98.564 oder auf 32,7% der gesamten registrierten Arbeitslosigkeit ab (2018: 33,9%). Damit waren allerdings 2019 weiterhin beinahe dreimal so viele Arbeitslose langzeitbeschäftigungslos wie im Vorkrisenjahr 2008 (34.538) und gut doppelt so viele wie 2011 (44.346).

Die Entwicklung der Zahl der älteren und der gesundheitlich eingeschränkten Arbeitslosen lässt eine Konjunkturabkühlung im Jahresverlauf 2019 erkennen.

Weitere Anzeichen einer Konjunkturabkühlung im Jahresverlauf 2019 liefert die Entwicklung der Altersstruktur der Arbeitslosen (einschließlich der Personen in AMS-Schulungen): Nicht mehr alle Altersgruppen profitierten vom Rückgang der Arbeitslosigkeit. Vielmehr nimmt seit Herbst 2018 die Arbeitslosigkeit der Älteren (ab 55 Jahren) wieder zu (jene der Arbeitskräfte ab 60 Jahren stieg bereits im gesamten Jahresverlauf 2018). Auch die Zahl der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen erhöht sich seit April 2019 wieder (Übersicht 5).

Unter Akademikerinnen und Akademikern verringerte sich die Arbeitslosigkeit schwächer als im mittleren und unteren Qualifikationssegment. Dennoch konzentriert sich die Arbeitslosigkeit weiterhin deutlich auf Geringqualifizierte: Im Jahr 2019 verfügte immer noch fast die Hälfte aller Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulung) höchstens über einen Pflichtschulabschluss (Männer 46,7%, Frauen 45,9%), während 19,5% zumindest die Matura abgeschlossen hatten (Männer 16,7%, Frauen 22,7%).

Die Arbeitslosenquote verringerte sich 2019 weiter, obwohl die Zahl der älteren und gesundheitlich eingeschränkten Arbeitslosen bereits stieg.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitskräfte fiel geringer aus als jener der inländischen. Die erweiterte Arbeitslosigkeit (Arbeitslose und Personen in Schulung) sank unter ausländischen Staatsangehörigen gegenüber dem Vorjahr um 2,6% (anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte -3,5%, sonstige Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft -2,2%). Der Anteil der anerkannten Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten an der erweiterten Arbeitslosigkeit mit ausländischer Staatsbürgerschaft stagnierte (25,0% nach 25,2% 2018).

2019 wurde das Arbeitskräfteangebot neuerlich ausgeweitet, allerdings weniger dynamisch als 2017 und 2018.

Die Arbeitslosenquote sank nach nationaler Berechnungsmethode 2019 auf 7,4% und war damit um 0,3 Prozentpunkte niedriger als 2018 (Frauen 7,1%, Männer 7,6%), allerdings weiterhin deutlich höher als im Vorkrisenjahr 2008 (5,9%) bzw. im "Zwischenhoch" 2011 (6,7%).

Auch die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich im Jahresverlauf viel schwächer als in den Jahren 2016 bis 2018.

Die erweiterte Arbeitslosenquote (bezogen auf registrierte Arbeitslose und Personen in Schulung) lag im Jahr 2019 mit 8,7% erstmals

seit 2012 wieder unter 9% (Frauen 8,7%, Männer 8,8%; 2018: 9,2%). Die von Eurostat (Labour Force Survey) ausgewiesene internationale Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 4,5% zurück. Die erweiterte Arbeitslosenquote verringerte sich in allen Altersgruppen. Am höchsten war sie nach wie vor an den Rändern der Altersverteilung: einerseits in der Altersgruppe unter 25 Jahren (bis 19 Jahre 12,2% nach 13,3% 2018; 20 bis 24 Jahre 10,8% nach 11,5%) und andererseits unter den Älteren ab 55 Jahren (55 bis 59 Jahre 10,0% nach 10,2%, 60 bis 64 Jahre 11,4% nach 11,7%). Unter den Geringqualifizierten (höchstens Pflichtschulabschluss) war sie mit 27,0% weiterhin beinahe dreimal so hoch wie im Durchschnitt (8,7%); unter Personen mit akademischer Ausbildung lag sie bei 3,7% (2018: 3,9%). Ausländische Staatsangehörige sind immer noch häufiger von (weiterer) Arbeitslosigkeit betroffen (13,1%) als Inländerinnen und Inländer (7,5%).

2.4 Arbeitskräfteangebot wächst stark

Die Zahl der aktiven Erwerbspersonen (unselbständig aktiv Beschäftigte, selbständig Beschäftigte und Arbeitslose) erhöhte sich zwar auch im Jahr 2019, allerdings weniger dynamisch als in den konjunkturstarken Jahren 2017 oder 2018 (+1,1% nach +1,4% 2018). Die Erwerbsquote der aktiven Erwerbspersonen stieg um voraussichtlich 0,7 Prozentpunkte auf 76,4%⁴⁾ (Männer +0,8 Prozentpunkte auf 83,3%, Frauen +0,6 Prozentpunkte auf 69,4%), die Beschäftigungsquote der aktiv Erwerbstätigen um voraussichtlich 0,9 Prozentpunkte auf 71,3% (Männer +1,1 Prozentpunkte auf 77,7%, Frauen +0,7 Prozentpunkte auf 64,8%; Übersicht 1).

Dank der noch guten Konjunktur schrieben die Unternehmen zwar weiterhin mehr offene Stellen aus, die Dynamik ließ aber gegenüber den konjunkturstärkeren Jahren 2016 bis 2018 nach. Laut Statistik Austria wurden 128.200 offene Stellen gemeldet, um 6,6% mehr als im Vorjahr; 2018 war der Zuwachs noch bei 23,5% gelegen, 2017 bei 33,8%. Rund ein Viertel der offenen Stellen wird im produzierenden Bereich ausgeschrieben, rund 60% in den Dienstleistungen und 15% im öffentlichen Bereich.

Beim AMS waren im Jahresdurchschnitt 2019 77.093 offene Stellen registriert, um 5.548 oder 7,8% mehr als im Vorjahr. Auch hier fiel der Anstieg im Vorjahresvergleich merklich geringer aus (2018 +25,8%).

³⁾ Als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose gelten zum jeweiligen Stichtag beim AMS als arbeitslos vorgezeichnete Personen, die sich (bei Zusammenfassung aller Vormerkepisoden, aber ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen bis zu höchstens 62 Tagen) seit über einem Jahr in AMS-Vormerkung befinden (als arbeitslos, lehrtellensuchend, in Schulungsmaßnahmen, mit

Fachkräftestipendium, "Schulung Reha mit Umschulungsgeld" oder "Abklärung der Arbeitsfähigkeit").

⁴⁾ Die endgültigen Bevölkerungszahlen für das Jahr 2019 lagen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vor; ebenso ist die Zahl der Selbständigen für 2019 vorläufig.

3. Der Arbeitsmarkt 2020 im Zeichen der COVID-19-Pandemie

3.1 Unmittelbare Arbeitsmarktreaktion auf COVID-19-Maßnahmen

Die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie von Mitte März 2020 haben dramatische Folgen für den Arbeitsmarkt. Die unselbständige Beschäftigung sank im März 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat um 186.974 auf 3.589.401 (-5,0%), im April um 188.905 auf 3.582.751 (-5,0%). Sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zum Vorjahresbestand war dieser Beschäftigungsrückgang nicht nur höher als zum Höhepunkt der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 (April 2009 -76.142 bzw. -2,3%), sondern auch der höchste seit dem Winter 1952/53 (Dezember 1952 -115.459 bzw. -5,9%; Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020).

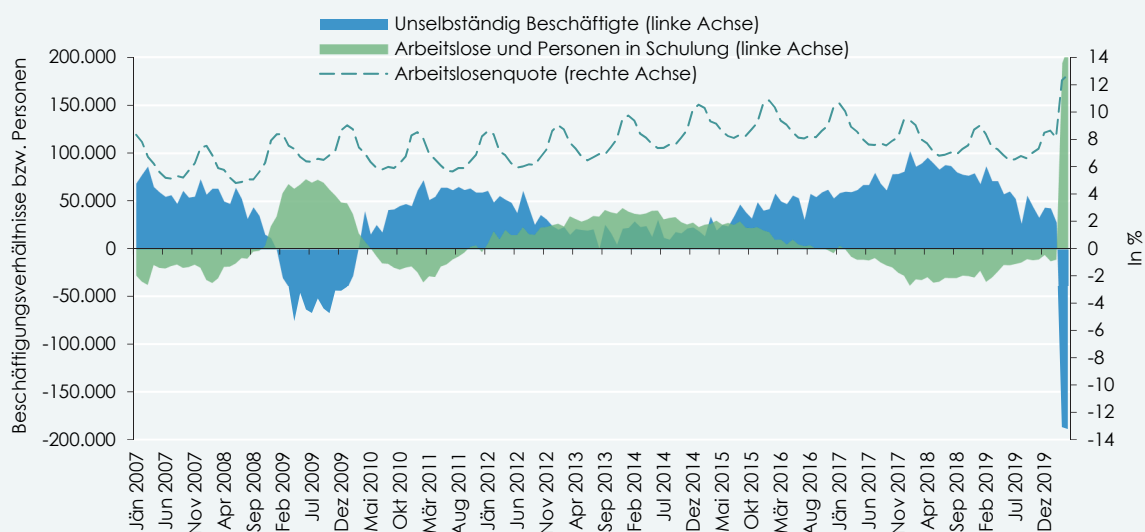
Die Zahl der Arbeitslosen stieg innerhalb von zwei Wochen nach Erlass der Ausgangsbeschränkungen und Geschäftsschließungen am 15. März 2020 rasant und lag Ende März um knapp 200.000 über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg hielt auch im April an,

sodass die Arbeitslosigkeit Ende April mit 571.477 Personen ihr bisher höchstes Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg erreichte (+58,2% gegenüber dem Vorjahr). 522.253 Personen waren Ende April arbeitslos, weitere 49.224 Personen in AMS-Schulung vorgemerkt. Die Arbeitslosenquote nahm auf 12,7% zu, um Schulungen erweitert auf 13,8%.

Der aktuelle Anstieg geht ausschließlich auf arbeitslos vorgemerkte Personen zurück. Ihre Zahl erhöhte sich im April 2020 gegenüber dem Vorjahr um mehr als drei Viertel (+76,3% auf 226.000 Personen). Die Zahl der Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen ging hingegen verstärkt zurück (rund -16.000 Personen, -24,2%), da der Schulungsbetrieb des AMS mit Inkrafttreten der Ausgangsbeschränkungen ausgesetzt wurde. Die Arbeitsmarktreaktion auf den "COVID-19-Schock" ist beispiellos (siehe auch Abbildung 2). Während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hatte die Arbeitslosigkeit in keinem Monat um mehr als 73.000 Personen oder 33,2% zugenommen (Eppel – Mahringer, 2020).

Die allmähliche Konjunkturabschwächung des Jahres 2019 mündete im März 2020 in ein abruptes Ende der Arbeitsmarkterholung. Der österreichische Arbeitsmarkt reagierte auf die COVID-19-Maßnahmen noch unmittelbarer und stärker als auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 mit einem beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Rückgang der Beschäftigung.

Abbildung 2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung, der erweiterten Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenquote seit 2007



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen.

3.2 Hohe Beschäftigungsverluste trotz vielfach genutzter Kurzarbeit

Die schweren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt sind weitestgehend Folge der Ausfälle der Wirtschaftstätigkeit in zahlreichen Wirtschaftsbereichen, die aus der Einschränkung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens im Inland (Schließung von Geschäften, Gaststätten, Kultur-, Unterhaltungs- und Sportbetrieben, Kindergärten und

Schulen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw.), der Unterbrechung von Lieferketten und dem internationalen Nachfrageausfall resultieren. Zudem stehen wegen der Grenzsicherungen Arbeitskräfte aus dem Ausland teilweise nicht zur Verfügung. Diese Faktoren haben zahlreiche Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen zur Folge und verhindern gleichzeitig Neueinstellungen.

Die zur Abfederung der COVID-19-Krise nochmals attraktiver gestaltete Kurzarbeit wird stark in Anspruch genommen und verhindert (bisher) noch viel höhere Beschäftigungsverluste. Trotzdem wurden viele Beschäftigte gekündigt. Zugleich werden weniger Arbeitskräfte neu eingestellt.

Ein kleinerer Teil des Anstieges der Arbeitslosigkeit war auch auf ein vorzeitiges Ende der Wintersaison im Tourismus zurückzuführen. In dieser Branche endet die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften meist erst nach Ostern; zu Saisonbeginn werden sie wieder eingestellt. Mit den Ausgangsbeschränkungen, der Schließung von Restaurants, Hotels, Seilbahnen und Geschäften ging die Wintersaison und damit die Beschäftigung vieler Saisonarbeitskräfte bereits einen Monat früher zu Ende. Das Ende der Wintersaison hätte sich sonst erst Ende April in erhöhter Arbeitslosigkeit niedergeschlagen.

Ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte bislang – wie schon in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 – durch das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit verhindert werden. Mit Stand 1. Mai 2020 waren beim AMS 104.007 Anträge auf COVID-19-Kurzarbeit in Bearbeitung, bei 100.281 davon lagen ausreichend

Informationen vor. Diese Anträge sichern rund 1,25 Mio. Arbeitsplätze. Das ist ein Vielfaches des Höchstwertes 2009 von rund 65.000 Personen in Kurzarbeit. 91.460 Anträge mit einer Bewilligungssumme von fast 8,8 Mrd. € wurden bereits genehmigt⁵⁾. Die – für die Abfederung der COVID-19-Krise zusätzlich attraktiver gestaltete – COVID-19-Kurzarbeit soll den Betrieben helfen, während des zeitlich befristeten Produktionsausfalls Beschäftigte zu halten statt sie zu kündigen. Wurde die Kurzarbeit während der Finanzmarktkrise überwiegend von größeren Industrieunternehmen in Anspruch genommen, so zeichnet sich diesmal eine wesentlich breitere Nutzung ab. Mit Stand 26. April 2020 wurden im Beherbergungs- und Gaststättenwesen als Folge des Lockdown 78% der Beschäftigten (gemessen am Stand Ende April) zur Kurzarbeit angemeldet, im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung fast zwei Drittel und im Bauwesen fast die Hälfte.

Eckpunkte der COVID-19-Kurzarbeit

COVID-19-Kurzarbeit kann bis zu drei Monate in Anspruch genommen werden (bei Bedarf ist eine Verlängerung um weitere drei Monate möglich). Die Inanspruchnahme steht allen Betrieben unabhängig von der Größe und der Branche offen (auch Vereinen und juristischen Personen des öffentlichen Rechtes, sofern sie am öffentlichen Erwerbsleben teilnehmen). Die geleistete Arbeitszeit der zur Kurzarbeit angemeldeten Belegschaft muss während dieser Zeit im Durchschnitt mindestens 10% betragen. Einzelne Wochen mit einer Arbeitszeit von 0 Stunden sind zulässig. Die Beschäftigten erhalten – unabhängig vom Ausmaß der Arbeitszeitverringerung und abhängig von ihrem Bruttoentgelt vor der Kurzarbeit – eine Nettoersatzrate von 80%, 85% oder 90% ihres Einkommens (Sozialversicherungsbeiträge basieren auf dem Bruttoentgelt vor der Kurzarbeit, Einkommensteile über der Höchstbeitragsgrundlage werden nicht ersetzt). Die Arbeitgeber erhalten die Kosten der Ausfallstunden vom AMS ersetzt¹⁾.

¹⁾ Bundesrichtlinie Kurzarbeitsbeihilfe (KUA-COVID-19), GZ: BGS/AMF/0702/9990/2020.

3.3 Breite Betroffenheit nach Wirtschaftsbereichen

Die Reaktion des Arbeitsmarktes auf die aktuelle Krise folgt nicht dem typischen Muster aus der Vergangenheit. Wenn, wie in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, ein Abschwung von einer Eintrübung der internationalen Konjunktur ausgeht, dann leidet in der Regel als erstes die exportorientierte Warenherstellung unter Nachfrageeinbußen. Da hier überproportional viele Männer beschäftigt sind, sind sie deutlich stärker betroffen als Frauen, die überwiegend im Dienstleistungssektor tätig sind. Diesmal geht der ökonomische Schock jedoch nicht nur vom Ausland, sondern vor allem auch vom Inland aus, namentlich von den Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Deshalb konzentriert sich der aktuelle Konjunkturerinbruch weniger auf die

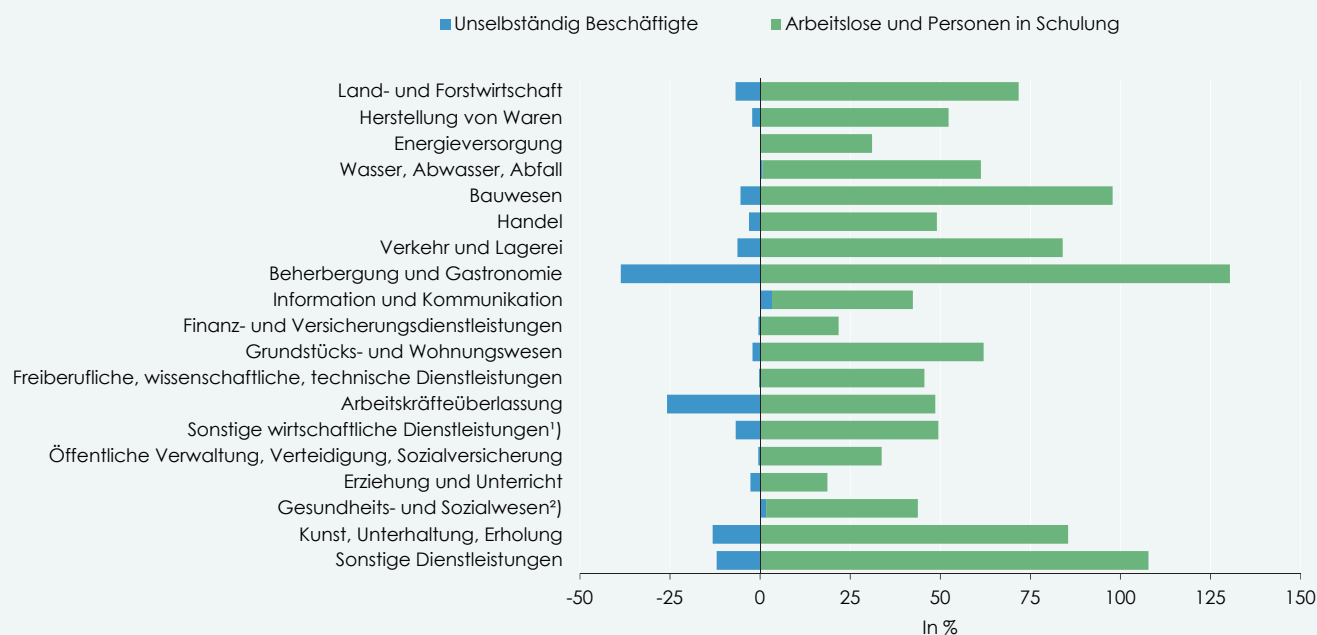
Warenherstellung, sondern erfasst viele Wirtschaftsbereiche, insbesondere auch den Dienstleistungssektor und deshalb mehr als in früheren Krisen auch Frauen.

Innerhalb des Dienstleistungssektors sind Beherbergung und Gastronomie besonders von der COVID-19-Krise betroffen, da sich hier sowohl angebotsseitig die Schließung von Betrieben und Freizeiteinrichtungen als auch nachfrageseitig etwa die Einschränkung der internationalen Reisemöglichkeiten auswirken. Die in dieser Branche hohe saisonale Beschäftigungsfluktuation begünstigt zudem einen raschen Übergang in Arbeitslosigkeit. Ende April waren in Beherbergung und Gastronomie um rund 74.000 Personen (–38,6%) weniger in unselbständiger Beschäftigung und rund 67.000 Personen (+130,4%) mehr arbeitslos oder in AMS-Schulung als im Vorjahr.

Die COVID-19-Krise trifft die österreichische Wirtschaft in voller Breite – besonders den Dienstleistungsbereich. Sehr hohe Arbeitsplatzverluste verzeichnen Beherbergung und Gastronomie, Bauwesen, Verkehr, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Unterhaltung sowie die persönlichen Dienstleistungen.

⁵⁾ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200504_OTS0070/aschbacher-leichtes-abflachen-der-kurve-bei-arbeitslosenzahlen-und-kurzarbeit.

Abbildung 3: **Unselbständige Beschäftigung und erweiterte Arbeitslosigkeit im April 2020 nach Wirtschaftsbereichen**
Veränderungen gegen das Vorjahr in %



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Arbeitskräfteüberlassung. – ²⁾ Ohne 8899 "Sonstiges Sozialwesen a.n.g."

Erheblich betroffen ist weiters die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-14,9%, +49%). Besonders hohe Arbeitsplatzverluste verzeichnete hier die traditionell dynamische Arbeitskräfteüberlassung (-25,8%). Im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung verringerte sich die unselbständige Beschäftigung aufgrund von Schließungen und Absagen bzw. der Verschiebung von Veranstaltungen um 13,1%, während die Arbeitslosigkeit um 85,5% stieg. Darüber hinaus sind die Beschäftigungseinbußen in Teilen der persönlichen Dienstleistungen besonders groß (sonstige Dienstleistungen insgesamt -12,1%, +107,8%; darunter "sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen" u. a. Frisör- und Kosmetiksalons).

Ähnlich wie im Tourismus schlug mit Ausbruch der COVID-19-Krise auch im Bauwesen eine günstige Beschäftigungslage abrupt in hohe Arbeitsplatzverluste um. Wegen der (vorübergehenden) Einstellung der Bau-tätigkeit und Baustellenschließungen war der Beschäftigtenstand Ende April 2020 um 5,4% niedriger als im Vorjahr (März 2020 -10,0%), und es befanden sich um 97,9% mehr Personen in Arbeitslosigkeit oder AMS-Schulung als im Vorjahr. Für beide Branchen ist charakteristisch, dass sich viele Betriebe rasch – vorübergehend oder dauerhaft – von Beschäftigten trennen, wenn

Aufträge ausbleiben oder die Saison endet (Eppel et al., 2015, Eppel – Horvath – Mahringer, 2018).

In der Warenherstellung rührt der Produktionsausfall vor allem vom Rückgang der (internationalen) Nachfrage und der Unterbrechung der Lieferketten her. Der Rückgang der Beschäftigung (-2,2%) und der Anstieg der Arbeitslosigkeit (+52,3%) fielen im Vorjahresvergleich geringer aus als im Dienstleistungssektor (-5,7%, +62,8%). Hier könnte der negative Schock wie in der Vergangenheit verstärkt durch Anpassung der Arbeitszeit abgedeckt worden sein.

3.4 Unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitsplatzverlusten

Die Beschäftigungseinbußen erfassten alle Bundesländer und Personengruppen, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Männer (unselbständige Beschäftigung -5,0%, Arbeitslosigkeit +59,5%) sind ähnlich betroffen wie Frauen (-5,0%, +56,8%)⁶⁾.

Ausländische Staatsangehörige (-9,2%, +67%), und zwar insbesondere aus anderen EU-Ländern, sind wesentlich stärker betroffen als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft (-3,9%, +53,7%). Sie arbeiten häufig in den ohnehin durch hohe Fluktuation

Männer sind ähnlich von Arbeitsplatzverlusten betroffen wie Frauen, ausländische Arbeitskräfte stärker als inländische. Regional sind die Arbeitsplatzverluste in den tourismusstarken Bundesländern Kärnten und Tirol am größten.

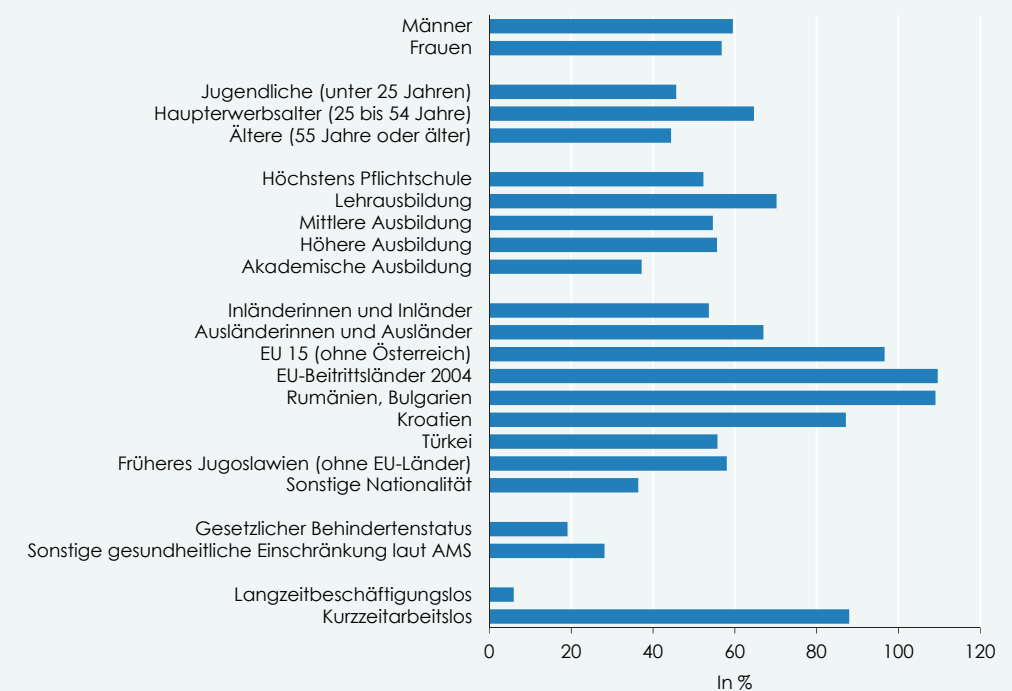
⁶⁾ Im März konzentrierten sich die Arbeitsplatzverluste der Frauen anders als jene der Männer auf wenige Wirtschaftsbereiche (Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Mayrhuber, 2020). Neben den Beschäftigungsaspekten verweisen Bock-Schappelwein –

Famira-Mühlberger – Mayrhuber (2020) auf die Doppelbelastung durch Beruf und Betreuungspflichten infolge von Home-Office (zum Home-Office-Potential siehe Bock-Schappelwein, 2020) oder einer Beschäftigung in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen.

geprägten Branchen Tourismus, Bauwesen und Arbeitskräfteüberlassung. Zudem gelangen viele Pendlerinnen und Pendler mit

Wohnsitz im Ausland aufgrund der Mobilitätsbeschränkungen nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz.

Abbildung 4: **Arbeitslose und Personen in Schulung im April 2020 nach Personenmerkmalen**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 6: **Unselbständige Beschäftigung und erweiterte Arbeitslosigkeit nach Bundesländern**

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose und Personen in Schulung		
	Bestand April 2020	Veränderung gegen das Vorjahr		Bestand April 2020	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %		Absolut	In %
Österreich	3,582.751	- 188.905	- 5,0	571.477	+ 210.275	+ 58,2
Wien	817.585	- 46.135	- 5,3	197.367	+ 56.948	+ 40,6
Niederösterreich	607.095	- 24.897	- 3,9	87.529	+ 30.607	+ 53,8
Burgenland	101.464	- 5.320	- 5,0	14.997	+ 5.730	+ 61,8
Steiermark	503.189	- 27.767	- 5,2	69.644	+ 30.324	+ 77,1
Kärnten	198.676	- 15.764	- 7,4	38.142	+ 15.032	+ 65,0
Oberösterreich	650.053	- 26.781	- 4,0	65.830	+ 25.896	+ 64,8
Salzburg	239.572	- 13.465	- 5,3	31.501	+ 14.256	+ 82,7
Tirol	306.093	- 23.407	- 7,1	46.951	+ 24.334	+107,6
Vorarlberg	159.024	- 5.369	- 3,3	19.516	+ 7.148	+ 57,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen.

Am stärksten sank im April die Beschäftigung der jungen Arbeitskräfte unter 25 Jahren (-8,5% gegenüber dem Vorjahr; 25 bis 54 Jahre -5,6%, ab 55 Jahren +0,8%), wobei diese Veränderungen von demographisch bedingten Verschiebungen und Veränderungen des Erwerbsverhaltens überlagert sind, die generell in einer Zunahme des Anteils älterer Arbeitskräfte resultieren. Die

Arbeitslosigkeit (einschließlich Schulungen) stieg allerdings für die Personen im Haupterwerbsalter am stärksten (25 bis 54 Jahre +64,7%). Unter Personen ab 55 Jahren (+27.392 bzw. +44,4%) war der Anstieg etwa so hoch wie für Jugendliche unter 25 Jahren (+26.264 bzw. +45,7%). Ohne Personen in Schulung zeigt sich allerdings ein besonders

hoher Anstieg für Jugendliche unter 25 Jahren (+31.952 bzw. +109,2%).

Regional entfielen die größten Beschäftigungsverluste im März auf Tirol und Salzburg,

im April auf Kärnten (unselbständige Beschäftigung -7,4%, erweiterte Arbeitslosigkeit +65,0%) und Tirol (-7,1%, +107,6%). In Tirol spielt der Tourismus eine besonders große Rolle.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Jahr 2019 hielt der seit 2017 beobachtete Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zwar an, die Beschäftigung wuchs aber infolge der Konjunkturabschwächung deutlich weniger dynamisch als 2018, und der Rückgang der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich zusehends. Im Frühjahr 2020 beendeten der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die darauffolgenden gesundheitspolitischen Maßnahmen zu deren Eindämmung den Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt abrupt. Der österreichische Arbeitsmarkt reagierte

auf die COVID-19-Maßnahmen noch unmittelbarer und stärker als auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 mit einem massiven Rückgang der Beschäftigung und beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei einer gleichzeitigen massiven Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Mit dem Ende des Aufwärtstrends und den jüngsten Verwerfungen brach die Erholung des österreichischen Arbeitsmarktes von der Finanzmarktkrise vorzeitig ab. Offen bleibt, wieweit eine Erholung nach dem COVID-19-Schock möglich ist.

5. Literaturhinweise

Bock-Schappelwein, J., "Welches Home-Office-Potential birgt der österreichische Arbeitsmarkt?", WIFO Research Briefs, 2020, (4), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65899>.

Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mayrhuber, Ch., "COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen", WIFO Research Briefs, 2020, (3), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65897>.

Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren", WIFO Research Briefs, 2020, (2), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65886>.

Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., "Das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen als betriebliche Strategie zum Ausgleich von Schwankungen des Personalbedarfs. Ein Update", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(11), S. 799-810, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61500>.

Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Zulehner, Ch., "Die Branchenstruktur und zeitliche Dynamik temporärer Layoffs", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(12), S. 899-910, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58565>.

Eppel, R., Mahringer, H., Corona-Schock auf dem Arbeitsmarkt, WIFO, News, 1. 4. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/corona-schock_auf_dem_arbeitsmarkt.

Horvath, Th., Mahringer, H., "Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2030 unter Berücksichtigung von Änderungen im Bildungsverhalten und rezenter Pensionsreformen. Ein Update", WIFO Working Papers, 2016, (523), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/58995>.

Destandardisierung von Erwerbsverläufen und Rückwirkungen auf die Alterssicherung

Christine Mayrhuber, Rainer Eppel, Thomas Horvath, Helmut Mahringer

Hauptergebnisse

Einleitung und Problemaufriss

Theoretische Grundlagen: Prekarisierung und Destandardisierung
 Prekarisierung, Destandardisierung: Begriffe und Konzepte – Vorhandene methodische Ansätze zur Quantifizierung von Prekarität

Veränderungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht
 Makro-Indikatoren der Destabilisierungstendenzen – Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt – Österreich im europäischen Vergleich

Destabilisierung der Beschäftigung
 Fragestellung – Datengrundlage und Untersuchungspopulation – Teilhabe am Erwerbsleben und Ausmaß der Beschäftigungsintegration – Destabilisierung der Beschäftigung im Jahresverlauf – Destabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse

Jahresbruttoeinkommen bei instabiler Beschäftigung
 Datengrundlage – Jahresbruttoeinkommen nach Beschäftigungsausmaß

Instabile Beschäftigung und Alterssicherung
 Institutionelle Zusammenhänge: Erwerbsverlauf und Alterssicherung – Instrumente zur Kompensation von Erwerbslücken in der Alterssicherung – Empirische Evidenz: Erwerbsverlauf und Alterssicherung – Pensionsfinanzierung bei zunehmend instabiler Beschäftigung

Die Studie beleuchtet Dimensionen einer Destandardisierung von Erwerbsverläufen in Österreich und die Rückwirkungen auf das Alterssicherungssystem. Rund zwei Drittel der unselbständig aktiv Beschäftigten (66,2%; rund 2,8 Mio. Personen) und damit die Mehrheit sind nach wie vor stabil, also ganzjährig beschäftigt. Allerdings nahm der Anteil der instabil Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu, unter den Beschäftigten ohne österreichische Staatsbürgerschaft erhöhte er sich auf 55,3%. Instabil Beschäftigte verzeichneten in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten Reallohnverluste. Das Beitragsaufkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung wurde bislang durch den steigenden Anteil der instabilen Beschäftigungsverhältnisse kaum gedämpft, da die Einkommensdynamik der stabilen Beschäftigungsverhältnisse die schwache Beitragentwicklung des instabilen Segmentes weitgehend kompensierte.

Im Auftrag des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger • März 2020 • 86 Seiten • 40 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66001>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

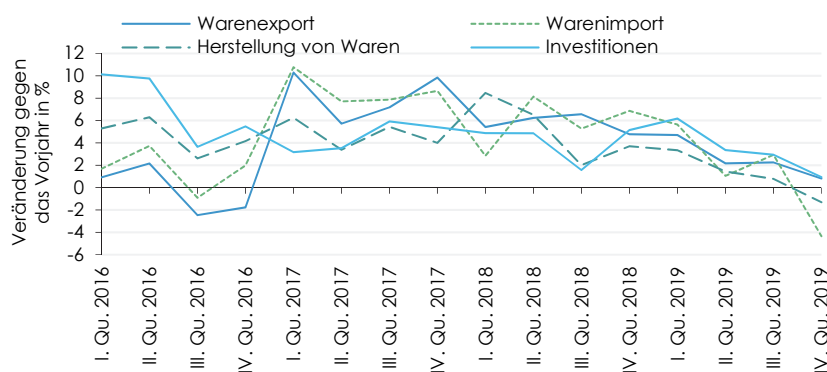
Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut 2019 ab

Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Michael Peneder, Yvonne Wolfmayr

- Unter schwierigen internationalen Rahmenbedingungen entwickelte sich der österreichische Außenhandel 2019 robust, wenngleich die Dynamik im Jahresverlauf und gegenüber dem Jahr 2018 deutlich nachließ. Die Handelsbilanz verbesserte sich, und im Extra-EU-Raum gewannen die Unternehmen Marktanteile.
- Die Exporte zu den drei wichtigsten österreichischen Handelspartnern (Deutschland, USA und Italien) waren rückläufig. Positive Wachstumsimpulse kamen aus Ungarn, Polen, dem Vereinigten Königreich, Frankreich sowie China, Russland und der Schweiz.
- Nach dem kräftigen Aufschwung in der Herstellung von Waren 2016/2018 verringerte sich die Expansion im Jahr 2019 auf lediglich 1,0%.
- Die Kapazitätsauslastung sank 2019 im Jahresverlauf kontinuierlich. Mit rund 83% lag sie Ende 2019 aber immer noch über dem langjährigen Durchschnitt.
- Im Jahresverlauf ließ auch das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen nach. Wichtigster Einflussfaktor für Investitionen waren technologische Entwicklungen. Vor allem die Investitionen in immaterielle Anlagegüter stützten die abflauende Konjunktur.

Entwicklung des Außenhandels und der Herstellung von Waren seit 2016



Das Wachstum des österreichischen Außenhandels, der Sachgüterproduktion und der Investitionen verlangsamte sich seit Anfang 2019 deutlich (Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Quartalsrechnung).

"Das Jahr 2019 war durch Handelskonflikte, Brexit-Verhandlungen und die damit einhergehende Unsicherheit geprägt. Das hatte eine schrittweise Eintrübung der Außenhandels, Industrie- und Investitionskonjunktur im Jahresverlauf zur Folge. Im Vorjahresvergleich war 2019 dennoch ein Wachstum zu verzeichnen, das allerdings im Frühjahr 2020 aufgrund der COVID-19-Krise einbrach."

Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab

Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Michael Peneder, Yvonne Wolfmayr

Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019

Im Einklang mit der Schwäche der internationalen Konjunktur und dem Rückgang des Welthandels im Jahr 2019 verflachte das Wachstum des österreichischen Außenhandels im Jahresverlauf deutlich. Die Ausfuhr in die drei wichtigsten österreichischen Exportmärkte blieben unter dem Vorjahresniveau, insbesondere weil die Lieferungen an Vorprodukten, Maschinen und Kfz einbrachen. Mit dem Rückgang der Exporte kühlte sich auch die Konjunktur in der Herstellung von Waren im Jahresverlauf merklich ab. Allerdings waren die einzelnen Wirtschaftszweige davon unterschiedlich betroffen. Einige Branchen (z. B. Pharmaindustrie, Getränkeherstellung) erzielten weiterhin kräftige Zuwächse. Technologische Entwicklungen hatten eine Ausweitung der Investitionen in immaterielle Anlagegüter zur Folge, während das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen konjunkturbedingt gegen Jahresende zum Erliegen kam. Anfang 2020 zeichnete sich eine Aufwärtstendenz ab, die allerdings durch die COVID-19-Krise beendet wurde.

Uncertainty Due to International Trade Conflicts – Industrial Activity Slows Down. Development of Manufacturing, Foreign Trade and Investments in 2019

In line with the weakness of the international economy and the decline in world trade in 2019, the growth of Austrian foreign trade flattened significantly in the course of the year. Exports to Austria's three most important export markets remained below the previous year's level, in particular because deliveries of primary products, machinery and motor vehicles collapsed. With the decline in exports, economic activity in manufacturing also cooled down considerably in the course of the year. However, the individual sectors of the economy were affected differently. Some sectors (e.g. the pharmaceutical industry, beverage production) continued to record high growth. Technological developments led to an increase in investment in intangible assets, while growth in investment in equipment came to a standstill towards the end of the year due to the economic situation. At the beginning of 2020, an upward trend became apparent, but this was ended by the COVID-19 crisis.

JEL-Codes: F40, O14, L6, E39 • **Keywords:** Warenaußenhandel, Handelsbilanz, Terms-of-Trade, Industrieproduktion, Sachgütererzeugung, Investitionen

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Irene Langer (irene.langer@wifo.ac.at), Nicole Schmidt (nicole.schmidt@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at), Gabriele Wellan (gabriele.wellan@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 5. 5. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Klaus S. Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at), Mag. Dr. Yvonne Wolfmayr (yvonne.wolfmayr@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Das Jahr 2019 war in der Industrie geprägt vom Auslaufen der Hochkonjunktur und schwierigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsproduktes verlangsamte sich auf +1,6% (2018 +2,4%) bei beträchtlichen Unterschieden zwischen den Sektoren: Teils setzte sich das Wachstum der letzten Jahre fort, wie etwa im Verkehr (+4,4%), der Energie- und Wasserversorgung

einschließlich der Abfallentsorgung (+3,1%), dem Bereich Information und Kommunikation (+3,1%) sowie den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+3,5%). Die Dämpfung des Wirtschaftswachstums war auf die gleichzeitige Abflachung der Performance der Herstellung von Waren, des internationalen Handels und der Investitionen zurückzuführen.

2. Außenhandel wächst in schwierigem Umfeld robust, aber deutlich abgeschwächt

Die Schwäche des Welthandels und die weltweite Stagnation der Industrieproduktion prägten das internationale Umfeld der österreichischen Außenwirtschaft 2019. Erstmals seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 sank das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt um 0,4% (CPB, 2020). Neben Konjunkturfaktoren belasteten die Handelskonflikte zwischen den USA und anderen Ländern die Weltwirtschaft. Der Aufbau neuer Handelsbarrieren, der abseits des regelbasierten Welthandelssystems im Handelsstreit zwischen den USA und China Mitte 2019 einen Höhepunkt erreichte, löste Unsicherheit aus, die auch die weltweite Investitionsdynamik schwächte (FIW, 2020). Dies dämpfte die internationale Nachfrage nach Maschinen und Anlagen und traf die auf Investitionsgüter spezialisierte deutsche und auch österreichische Exportwirtschaft besonders.

Vor allem die Rezession der deutschen Industrie beeinträchtigte die Exportmöglichkeiten der österreichischen Unternehmen. Die deutsche Autoproduktion geriet wegen der Umstellung auf neue Zulassungsstandards und Testverfahren im Herbst 2018 und Unsicherheiten im Zusammenhang mit neuen Klima- und Umweltschutzregulierungen sowie dem damit verbundenen Übergang auf neue Antriebstechniken in Probleme. Die Stahlindustrie war seit 2018 mit Zollerhöhun-

gen der USA sowie den weltweiten Überkapazitäten in der Produktion konfrontiert. Als Gegenreaktion und um Handelsumlenkungseffekte infolge der Zollpolitik der USA zu verhindern, erwirkte die EU wie auch einige andere wichtigen Handelspartner der USA ebenfalls Schutzzölle auf Stahl und Aluminium.

In diesem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld entwickelte sich der Export in Österreich zwar robust, insbesondere im Vergleich mit der deutschen Außenwirtschaft (Österreich nominell +2,5% bzw. real +2,3%, Deutschland nominell +0,8%, real +0,2%), verlor aber im Jahresverlauf und gegenüber dem Jahr 2018 merklich an Dynamik. Gemäß den vorläufigen Werten von Statistik Austria lagen die nominellen Exporte 2019 mit 153,8 Mrd. € um 2,5% über dem Vorjahresergebnis. Die lebhaften Zuwächse der Vorjahre (2017 +8,2%, 2018 +5,7%) wurden damit nicht wiederholt (Übersicht 1). Real erhöhten sich die Warenexporte um 2,3%. Im Jahresverlauf verlangsamte sich das anfangs noch kräftige Wachstum merklich (nominell +4,7%, II. Quartal und III. Quartal jeweils rund +2%, IV. Quartal +0,8%). Die Veränderung der saisonbereinigten Ausfuhrwerte auf Monatsbasis gibt dieses Muster einer Trendumkehr ab Mai 2019 deutlich wieder (Abbildung 1).

Das internationale Umfeld trübte sich 2019 mit der Verschlechterung der handelspolitischen Rahmenbedingungen und dem Nachlassen der internationalen Investitionsdynamik ein. Vor allem die Rezession der deutschen Industrie bremste die Expansion der österreichischen Exporte ab der Jahresmitte.

Übersicht 1: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export			Import			Saldo		Terms-of-Trade ¹⁾		
	Werte		Real	Werte		Real	Werte	Veränderung gegen das Vorjahr			
	Mrd. €	Veränderung	gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Mrd. €	In %			
2018	150,1	+ 5,7	+ 4,4	+ 1,3	156,1	+ 5,8	+ 3,4	+ 2,3	- 6,0	- 0,4	- 1,0
2019	153,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,1	158,0	+ 1,2	+ 1,4	- 0,1	- 4,2	+ 1,8	+ 0,3
2018, I. Quartal	37,4	+ 5,4	+ 4,9	+ 0,5	38,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,2	- 0,9	+ 0,9	- 0,7
II. Quartal	37,6	+ 6,2	+ 4,9	+ 1,3	39,2	+ 8,1	+ 5,4	+ 2,6	- 1,5	- 0,7	- 1,3
III. Quartal	36,6	+ 6,6	+ 4,7	+ 1,8	37,9	+ 5,3	+ 1,9	+ 3,3	- 1,3	+ 0,4	- 1,4
IV. Quartal	38,4	+ 4,8	+ 3,1	+ 1,6	40,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 2,2	- 0,9	- 0,4
2019, I. Quartal	39,2	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,0	40,6	+ 5,6	+ 4,5	+ 1,1	- 1,3	- 0,4	- 0,1
II. Quartal	38,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,5	39,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	- 1,1	+ 0,4	+ 0,1
III. Quartal	37,4	+ 2,3	+ 2,7	- 0,4	39,0	+ 2,9	+ 4,0	- 1,1	- 1,6	- 0,3	+ 0,7
IV. Quartal	38,7	+ 0,8	+ 1,4	- 0,6	38,8	- 4,4	- 3,5	- 0,9	- 0,1	+ 2,1	+ 0,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Preise laut VGR.

Die österreichischen Warenimporte wuchsen im Jahr 2019 nominell mit 1,2% und real mit 1,4% wesentlich schwächer als die Ausfuhr (Übersicht 1). Dies resultierte vor allem aus dem empfindlichen Rückgang der Importe im IV. Quartal 2019 und stand im Einklang mit dem Einbruch der Industrieproduktion

sowie der Investitionsdynamik Ende 2019. Das kurze Aufleben der Importe im III. Quartal 2019 (real +4% bei sinkenden Importpreisen, nominell +2,9%) war auf einen Sondereffekt im Import pharmazeutischer Produkte (Polypeptidhormone) im Juli 2019 aus den USA zurückzuführen. Ohne diese Position, die

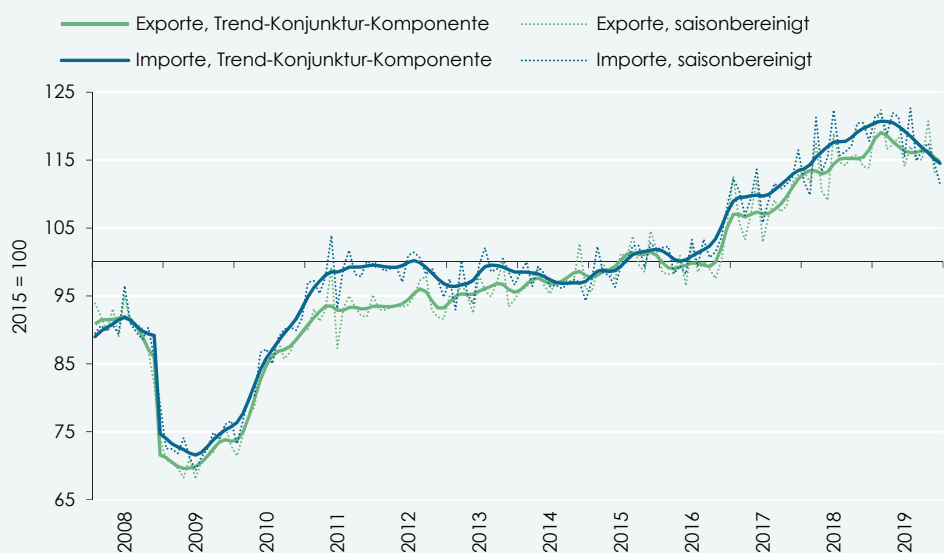
einen sehr unregelmäßigen Verlauf aufweist, ergibt sich für das III. Quartal eine Steigerung der gesamten Warenimporte von nominell nur 0,7% bzw. real 1,9%.

Um Sondereffekte sowie um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigt verflachte das Wachstum der österreichischen Warenimporte zunächst noch weniger deutlich als das der Exporte, gegen Jahresende brach es aber stärker ein (Abbildung 1). Dieses Muster spiegelt die Anfang 2019 noch

robuste Entwicklung von Binnennachfrage und Industrieproduktion wider: Vor dem Hintergrund einer guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und unterstützt von der Einführung des Familienbonus zu Jahresbeginn 2019 expandierte vor allem der inländische Konsum kräftig. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden aufgrund eines Nachholbedarfs im Bereich der Fahrzeuginvestitionen zu Jahresbeginn beträchtlich gesteigert, ließen aber im Jahresverlauf deutlich nach (Kapitel 4).

Abbildung 1: **Österreichs Warenexporte und Warenimporte**

Nominell, saisonbereinigt



Q: WIFO-Berechnungen. Saisonbereinigt: um Saisoneffekte und Zahl der Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte. Trend-Konjunktur-Komponente: Zusätzlich zu Arbeitstagen und Saisoneffekten um irreguläre Komponente bereinigte Export- und Importwerte.

Österreichs Außenhandel mit den anderen EU-Ländern war 2019 durch die schwache Entwicklung der Exporte nach Deutschland und Italien geprägt. Im Extra-EU-Handel stand dem Einbruch der Ausfuhr in die USA eine noch dynamische Entwicklung der Lieferungen nach China, Japan, Russland und in die Schweiz gegenüber.

Die österreichische Handelsbilanz verbesserte sich im Jahr 2019 um 1,8 Mrd. € auf ein Gesamtdefizit von 4,2 Mrd. €. Die Terms-of-Trade als Verhältnis der Export- zu den Importpreisen verbesserten sich vor allem im III. Quartal (+0,7%) und IV. Quartal (+0,4%), weil die Importpreise aufgrund der Rohölpreisentwicklung im Sommer 2019 wesentlich rascher nachgaben als die Exportpreise: Der österreichische Importpreis von Rohöl lag im Mai 2019 noch bei 73,7 \$ je Barrel, fiel bis zum September auf einen Tiefstand von 61,1 \$ und erreichte zu Jahresende 66,4 \$. Im Jahresdurchschnitt 2019 lag er mit 66,2 \$ je Barrel um 9,7% unter dem Vorjahresniveau.

2.1 Stagnation und Rückgang der Exporte in die drei wichtigsten Exportdestinationen

Die österreichische Ausfuhr in die anderen EU-Länder (Intra-EU-Handel) wuchs 2019 mit +2,2% schwächer als der österreichische Extra-EU-Export (+3,2%). Die wichtigsten positiven Wachstumsimpulse kamen aus Ungarn (+9,8%), Polen (+8,4%), dem Vereinigten

Königreich (+7,2%) und Frankreich (+4,9%), außerhalb der EU von China (+10%), Russland (12,3%) und der Schweiz (+3,6%; Übersicht 2). Die äußerst dynamischen Exporte in das Vereinigte Königreich sind zu einem Großteil österreichischen Pkw-Lieferungen (+65,4%) zuzurechnen, die mit der Endfertigung neuer, nicht-deutscher Automodelle (Jaguar) zusammenhängen. Auch Vorzieheffekte aufgrund des Brexit dürften eine Rolle gespielt haben. Die Entwicklung der Exporte nach Frankreich war – wie bereits seit 2010 – durch unregelmäßige, jedoch große Lieferungen in der Warengruppe der Polypeptidhormone überlagert. Diese konzentrierten sich 2019 auf das I. Quartal und waren maßgeblich für die kräftige Expansion des Frankreichexports zu Jahresbeginn (+21,8% im Vorjahresvergleich). Ohne die Lieferungen dieser Warengruppe betrug die Zuwachsrate im I. Quartal nur 5,9%. Im weiteren Jahresverlauf brach die österreichische Ausfuhr nach Frankreich ein und erholte sich erst im IV. Quartal 2019 (+4,4% gegenüber dem Vorjahr).

Übersicht 2: Entwicklung des Außenhandels nach Ländern und Regionen 2019

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 28	69,7	+ 2,2	70,1	+ 0,4	- 3,6	+ 1,8
Intra-EU 15	51,5	+ 1,8	54,8	+ 0,1	- 7,4	+ 1,3
Deutschland	29,4	- 0,2	35,0	- 1,0	- 10,2	+ 0,5
Italien	6,3	- 0,0	6,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,4
Frankreich	4,4	+ 4,9	2,7	- 1,7	2,5	+ 0,4
EU-Länder ab 2004	18,2	+ 3,2	15,3	+ 1,4	3,8	+ 0,5
5 EU-Länder ¹⁾	14,7	+ 3,5	13,4	+ 1,4	1,5	+ 0,5
Tschechien	3,5	- 4,2	4,2	- 1,6	- 1,3	- 0,1
Ungarn	3,7	+ 9,8	2,7	+ 2,6	1,3	+ 0,4
Polen	3,4	+ 8,4	3,0	+ 11,2	0,5	- 0,1
Baltikum	0,4	+ 3,2	0,2	+ 21,4	0,3	- 0,0
Bulgarien, Kroatien, Rumänien	3,1	+ 1,7	1,7	- 1,1	2,0	+ 0,1
Extra-EU 28	30,3	+ 3,2	29,9	+ 3,2	- 0,6	- 0,0
Extra-EU 15	48,5	+ 3,2	45,2	+ 2,6	3,2	+ 0,5
EFTA	5,5	+ 5,0	4,4	- 9,3	1,6	+ 1,1
Schweiz	4,7	+ 3,6	3,8	- 10,7	1,2	+ 1,0
MOEL ²⁾ , Türkei	3,4	+ 5,6	3,8	- 3,9	- 0,8	+ 0,5
Westbalkanländer ³⁾	1,0	+ 12,8	0,9	+ 16,0	0,1	- 0,0
GUS-Europa	1,7	+ 11,5	1,8	- 15,9	- 0,3	+ 0,8
Russland	1,5	+ 12,3	1,7	- 16,1	- 0,4	+ 0,8
Nordafrika ⁴⁾	0,5	+ 9,4	0,9	- 0,3	- 0,5	+ 0,1
NAFTA	8,4	- 1,8	5,0	+ 17,7	5,0	- 1,4
USA	6,7	- 3,4	4,5	+ 18,8	3,1	- 1,5
Südamerika	1,9	- 0,7	0,8	- 11,3	1,6	+ 0,1
Brasilien	0,5	- 9,0	0,2	- 21,2	0,4	+ 0,0
Asien	9,1	+ 3,6	14,1	+ 5,8	- 8,2	- 0,7
Japan	1,0	+ 5,5	1,4	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1
China	2,9	+ 10,0	6,2	+ 7,8	- 5,4	- 0,3
Indien	0,6	- 0,1	0,6	+ 8,2	- 0,1	- 0,1
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	2,3	+ 0,7	1,9	- 1,1	0,6	+ 0,1
Euro-Raum (19 Länder)	51,5	+ 1,4	55,3	+ 0,0	- 8,2	+ 1,1
OPEC	1,1	- 11,9	1,2	- 14,8	- 0,1	+ 0,1
BRIC ⁶⁾	5,5	+ 7,4	8,8	+ 1,2	- 5,5	+ 0,4
Schwarzmeerregion ⁷⁾	1,3	- 4,2	1,9	+ 9,3	- 1,1	- 0,3
Insgesamt	100,0	+ 2,5	100,0	+ 1,2	- 4,2	+ 1,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Westbalkanländer, GUS-Europa. – 3) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – 4) Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – 5) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand. – 6) Brasilien, Russland, Indien, China. – 7) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine.

Die Warenexporte nach China wuchsen vor allem im 1. Halbjahr 2019 kräftig (+14,6%), in der zweiten Jahreshälfte um nur mehr 6,1%. Das Muster ergab sich aus dem starken Rückgang der Lieferungen von Maschinen nach China seit Juni 2019 nach einer lebhaften Expansion bis zur Jahresmitte. Wichtige Wachstumsimpulse kamen von einer bedeutenden Ausweitung der Lieferungen von Pkw sowie medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen.

Die Ausfuhr in die zwei wichtigsten EU-Exportmärkte Deutschland und Italien stagnierte. Nach Deutschland wurde um 0,2% weniger geliefert als im Vorjahr. Die Rezession der deutschen Industrie, die Schwäche der

Investitionen und der Exporte des Haupthandelspartners schlugen auf die österreichische Exportentwicklung durch und resultierten in einem Einbruch der Lieferungen von Halbfertigwaren (-7,2%, insbesondere Eisen und Stahl -14,1%), Waren aus der Autozulieferindustrie (-5,1%) und Maschinen nach Deutschland (-2,7%). Weiterhin positiv verlief der Export von Pkw (+10,4%) und pharmazeutischen Erzeugnissen nach Deutschland (+27,1%), mit allerdings geringem Gewicht am Gesamtexport nach Deutschland.

Die Ausfuhr in die USA lag um 3,4% unter dem Wert des Vergleichszeitraumes im Jahr 2018. Dabei brachen insbesondere die Exporte von bearbeiteten Waren ein (-11,2%).

Die Anhebung der Zölle auf Stahl und Aluminium durch die USA dürfte hinter dem Ausfall der Exporte von Stahl in die USA um 24,3% und von Aluminium um 11,1% stehen; zwischen April und Dezember 2019 brachen die Stahlexporte in die USA um 35,6%, jene von Aluminium um 17,6% ein. Auch die in anderen Jahren kräftig expandierenden Pkw-Lieferungen schrumpften ab Mitte 2019 um 34,6% und im Jahresdurchschnitt 2019 um 12,9%. Bislang drohten die USA die Einführung von "Autostrafzöllen" gegenüber der EU nur an und setzten sie noch nicht um. Die Einbußen im Pkw-Export in die USA dürften damit eher mit dem durch den Abgasskandal entstandenen Imageschaden insbesondere für deutsche Modelle zusammenhängen.

gang im III. Quartal. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hatte Deutschland: 29,6% aller Maschinenexporte Österreichs gehen nach Deutschland. Ab dem II. Quartal 2019 schlug die Schwäche der deutschen Industrie auch voll auf die Lieferungen bearbeiteter Waren insgesamt durch. Im Jahresdurchschnitt 2019 blieben die Exporte in dieser Warengruppe um 3,1% unter dem Vorjahresniveau.

Die gute Performance der österreichischen Pkw-Exporte (+13,7%) steht im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland, dessen Pkw-Lieferungen um 2,9% einbrachen. Zum Teil konnte sich die österreichische Autoindustrie durch die Endfertigung nicht-deutscher Automodelle von der Autokrise in Deutschland etwas abkoppeln (vor allem durch die Fertigung von Jaguar, die enorme Zuwächse im Export in das Vereinigte Königreich mit sich brachte). Der andere Teil erklärt sich durch die weltweit noch gute Nachfrage nach konventionellen deutschen Automodellen, die von ausländischen Standorten, darunter auch Österreich bedient wird, während sich an den deutschen Standorten ein Übergang zur Elektromobilität mit einem geringeren Angebot der neuen Marken vollzieht (FIW, 2020).

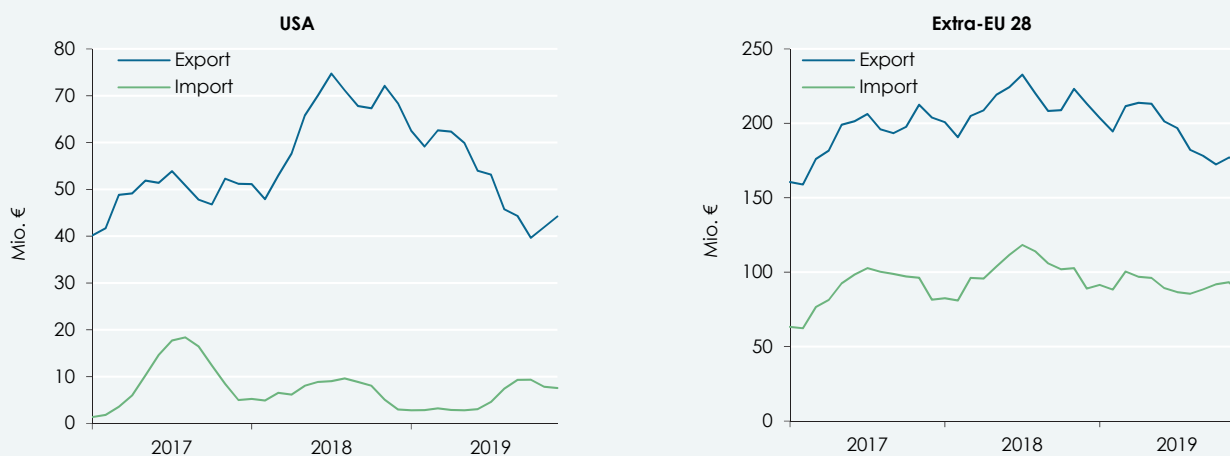
Die internationale Schwäche der Industrie- und Investitionskonjunktur dämpfte das Wachstum des Exports von Maschinen und industriellen Vorprodukten. Der österreichische Handel mit Stahl litt unter dem Aufbau neuer Handelsbarrieren. Die Exporte von pharmazeutischen Produkten und Pkw expandierten weiterhin lebhaft.

2.2 Lebhaft Entwicklung der Exporte von pharmazeutischen Waren und Pkw – Stahlexporte im Zeichen der internationalen Handelskonflikte

Getragen wurde das Ausfuhrwachstum 2019 vom Export pharmazeutischer Waren (+20,2%) und den Pkw-Lieferungen (+13,7%; Übersicht 3). Relativ stabil expandierten auch die Nahrungsmittelexporte (+5,7%). Die Maschinenexporte stiegen verhalten (+1,6%), mit einer deutlichen Abflachung zur Jahresmitte und einem merklichen Rück-

Abbildung 2: Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit Stahl und Aluminium

Gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Stahlexporte, als Untergruppe der bearbeiteten Waren, waren zusätzlich zur Investitions- und Industrieflaute beim wichtigsten Handelspartner mit Zollerhöhungen im Zuge der Handelskonflikte mit den USA betroffen und sanken im Jahr 2019 um 7,8%. Seit Anfang Juni 2018 verhängen die USA Strafzölle auf Importe von Aluminium und Stahl. Die EU, aber auch alle anderen wichtigen Handelspartner der USA reagierten mit einer Beschränkung der Stahl- und

Aluminiumimporte, um Umweg-Importe von Billigstahl aus Drittländern auf den EU-Markt infolge der Zollpolitik der USA auszuschließen. Seit Beginn der Maßnahmen der USA im Juni 2018 sinken Österreichs Stahl- und Aluminiumexporte deutlich und 2019 verstärkt (Abbildung 2). Auch Österreichs Extra-EU-Handel mit Stahl und Aluminium stand im Zeichen der Schutzmaßnahmen.

Das Wachstum der Importe wurde vor allem von der Nachfrage nach Maschinen und Autozulieferteilen sowie nach pharmazeutischen Erzeugnissen getragen (Übersicht 3). Die Einfuhr von Investitionsgütern (Maschinen und Fahrzeuge) wuchs aufgrund der noch regen Investitionsnachfrage Anfang 2019 noch kräftig, während der Import von

pharmazeutischen Produkten aus den USA in den Sommermonaten aufgrund der oben beschriebenen Sondereffekte lebhaft wuchs. Der Rückgang der Einfuhr von Vorleistungsgütern (bearbeiteten Waren) um 2,1% spiegelt die Konjunkturschwäche der österreichischen Sachgüterproduktion im Jahr 2019 wider (Kapitel 3).

Übersicht 3: **Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen 2019**

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,6	+ 6,9	7,4	+ 4,8	0,0	+ 0,2
Rohstoffe	3,1	- 2,8	3,9	- 4,3	- 1,4	+ 0,1
Holz	1,1	- 3,1	0,9	- 8,9	0,3	+ 0,1
Brennstoffe	2,3	+ 9,2	7,8	- 3,1	- 8,8	+ 0,7
Chemische Erzeugnisse	14,1	+ 9,0	13,8	+ 3,2	- 0,2	+ 1,1
Bearbeitete Waren	20,8	- 3,1	15,5	- 2,1	7,4	- 0,5
Papier	2,8	- 1,9	1,3	- 0,0	2,1	- 0,1
Textilien	1,1	+ 0,8	1,2	+ 1,6	- 0,2	- 0,0
Eisen, Stahl	5,0	- 7,8	2,6	- 13,4	3,6	- 0,0
Maschinen, Fahrzeuge	40,2	+ 2,5	35,9	+ 3,6	5,0	- 0,4
Maschinen	25,2	+ 1,6	18,9	+ 1,7	8,9	+ 0,1
Autozulieferindustrie	6,1	+ 0,1	5,1	+ 4,1	1,3	- 0,3
Pkw	5,2	+ 13,7	5,6	+ 6,5	- 0,8	+ 0,4
Konsumnahe Fertigwaren	11,3	+ 2,4	15,0	+ 3,1	- 6,3	- 0,3
Insgesamt	100,0	+ 2,5	100,0	+ 1,2	- 4,2	+ 1,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

2.3 Leichte Marktanteilsgewinne bei günstiger preislicher Wettbewerbsfähigkeit

In nomineller Rechnung verzeichnete Österreich 2019 auf dem Weltmarkt leichte Marktanteilsverluste von 0,1%. Die Berechnung von Marktanteilen anhand der Exportwerte auf Dollarbasis kann durch Wechselkurschwankungen etwas verzerrt sein, sodass die nominelle und die reale Rechnung kurzfristig divergieren. Eine Berechnung realer – um Preis- und Wechselkurseffekte bereinigter – Marktanteile wäre in solchen Fällen wichtig, ist aber mangels regionaler Exportpreisstatisiken nur sehr eingeschränkt möglich. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen verbesserte sich 2019 gemessen am Rückgang des real-effektiven Wechselkurses (-1%). Vergleicht man die reale Wachstumsrate der Exporte im Jahr 2019 von 2,3% mit dem Wachstum der österreichischen Ausfuhrmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner, gewichtet mit dem Anteil des österreichischen Exports) von (vorläufig) rund 1,4%, dann kann aus der Differenz von +0,9 Prozentpunkten auf einen Marktanteilsgewinn Österreichs in realer Rechnung

geschlossen werden. Die leichte Ausweitung von Österreichs Marktanteil am Export des Euro-Raumes (Übersicht 4), ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Handelspartnern im selben Währungsraum, um 0,2% deutet ebenfalls auf allgemeine Marktanteilsgewinne im Jahr 2019 hin.

Österreichs Marktanteile am Export des Euro-Raumes entwickelten sich allerdings nach Regionen sehr unterschiedlich. Leichten Positionsgewinnen in der EU (+0,3%) und geringfügigen Einbußen im Euro-Raum (-0,6%) standen deutlichere Gewinne in Drittländern (+0,7%) gegenüber. Auch innerhalb der EU 28 verlief die Entwicklung nicht einheitlich mit Positionsgewinnen in Frankreich (+2,2%) und Verlusten in Deutschland (-1,5%) und Italien (-0,3%). In den 5 EU-Ländern in Ostmitteleuropa verloren die österreichischen Exporteure insgesamt Marktanteile (-1,8%). Dies war auf die Einbußen in Tschechien (-4,8%) zurückzuführen, während die österreichische Exportwirtschaft in den anderen EU-Ländern der Region Ostmitteleuropa Positionsgewinne verzeichnete.

Die österreichische Exportwirtschaft gewann Marktanteile insbesondere im Extra-EU-Raum.

Übersicht 4: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der Welt			Anteile am Export des Euro-Raumes (19 Länder)		
	2019 In %	2018 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2019 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2019 In %	2018 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2019 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Intra-EU 28	2,04	- 0,8	- 0,7	4,16	+ 0,4	+ 0,3
Intra-EU 15	1,73	- 0,6	- 0,2	3,58	+ 0,5	+ 0,8
Deutschland	4,22	- 0,6	- 2,0	9,33	- 0,8	- 1,5
Italien	2,25	- 0,2	- 0,3	4,79	+ 0,9	- 0,3
Frankreich	1,16	- 10,8	+ 2,6	1,98	- 8,9	+ 2,2
EU-Länder ab 2004	3,76	- 2,8	- 2,5	6,99	- 0,6	- 1,3
5 EU-Länder ¹⁾	4,31	- 3,2	- 3,3	7,72	- 1,0	- 1,8
Tschechien	3,60	- 1,8	- 6,2	5,98	+ 0,7	- 4,8
Ungarn	5,53	- 1,9	+ 4,8	9,65	- 0,1	+ 5,2
Polen	2,21	- 1,3	+ 3,0	3,86	+ 1,6	+ 3,9
Baltikum	0,89	+ 9,1	+ 2,6	1,93	+ 10,5	+ 3,4
Bulgarien, Kroatien, Rumänien	3,34	- 1,7	- 1,8	6,49	- 0,5	+ 0,1
Extra-EU 28	0,42	- 0,5	+ 1,9	2,94	+ 0,3	+ 0,7
Extra-EU 15	0,66	- 0,0	+ 0,3	3,85	+ 0,4	- 0,5
EFTA	2,62	+ 1,1	- 0,8	5,15	- 1,2	- 2,8
Schweiz	3,16	+ 0,9	- 2,8	5,63	- 2,3	- 5,3
MOEL ²⁾ , Türkei	1,15	- 0,6	+ 1,6	3,51	+ 2,1	+ 3,1
Westbalkanländer ³⁾	3,28	- 5,7	+ 5,1	7,36	- 7,5	+ 9,5
GUS-Europa	1,07	- 5,7	+ 3,7	3,43	- 2,2	+ 4,9
Russland	1,15	- 4,5	+ 4,1	3,39	- 1,8	+ 5,5
Nordafrika ⁴⁾	0,47	- 2,2	+ 5,9	1,27	+ 0,6	+ 10,2
NAFTA	0,43	+ 2,1	- 2,5	3,01	- 1,2	- 6,7
USA	0,46	+ 1,1	- 3,6	2,84	- 2,1	- 8,4
Südamerika	0,29	- 1,3	- 4,7	2,12	- 2,2	- 7,2
Brasilien	0,47	+ 9,2	- 13,3	2,59	+ 11,7	- 11,2
Asien	0,24	- 0,2	+ 2,8	2,53	+ 2,9	+ 2,9
Japan	0,27	+ 5,4	+ 6,4	2,89	+ 5,1	+ 0,9
China	0,29	+ 0,1	+ 5,7	2,58	+ 2,4	+ 3,1
Indien	0,23	+ 10,7	+ 0,2	2,74	+ 12,7	+ 4,9
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	0,18	+ 0,7	+ 7,1	2,52	+ 2,9	+ 7,0
Euro-Raum (19 Länder)	2,08	- 1,8	- 0,9	4,30	- 0,5	- 0,6
OPEC	0,32	- 1,4	- 9,0	1,73	- 0,8	- 1,7
BRIC ⁶⁾	0,36	- 0,5	+ 3,8	2,78	+ 2,8	+ 2,5
Schwarzmeerregion ⁷⁾	0,82	+ 4,6	- 4,9	2,82	+ 10,2	- 3,7
Insgesamt	0,96	- 0,2	- 0,1	3,71	+ 0,5	+ 0,2

Q: IWF, DOT (Daten für EU-Länder am Eurostat-Konzept angelehnt); WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Westbalkanländer, GUS-Europa. – 3) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – 4) Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – 5) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand. – 6) Brasilien, Russland, Indien, China. – 7) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei.

Die Marktanteilsgewinne im Extra-EU-Raum konzentrierten sich vor allem auf Asien (+2,9%) und auf Drittländer in Ostmitteleuropa. Dem stand ein Einbruch auf einigen wichtigen Märkten wie den USA (-8,4%) und der Schweiz (-5,3%) gegenüber.

2.4 Handelsbilanz wesentlich verbessert

Die österreichische Handelsbilanz verbesserte sich 2019 erstmals seit dem Jahr 2014. Das Gesamtdefizit lag 2019 mit -4,2 Mrd. € um 1,8 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung ging besonders auf die Verbesserung im Außenhandel mit europäischen Ländern zurück (+3,4 Mrd. €), während im Außenhandel mit Amerika der langanhaltende Trend der Verbesserung der Handelsbilanz 2019 erstmals unterbrochen

wurde (Abbildung 3). Im Außenhandel mit Asien verschlechterte sich die Bilanz 2019 neuerlich (-0,7 Mrd. €).

Im österreichischen Intra-EU-Handel verbesserte sich die Handelsbilanz um insgesamt 1,8 Mrd. €. Den höchsten Beitrag dazu lieferte die Verbesserung des Saldos mit Deutschland (um 0,5 Mrd. € auf -10,2 Mrd. €) Frankreich (+0,4 Mrd. €) und den EU-Ländern Ostmitteleuropas (+0,5 Mrd. €).

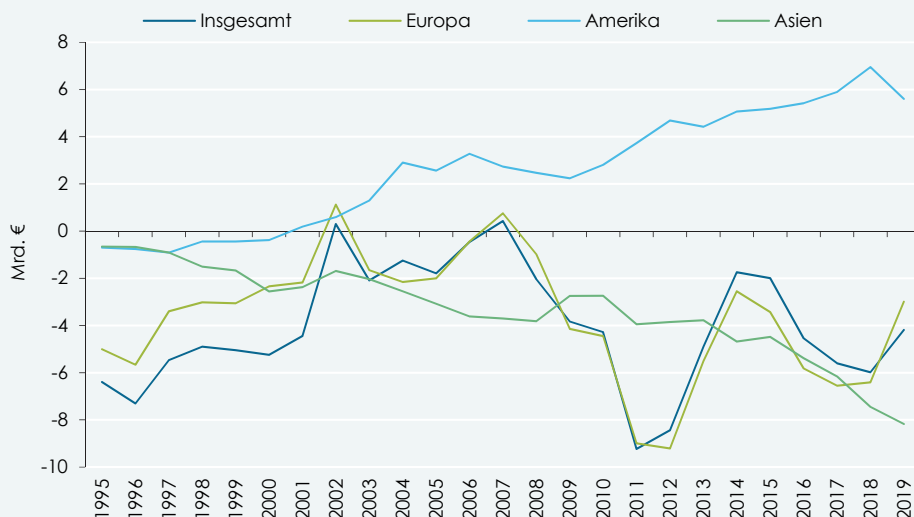
Einer Verbesserung der Salden im Außenhandel mit chemischen Erzeugnissen (+1,1 Mrd. €), Pkw (+0,4 Mrd. €) und Nahrungsmitteln (+0,2 Mrd. €) stand eine Verschlechterung im Handel mit bearbeiteten Waren (-0,5 Mrd. €) und in der Autozulieferindustrie (-0,3 Mrd. €) gegenüber. Die

Die Handelsbilanz verbesserte sich durch den starken Rückgang der österreichischen Importnachfrage sowie positive Terms-of-Trade-Effekte.

Energiebilanz wurde um insgesamt 0,7 Mrd. € entlastet. Dazu trug insbesondere der Preisverfall der wichtigsten Energieträger bei. Der österreichische Importpreis von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, fiel 2019 auf Dollarbasis um 9,7%

auf 66,2 \$ je Barrel, auf Euro-Basis um 4,8% (Übersicht 5). Die Preiseffekte dominieren die Mengeneffekte im gesamten Brennstoffimport, insbesondere im Bezug von Erdöl und Erdgas.

Abbildung 3: Österreichs Handelsbilanz



Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Übersicht 5: Österreichs Energieimporte

		2016	2017	2018	2019	2019
		Absolut				Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erdöl und -produkte						
Menge	1.000 t	14.442,8	14.338,2	15.097,9	15.656,4	+ 3,7
Wert	Mrd. €	5,2	6,2	7,9	7,9	+ 1,1
Preis	€ je t	360,0	429,8	520,6	507,6	- 2,5
Erdöl						
Menge	1.000 t	7.313,8	7.324,0	8.311,3	8.587,8	+ 3,3
Wert	Mrd. €	2,2	2,7	3,8	3,8	- 1,6
Preis	€ je t	297,8	368,3	461,8	439,8	- 4,8
Erdgas						
Menge	1.000 TJ	551,6	536,9	503,2	546,8	+ 8,7
Wert	Mrd. €	2,3	2,6	3,0	2,5	- 15,1
Preis	1.000 € je TJ	4,2	4,9	6,0	4,6	- 21,9
Brennstoffe, Energie						
Wert	Mrd. €	8,9	10,7	12,8	12,4	- 3,1
	in % des BIP	2,5	2,9	3,3	3,1	
Anteile am Gesamtimport	in %	6,6	7,3	8,2	7,8	
Importpreis Erdöl	\$ je Barrel	44,3	55,9	73,4	66,2	- 9,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die positiven Preiseffekte trugen 0,4 Mrd. € zur Verbesserung der Handelsbilanz um insgesamt 1,8 Mrd. € bei (Übersicht 6). Den

größten positiven Beitrag lieferten jedoch positive Mengeneffekte im Ausmaß von 1,4 Mrd. €.

Übersicht 6: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente von Export und Import zur Veränderung der Handelsbilanz 2019

	Export	Import	Handelsbilanz
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €		
Insgesamt	+ 3,7	+ 1,9	+ 1,80
Preiseffekt	+ 0,2	- 0,2	+ 0,40
Mengeneffekt	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,39
Mischeffekt	+ 0,0	- 0,0	+ 0,01

Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

3. Deutliche Abkühlung der Konjunktur in der Herstellung von Waren

Im Jahr 2019 ging in der Industrie eine dreijährige Phase der Hochkonjunktur zu Ende. Vor allem in der Herstellung von Investitionsgütern und Vorprodukten sank die Kapazitätsauslastung deutlich, während sie in den Konsumgüterbranchen nahezu stabil blieb.

In der Herstellung von Waren erwirtschafteten im Jahr 2019 durchschnittlich 652.000 unselbständig Beschäftigte und 18.000 selbständig Beschäftigte 66,8 Mrd. € an Wertschöpfung (zu laufenden Preisen). Das entspricht einem Anteil von 18,7% an der nominalen Bruttowertschöpfung und von 14,8% an den Erwerbstätigen insgesamt. Die durchschnittliche Wertschöpfung je erwerbstätige Person betrug 99.700 €.

Nach mehreren Jahren mit geringer Expansion folgte von 2016 bis 2018 in der Herstellung von Waren ein Konjunkturaufschwung mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund +4,8% (Übersicht 7). Im Jahr 2019 verlangsamte sich die Zunahme der Nettoproduktion auf lediglich +1,0%. Hatten die Warenexporte vor allem 2017 und 2018 noch kräftig zur Industriekonjunktur beigetragen, so büßten sie zuletzt ebenfalls merklich an Schwung ein. Mit +3,0% im Jahr 2018 reagierte die Zahl der unselbständig Beschäftigten erst im dritten Jahr auf die gute Industriekonjunktur. Auch die Abkühlung der Industriekonjunktur im Jahr 2019 war mit einem Anstieg der Beschäftigung um 1,7% nur mäßig ausgeprägt. In der Folge stieg die Stundenproduktivität um nur 0,3%. Das war die niedrigste Rate seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Nach zwei Jahren des Rückganges nahmen die Lohnstückkosten im zuletzt verfügbaren Jahr 2018 wieder um 1,0% zu.

Von der Abkühlung der Industriekonjunktur waren nicht alle Branchen gleichermaßen betroffen (Übersicht 8). Teils wuchs die Wertschöpfung weiterhin kräftig, etwa im sonstigen Fahrzeugbau (+16,8%), der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+12,6%), der Getränkeherstellung (+9,0%), dem Maschinenbau (+6,8%) sowie der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+6,5%). Über dem Vorjahresniveau lag die Wertschöpfung auch in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, in der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, der Verarbeitung von Steinen und Erden, der

Erzeugung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Herstellung von Möbeln. Einbußen von weniger als -5,0% verzeichneten die Herstellung von Holzwaren, chemischen Erzeugnissen, Papier und Papierwaren, elektrischen Ausrüstungen, Textilien sowie die Metallerzeugung und Metallbearbeitung. Größer als 5% war der Produktionsrückgang in der Herstellung von Bekleidung (-5,1%), von Metallerzeugnissen (-6,0%), der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (-6,6%), im Bereich der Druckerzeugnisse einschließlich der Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern (-7,9%), in der Herstellung von sonstigen Waren (-14,2%) sowie in der Branche "Leder, Lederwaren und Schuhe" (-14,6%).

Die Entwicklung der Beschäftigung folgt in der Regel jener der Wertschöpfung. Allerdings kann die Anpassung verzögert oder gedämpft erfolgen, wenn z. B. trotz vorübergehender Auftragslücken die Unternehmen ihre (qualifizierten) Arbeitskräfte halten bzw. unerwartete Auftragszuwächse mit Überstunden und zusätzlicher Leiharbeit aufgefangen werden. In der Statistik zeigen sich diese Abweichungen vor allem in der Pro-Kopf-Produktivität je beschäftigte Person. Im Jahr 2019 waren die auffälligsten Abweichungen der Beschäftigungsentwicklung von der Produktionentwicklung in der Herstellung von sonstigen Waren, von Leder, Lederwaren und Schuhen sowie der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen zu beobachten. In allen drei Branchen ging die Pro-Kopf-Produktivität um knapp 10% oder mehr zurück, wobei hier auch statistische Probleme der genauen Erfassung und Abgrenzung eine Rolle spielen können. Umgekehrt erzielten einige Branchen auffallend hohe Zuwächse der Pro-Kopf-Produktivität. Mit Ausnahme des sonstigen Fahrzeugbaus (+11%) lagen diese aber jeweils deutlich unter 10%. Beispiele sind die Getränkeherstellung (+8,5%), die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+7,3%), die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+5,4%) oder der Maschinenbau (+4,0%).

Übersicht 7: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	Nettoproduktionswert real ¹⁾	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	Stundenproduktivität ²⁾	Lohnstückkosten ³⁾	Warenexporte (SITC 5 bis 8)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
2005	+ 4,5	- 0,7	+ 5,6	- 1,4	+ 3,4
2006	+ 7,9	+ 0,0	+ 8,0	- 3,8	+ 12,3
2007	+ 7,8	+ 2,5	+ 5,5	- 2,3	+ 9,8
2008	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 1,4
2009	- 14,7	- 3,6	- 8,0	+ 13,4	- 20,9
2010	+ 8,1	- 1,4	+ 6,9	- 6,8	+ 16,5
2011	+ 7,2	+ 1,8	+ 5,6	- 1,7	+ 11,3
2012	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 3,3	+ 1,2
2013	+ 0,3	- 0,2	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,5
2014	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 2,5
2015	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 3,2
2016	+ 4,6	+ 0,5	+ 4,2	- 1,3	- 0,4
2017	+ 4,7	+ 1,3	+ 3,6	- 2,1	+ 8,3
2018	+ 5,1	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,0	+ 5,5
2019	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,3		+ 2,1

Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ³⁾ In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartnern; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Übersicht 8: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Herstellung von Waren 2019

	Produktionswert		Beschäftigte		Produktion pro Kopf		Erzeugerpreisindex	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1.000 €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	15.951	+ 3,19	60.117	+ 2,45	265.333	+ 0,73	103,0	+ 1,38
Getränkeherstellung	6.529	+ 8,96	8.229	+ 0,43	793.355	+ 8,49	103,9	+ 0,75
Herstellung von Textilien	1.369	- 3,21	6.426	- 4,29	212.999	+ 1,13	101,0	+ 0,26
Herstellung von Bekleidung	565	- 5,05	2.946	- 5,24	191.752	+ 0,21	100,5	+ 1,34
Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	716	- 14,62	3.148	- 2,81	227.584	- 12,15	100,3	- 1,30
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	8.410	- 0,84	27.867	+ 1,69	301.798	- 2,48	101,7	- 0,34
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	6.539	- 1,72	16.627	+ 0,38	393.280	- 2,09	101,4	- 0,55
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	1.669	- 7,90	7.631	- 8,81	218.774	+ 0,99	99,6	- 0,42
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	7.645	- 1,22	17.388	+ 1,88	439.653	- 3,04	100,9	- 2,39
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	4.283	+ 12,62	17.264	+ 6,84	248.093	+ 5,41	102,8	+ 0,20
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6.487	+ 0,88	28.806	+ 1,70	225.183	- 0,80	100,8	- 0,07
Herstellung von Glas- und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6.818	+ 1,64	27.230	+ 0,48	250.375	+ 1,15	102,0	+ 2,15
Metallerzeugung und -bearbeitung	16.911	- 4,87	37.332	- 1,53	452.984	- 3,39	108,8	- 1,89
Herstellung von Metallerzeugnissen	14.628	- 5,96	66.890	- 3,83	218.694	- 2,22	104,2	+ 0,64
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7.903	+ 2,87	25.148	+ 5,84	314.244	- 2,81	102,0	+ 1,47
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	12.674	- 1,87	43.732	- 0,40	289.808	- 1,48	103,0	+ 1,02
Maschinenbau	24.620	+ 6,80	83.360	+ 2,69	295.343	+ 4,01	104,2	+ 1,38
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	18.852	+ 6,54	37.881	- 0,66	497.670	+ 7,25	99,7	+ 0,08
Sonstiger Fahrzeugbau	3.855	+ 16,76	12.078	+ 5,25	319.207	+ 10,93	104,7	+ 2,71
Herstellung von Möbeln	2.527	+ 0,49	16.564	+ 0,55	152.566	- 0,06	103,8	+ 1,79
Herstellung von sonstigen Waren	3.033	- 14,23	12.159	+ 0,70	249.462	- 14,82	101,7	+ 0,56
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	5.020	- 6,59	23.119	+ 3,22	217.122	- 9,51	105,4	+ 2,07

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Im ungewichteten Mittelwert über alle Branchen stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um nur 0,5%. Lediglich der sonstige Fahrzeugbau, die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, die Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen erzielten Preissteigerungen von mehr

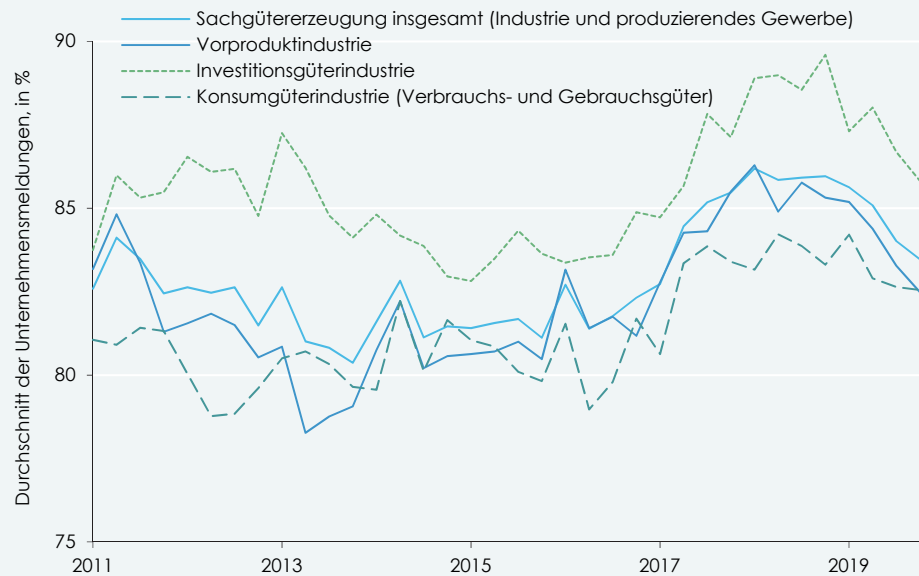
als 2,0%. Rückläufig waren die Erzeugerpreise vor allem in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (-2,4%), der Metallerzeugung und Metallbearbeitung (-1,9%) sowie der Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (-1,3%).

Die Indikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest zeigen eine kontinuierliche Abflachung der Dynamik im Jahresverlauf 2019.

Deutlich zeigt sich die allmähliche Konjunkturabkühlung in der Herstellung von Waren in den Indikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest. Die Kapazitätsauslastung verringerte sich im gesamten Jahresverlauf 2019 (Abbildung 4). Mit rund 83% lag sie Ende 2019 nach der guten Entwicklung 2018 aber immer noch über dem langjährigen Durch-

schnitt (82,5%). Betroffen waren von diesem Rückgang alle Branchen, besonders die Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten. Allein in den Konsumgüterbranchen blieb die Kapazitätsauslastung über das Jahr hinweg nahezu stabil.

Abbildung 4: Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Laut dem Indikator der unternehmerischen Unsicherheit aus dem WIFO-Konjunkturtest rechneten die Unternehmen 2019 mit höheren Konjunkturrisiken aufgrund der internationalen Handelskonflikte und der damit zusammenhängenden Abschwächung der Weltkonjunktur. Im Jahresverlauf erhöhte sich der Indikator kontinuierlich auf 43 Punkte¹⁾. Der Jahresdurchschnitt entsprach mit 42 Punkten aber noch dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (42,7 Punkte).

Ein akzentuiertes Muster zeigen die Branchenkonjunkturindizes, die das WIFO auf Basis der Unternehmensbefragungen im WIFO-Konjunkturtest für die Sachgütererzeugung insgesamt sowie für die drei Branchengruppen Vorprodukt-, Investitionsgüter- und Konsumgütererzeugung erstellt (Abbildung 5). Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen ist als gleichlaufender Indikator konzipiert und basiert auf den monatlichen Erhebungen zur aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Der Index der unternehmerischen Erwartungen hingegen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folge-

monaten der Erhebung beziehen. Er ist somit als vorläufiger Indikator konzipiert²⁾.

Das unterjährige Konjunkturmuster war über die Branchengruppen hinweg sehr ähnlich. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen erreichte 2019 in allen Branchen im I. Quartal seinen Jahreshöchstwert: in der Sachgütererzeugung insgesamt, den Vorproduktbranchen und den Investitionsgüterbranchen im Jänner, in den Konsumgüterbranchen im Februar. In allen Branchen trübte sich die Konjunkturbeurteilung im Jahresverlauf ein und erreichte die niedrigsten Werte im IV. Quartal. Insbesondere die Hersteller von Vorprodukten waren in Bezug auf die Konjunkturaussichten zu Jahresende sehr skeptisch. Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen zeichnet über die meisten Branchen hinweg ein Bild der Konjunkturabschwächung. Nur die Erwartungen der Konsumgüterproduzenten verbesserten sich bis ins III. Quartal und verschlechterten sich erst im IV. Quartal. Die unterschiedliche Entwicklung zwischen Konsumgüterbranchen und den anderen Branchen der Sachgütererzeugung spiegelt die gesamtwirtschaftliche Konjunktur wider, die 2019 vor allem

¹⁾ Der Index der unternehmerischen Unsicherheit aus dem WIFO-Konjunkturtest hat einen Wertebereich von 0 bis 100, wobei 0 keine Unsicherheit und 100 höchste Unsicherheit bedeutet.

²⁾ Beide Indizes umfassen einen Wertebereich von -100 (negative Einschätzung durch alle Unternehmen) bis +100 (ausschließlich positive Einschätzungen).

durch den Konsum gestützt wurde, während die anderen Segmente der Sachgütererzeugung von der Schwäche der europäischen

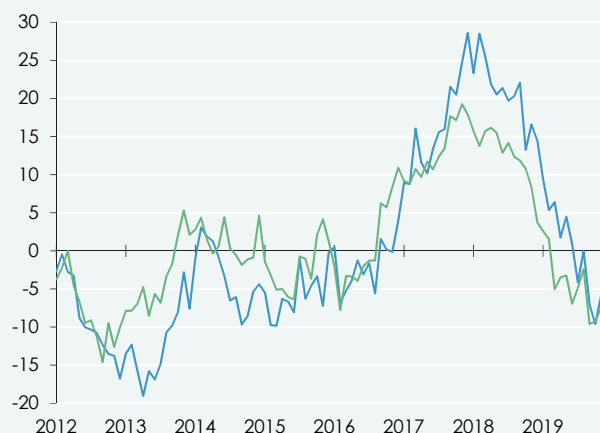
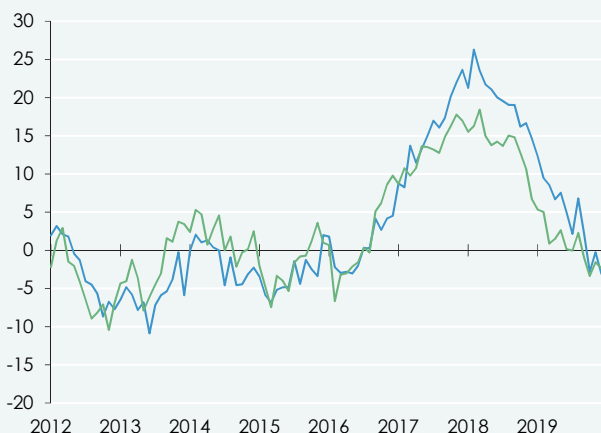
Autoindustrie und den Auswirkungen der internationalen Handelskonflikte stärker betroffen waren.

Abbildung 5: **Konjunkturbeurteilung durch die Unternehmen**

Indexpunkte

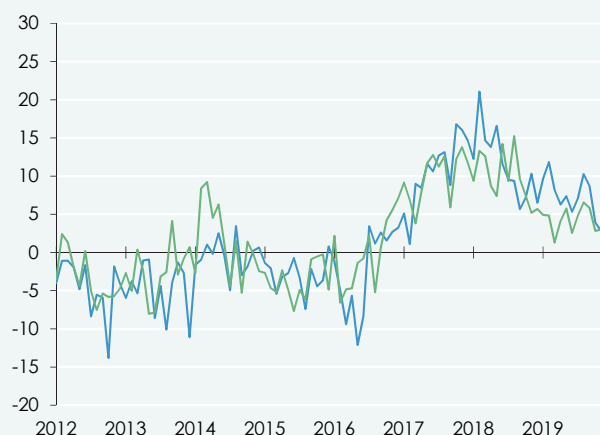
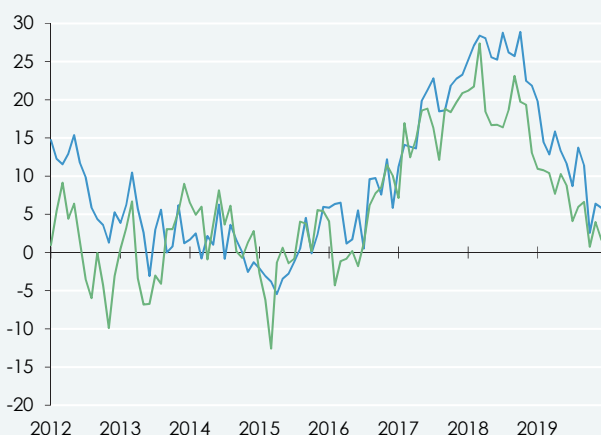
Sachgütererzeugung insgesamt (Industrie und produzierendes Gewerbe)

Vorproduktindustrie



Investitionsgüterindustrie

Konsumgüterindustrie (Verbrauchs- und Gebrauchsgüter)



— Index der aktuellen Lagebeurteilungen
— Index der unternehmerischen Erwartungen

Q: WIFO-Konjunkturtest. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen fasst die Fragen zur Einschätzung der aktuellen und der vergangenen Situation aus dem WIFO-Konjunkturtest zusammen, der Index der unternehmerischen Erwartungen jene zur künftigen Entwicklung. -100 ... pessimistische Meldungen, +100 ... optimistische Meldungen.

Diese Veränderung der Konjunkturdynamik zeigt sich auch in der Beurteilung von Produktionshemmnissen. Wie in Hochkonjunkturperioden üblich, war Anfang 2019 der Anteil der Unternehmen, die den Mangel an Arbeitskräften als Hemmnis bezeichneten, noch sehr hoch, ging aber im Jahresverlauf von rund 20% der meldenden Unternehmen auf rund 15% Ende 2019 zurück. Auch der "Mangel an Material oder Kapazität", der zu Jahresbeginn noch von rund 10% der Unternehmen als wichtigstes Hemmnis bezeichnet worden war, wurde Ende 2019 nur mehr von rund 5% der Unternehmen genannt. Der Mangel an Nachfrage, Anfang 2019 für nur

rund 8% der Unternehmen das wichtigste Produktionshemmnis, wurde zu Jahresende von rund 17% der Unternehmen hervorgehoben. Dieser Wert lag etwas über dem langjährigen Durchschnitt (rund 15%). Er steigt in schwierigen Konjunkturphasen aber auch über 30% (Hölzl – Klien – Kügler, 2020).

Diese Eintrübung der Konjunktur in der Sachgütererzeugung zeigte sich aber nicht in den Unternehmensinsolvenzen. Laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Gesamtwirtschaft 2019 mit 5.235 nahezu gleich hoch wie 2018 (5.224; +0,2%). Laut

Schätzungen des Kreditschutzverbandes von 1870 waren 2019 etwa 17.200 Dienstnehmer betroffen (-9,5% gegenüber 2018). Das damit verbundene Insolvenzvolumen wird auf rund 1,7 Mrd. € geschätzt, um 18,1% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der eröffneten Insolvenzen erhöhte sich aber um 2,0% (2019: 3.044). Die Zahl der mangels Masse nicht eröffneten Insolvenzverfahren sank um

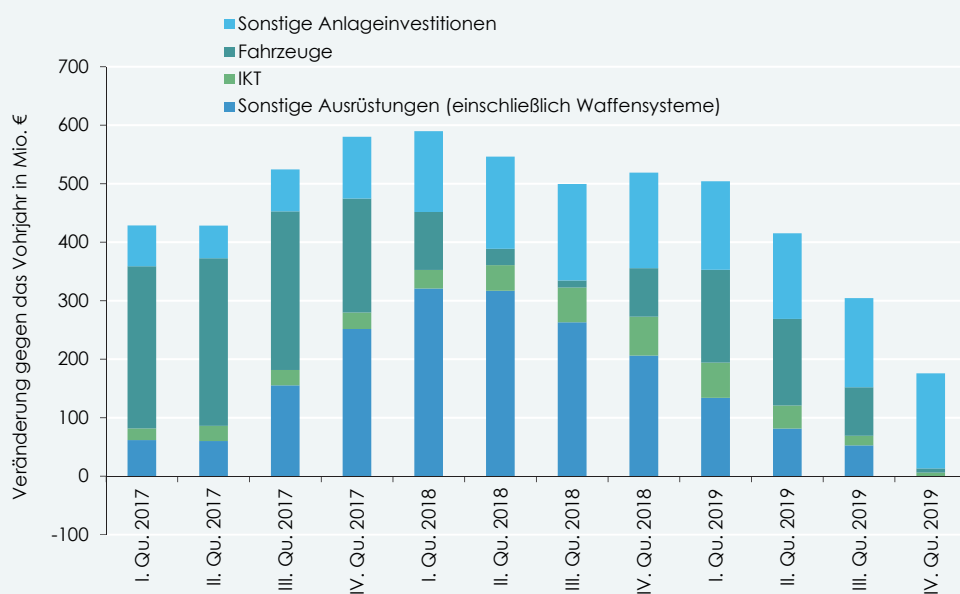
1,1% auf 1.974 Fälle. Insgesamt waren laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich 212 Fälle der Sachgütererzeugung zuzurechnen (-5,4% gegenüber 2018). Die meisten Insolvenzen betrafen den Handel (917 Fälle, -8,0% gegenüber dem Vorjahr), die unternehmensnahen Dienstleistungen (890 Fälle, -0,8%) und das Bauwesen (849 Fälle, -2,3%).

4. Investitionstätigkeit flacht ab

Auch in der Investitionstätigkeit 2019 spiegelt sich das Abflauen der Konjunktur³⁾. 2019 erreichten die nominellen Ausrüstungsinvestitionen rund 52,6 Mrd. €. Davon entfielen 32,3 Mrd. € auf Ausrüstungsinvestitionen (und Waffensysteme) und 20,3 Mrd. € auf die

sonstigen Anlageinvestitionen. Die Investitionsquote des privaten Sektors, definiert als Anlageinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, stieg 2019 neuerlich und lag bei 13,2%. Sie war damit deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt.

Abbildung 6: Entwicklung der Investitionen im Jahresvergleich



Q: WIFO-Berechnung, WIFO-Quartalsrechnung.

Real wurden die Ausrüstungsinvestitionen⁴⁾ 2019 mit +2,6% weniger dynamisch gesteigert als im Vorjahr (+5,3%). Das Wachstum der "sonstigen Ausrüstungen und Waffensystemen" war mit +1,5% eher verhalten. Diese Untergruppe macht den Großteil (56%) der Ausrüstungsinvestitionen aus. Mit +2,7% entsprach die Ausweitung der Investitionen in Ausrüstungen der Informations- und Kommunikationstechnologien etwa jener der

gesamten Ausrüstungsinvestitionen, auch wenn diese Kategorie mit 15% einen eher geringen Teil der Ausrüstungsinvestitionen ausmacht. Am kräftigsten stiegen die Investitionen in Fahrzeuge (+4,6%); auf sie entfallen rund 29% der Ausrüstungsinvestitionen.

Der Trend zu Investitionen in immaterielle Anlagegüter setzte sich fort. Die "sonstigen Investitionen", fast ausschließlich Investitionen

³⁾ Die hier dargestellten Bruttoausstattungsinvestitionen berücksichtigen im Gegensatz zu den Bruttoanlageinvestitionen den Wohnbau nicht. Sie sind definiert als der Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten innerhalb einer bestimmten Periode (Jahr oder Quartal). Abschreibungen bleiben aufgrund der Bruttobetrachtung unberücksichtigt. Etwa die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen (einschließlich Bauwirtschaft) werden laut der Leistungs-

und Strukturhebung von Statistik Austria in der Sachgütererzeugung oder in Sektoren getätigt, die der Sachgütererzeugung nahestehen (hier: Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, Energieversorgung, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen).

⁴⁾ Das Referenzjahr der realen Zeitreihe ist 2015.

in das geistige Eigentum (z. B. Forschung und Entwicklung, Software, Urheberrechte), wuchsen im Jahr 2019 mit +3,4% weiterhin robust (2018 +3,5%). Die Entwicklung der intangiblen Investitionen scheint sich somit von der Entwicklung der tangiblen Ausrüstungsinvestitionen weitgehend entkoppelt zu haben⁵⁾.

Insgesamt bestimmten somit 2019 im Vorjahresvergleich die Investitionen in das sonstige Anlagevermögen und in Fahrzeuge die Entwicklung der gesamten Investitionen (Übersicht 2). In der unterjährigen Quartalsbetrachtung zeigt sich ein etwas anderes Bild: Die Eintrübung der Konjunktur spiegelt sich vor allem im Rückgang der stark konjunktur reagiblen Ausrüstungs- und Fahrzeuginvestitionen, während die intangiblen sonstigen Investitionen sich weitgehend von der Konjunktur unbeeinflusst entwickelten.

5. Ausblick auf 2020

Die Konjunkturlage erreichte im I. Quartal 2020 vor der COVID-19-Pandemie ihren Tiefpunkt. Als sich die Konjunktur zu erholen begann und sich die Frühindikatoren des WIFO-Konjunkturtests nach der Abkühlung stabilisierten, brach die Aufwärtstendenz mit Inkrafttreten der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab.

6. Zusammenfassung

Im Einklang mit der Schwäche der internationalen Konjunktur und dem Rückgang des Welthandels im Jahr 2019 flachte auch das Wachstum der österreichischen Warenexporte von real 5,7% im Jahr 2018 auf 2,5% im Jahr 2019 stark ab. Die Warenimporte wuchsen mit real 1,4% deutlich langsamer als die Ausfuhr und brachen so wie die heimische Produktion und Investitionsnachfrage gegen Jahresende ein. Die österreichische Handelsbilanz verbesserte sich dadurch deutlich um insgesamt 1,8 Mrd. €; dazu trugen auch positive Preiseffekte mit rund +0,4 Mrd. € bei. Vor allem aufgrund der erheblichen Verbilligung von Energieträgern im Jahresverlauf gaben die österreichischen Importpreise stärker nach als die Exportpreise und entlasteten damit zusätzlich die Außenhandelsbilanz. Bei günstiger preislicher Wettbewerbsfähigkeit aufgrund des Rückganges des real-effektiven Wechselkurses gewann die österreichische Exportwirtschaft Marktanteile, insbesondere im Extra-EU-Raum.

⁵⁾ Eine Unterkategorie bilden Nutztiere und Nutzpflanzungen, sie machen jedoch nur 0,6% der gesamten "sonstigen Investitionen" aus.

Weitere Einblicke in die Investitionsdynamik in der Sachgütererzeugung bieten die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests, der im Frühjahr und Herbst 2019 durchgeführt wird (Friesenbichler – Hölzl, 2020). Die Investitionspläne wurden demnach von den Unternehmen im Jahresverlauf leicht nach unten revidiert. Mit der Konjunkturabschwächung verlagerten sich die Investitionsmotive zu Ersatzinvestitionen (42%) und Rationalisierung (26%). Nur 20% der Unternehmen investierten 2019 zur Kapazitätserweiterung.

67% der Unternehmen bezeichneten technologische Entwicklungen als ausschlaggebend für ihre Investitionsentscheidungen vor der Nachfrage (57%). Die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen nannte lediglich ein Drittel der Unternehmen als Auslöser von Investitionen (34%)⁶⁾.

In der Folge ist eine tiefe Rezession zu erwarten. In seiner aktuellen mittelfristigen Prognose erwartet das WIFO für 2020 einen BIP-Rückgang zwischen -5¼% und -8¼%. Die Exporte, Importe und Investitionen in Ausrüstungen (einschließlich sonstiger Anlagen) werden voraussichtlich mit zweistelliger Rate einbrechen. Auch die Sachgütererzeugung ist von diesem negativen Schock betroffen, bevor ab dem Jahr 2021 eine Erholung in Gang kommt (Baumgartner et al., 2020).

Die Ausfuhr in die drei wichtigsten österreichischen Exportmärkte (Deutschland, USA und Italien) war 2019 rückläufig, insbesondere die Lieferungen von industriellen Vorprodukten, Maschinen und Kfz. Wichtige Wachstumsimpulse kamen aus Ungarn und Polen, China, dem Vereinigten Königreich und Frankreich mit einer besonders kräftigen Steigerung der Lieferungen von Pkw und pharmazeutischen Produkten.

Die Exportschwäche schlug deutlich auf die Produktionstätigkeit in der Sachgütererzeugung durch. Im Jahr 2019 verlangsamte sich das Wachstum der Nettoproduktion auf lediglich +1,0%. Diese Abkühlung spiegelt sich aber nicht in der Beschäftigungsentwicklung, 2019 stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 1,7%. Auch aus diesem Grund erhöhte sich die Stundenproduktivität in der Herstellung von Waren um nur 0,3%, den niedrigsten Wert seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Von der Abkühlung der Industriekonjunktur waren nicht alle Wirtschaftszweige gleichermaßen betroffen:

⁶⁾ Diese Werte sind Überhangsindikatoren, sie werden als die Differenz zwischen den positiven und negativen Antworten berechnet.

Die Investitionen in immaterielle Anlagegüter und in Fahrzeuge stützten die sich eintrübende Konjunktur. Im III. und IV. Quartal waren vor allem die Ausrüstungsinvestitionen rückläufig.

Technologische Entwicklungen waren der wichtigste Bestimmungsfaktor für die Investitionstätigkeit.

Einige Branchen (z. B. der sonstige Fahrzeugbau oder die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen) steigerten ihre Wertschöpfung weiterhin kräftig. Dennoch zeigen die unterjährigen Daten für die meisten Branchen einen stetigen Rückgang der Konjunktur­dynamik im Jahresverlauf.

Die Investitionen entwickelten sich ebenso verhalten. So halbierte sich das reale Wachstum der Investitionen in Ausrüstungen, die häufig importiert werden, auf +2,6%. Die Eintrübung erfolgte schrittweise, im IV. Quartal war eine Stagnation zu beobachten. Das

Wachstum der gesamten Investitionen (+3,4%) wurde insbesondere von den weiterhin sehr dynamischen sonstigen Anlageinvestitionen getragen, die auch Software umfassen.

Der Konjunkturzyklus, der das Jahr 2019 prägte, erreichte im I. Quartal 2020 seinen Tiefpunkt. Als sich die Vorlaufindikatoren des WIFO-Konjunkturtests stabilisierten, brach die Aufwärtstendenz mit Inkrafttreten der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab. 2020 wird eine tiefe Rezession erwartet.

7. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-165, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.

CPB, CPB World Trade Monitor December 2019, Den Haag, 2020, <https://www.cpb.nl/en/cpb-world-trade-monitor-december-2019>.

FIW, FIW-Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft, Wien, 2020, https://fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/Jahresgutachten2020/FIW_Jahresgutachten_2020_final.pdf.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., "Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 39-50, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62441>.

Hölzl, W., Klien, M., Kügler, A., "Konjunktüreinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(2), S. 89-99, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65775>.

Statistik Austria, Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen VGR-Jahresrechnung, Wien, 2016, http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?ldcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=016810.

Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer

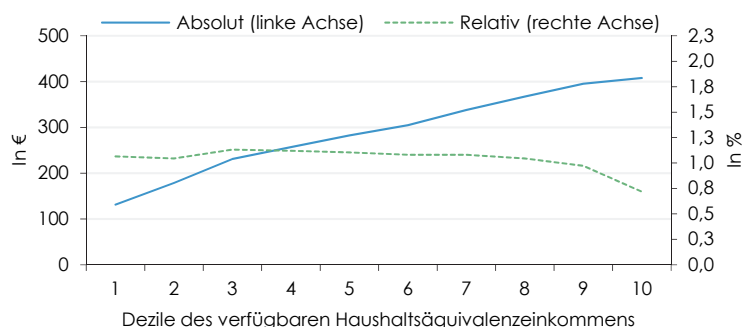
Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

- Die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm eine Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer von 25% auf 20% angekündigt, die insbesondere kleine und mittlere Einkommen spürbar entlasten und das verfügbare Einkommen erhöhen soll.
- Die direkte Betroffenheit von der Reform variiert erheblich über die Einkommensschichten. Unter den 10% der Bevölkerung mit den geringsten Einkommen sind 7,4% und unter jenen mit den höchsten Einkommen 80,1% der Personen betroffen.
- Das Ausmaß der absoluten individuellen Entlastung steigt mit der Höhe des zu versteuernden Einkommens und beträgt bis zu 350 € jährlich.
- Für die untersten 10% der Einkommen ist der relative Zuwachs des verfügbaren Haushaltseinkommens mit +0,2% marginal. Auch in den anderen Einkommenszehnteln beträgt er weniger als 1%.
- Der jährliche Steuerentfall durch die Reform beträgt 1,46 Mrd. €. Davon entfallen nur 13,9% auf das untere Drittel der Einkommen und 50,1% auf das obere Einkommensdrittel.

Reformbedingte Veränderung des jährlichen verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens der betroffenen Steuerpflichtigen

2021



Je höher das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen der betroffenen Steuerpflichtigen, desto höher ist der absolute Einkommenszuwachs infolge der Senkung des Eingangsteuersatzes. Die relative Steigerung fällt mit höchstens rund 1,1% in allen Einkommensklassen ähnlich gering aus (Q: WIFO-Berechnungen).

"Das Ziel der Entlastung vor allem niedriger und mittlerer Einkommen kann mit einer Senkung der Grenzsteuersätze der unteren Tarifstufen nicht erreicht werden. Der Stufen-grenzsatztarif bedingt, dass auch hohe Einkommen von einer Senkung der Steuersätze im unteren Bereich des Einkommensteuertarifs profitieren."

Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer

Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Wie die vorliegende Ex-ante-Evaluierung zeigt, werden durch die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% breite Bevölkerungsschichten geringfügig entlastet. Das Ausmaß der absoluten individuellen Entlastung steigt mit dem zu versteuernden Einkommen und ist mit 350 € jährlich nach oben hin begrenzt. Der relative Zuwachs des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens beträgt im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung 0,8%. Für die hochgerechnet 4,63 Mio. direkt betroffenen Steuerpflichtigen erreicht der relative Zuwachs durchschnittlich 1,0%. Die Reform geht mit einer Verringerung der Lohn- und Einkommensteuereinnahmen um 1,46 Mrd. € einher. 13,9% dieses Entlastungsvolumens kommen dem Drittel der Bevölkerung mit den geringsten, 50,1% dem Drittel der Bevölkerung mit den höchsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen zugute.

Lowering the Tax Rate for the Lowest Income Tax Bracket in Austria. Impact on Tax Burden, Tax Revenues and Disposable Income of Private Households

The present ex-ante evaluation of the reduction in the marginal tax rate for the lowest income tax bracket from 25 percent to 20 percent shows that the reform will provide slight relief to broad sections of the population. The extent of the absolute individual relief increases with taxable income and is capped at 350 € per year. The relative growth in equivalised disposable household income averages 0.8 percent. For the 4.63 million directly affected taxpayers, the relative growth amounts to 1.0 percent on average. The reform is accompanied by a reduction of wage and income tax revenues by 1.46 billion €. 13.9 percent of this relief volume benefits the third of the population with the lowest equivalised disposable income, 50.1 percent goes to the upper third.

JEL-Codes: D31, H24, I31 • **Keywords:** Einkommensteuerreform, Einkommensverteilung, Einkommensteuerbelastung, Einkommensteueraufkommen, Wohlfahrt, Armut

Der vorliegende Beitrag basiert auf hochgerechneten Daten der Bevölkerungs-, Erwerbs- und Einkommensstruktur des Jahres 2016/17. Aufgrund der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie schnellten die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Personen in Kurzarbeit in die Höhe, die Bundesregierung kündigte ein Hilfspaket im Umfang von bis zu 38 Mrd. € an (Stand 15. 4. 2020). Bei Redaktionsschluss sind weder die gesamtwirtschaftlichen Folgen absehbar noch ob und zu welchem Zeitpunkt die geplante Tarifreform umgesetzt wird. Die Rahmenbedingungen einer Tarifreform dürften dann jedoch anders sein als vor der COVID-19-Krise.

Gefördert aus Mitteln des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer: 16273). Die Analyse verwendet Daten aus European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC).

Begutachtung: Simon Loretz, Margit Schratzenstaller • Abgeschlossen am 9. 3. 2020

Kontakt: Mag. Marian Fink (marian.fink@wifo.ac.at), Mag. Dr. Silvia Rocha-Akis (silvia.rocha-akis@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Mit der Senkung des Eingangssteuersatzes sollen gemäß Regierungsprogramm niedrige Einkommen entlastet werden, sodass "den Menschen mehr zum Leben bleibt".

Bereits im Regierungsprogramm der Bundesregierung Kurz I war eine Reform der Einkommensteuer geplant. Der Familienbonus Plus und der Kindermehrbetrag¹⁾ wurden umgesetzt, weitere angekündigte Reformschritte wie die Änderung des Einkommensteuertarifs gerieten durch die frühzeitige Auflösung der Regierung im Mai 2019 allerdings ins Stocken. Die Übergangsregierung beschloss noch Maßnahmen wie die seit 1. Jänner

2020 geltende Anhebung des Pensionistenabsetzbetrages, die Einführung eines Zuschlages zum Verkehrsabsetzbetrag und den Sozialversicherungsbonus, einer Tarifänderung kam jedoch nicht mehr zustande. Auch das Regierungsprogramm der Bundesregierung Kurz II sieht eine Tarifreform vor. Am 30. Jänner 2020 folgte ein Ministerratsvortrag ("Menschen entlasten – Ökologisierung fördern", BMF – BKA – BMöDS, 2020), der

¹⁾ Baumgartner et al. (2018) und Fink – Rocha-Akis (2018) untersuchen den Effekt der Einführung dieser beiden steuerpolitischen Instrumente.

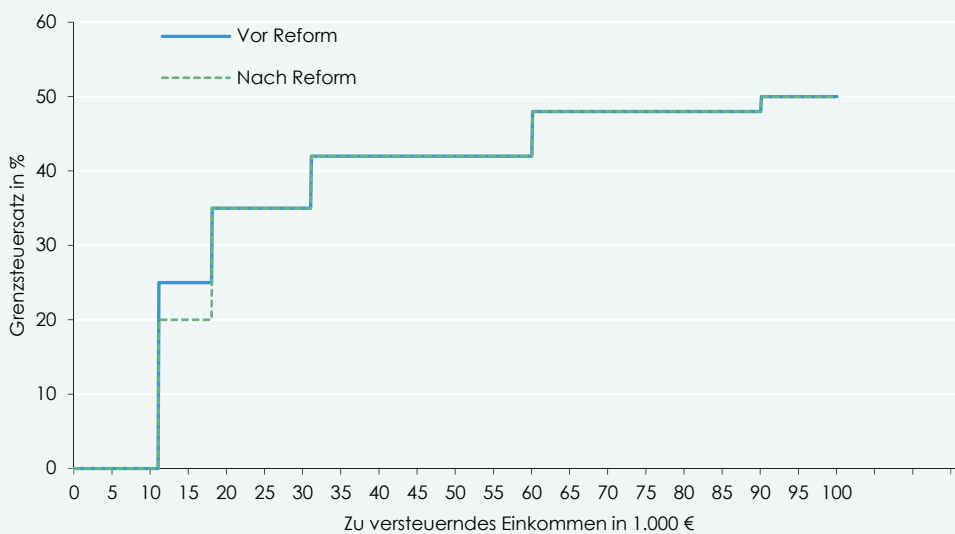
die Tarifreform ebenfalls umfasst und vom Ministerrat beschlossen wurde. Demnach ist eine Senkung mehrerer Grenzsteuersätze des Steuertarifs bei unveränderten Tarifstufen vorgesehen: Der Eingangssteuersatz, der für nach Tarif zu versteuernde laufende Jahresbezüge²⁾ zwischen 11.000 € und 18.000 € gilt, soll mit 1. Jänner 2021 von 25% auf 20% herabgesetzt werden. Als weiterer Schritt sollen ab 2022 die Steuersätze der zweiten und dritten Stufe des Einkommensteuertarifs gesenkt werden: von 35% auf 30% bzw. von 42% auf 40%³⁾. Der temporäre Spitzensteuersatz von 55% für steuerpflichtige Jahreseinkommen über 1 Mio. €, der anlässlich der Steuerreform 2015/16 eingeführt wurde und bis 2020 befristet ist, gilt künftig unbefristet⁴⁾. In den anderen Tarifzonen sind keine Änderungen vorgesehen. Das Ziel der Reform des

Einkommensteuertarifs ist, "Steuern insbesondere für niedrige und mittlere Einkommen spürbar [zu] senken" (BMF – BKA – BMöDS, 2020, S. 1). Der konkrete Gesetzesentwurf und die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung im Rahmen des Begutachtungsentwurfs stehen gegenwärtig noch aus.

Mit dem Mikrosimulationsmodell WIFO-Micromod werden im vorliegenden Beitrag im Rahmen einer Ex-ante-Evaluierung die Effekte der geplanten Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% auf die Einkommensteuerbelastung, das Einkommensteueraufkommen und die verfügbaren Einkommen in privaten Haushalten sowie die damit verbundenen Verteilungseffekte analysiert.

Abbildung 1: Einkommensteuertarif mit und ohne Senkung des Eingangssteuersatzes

2021



Q: WIFO-Darstellung. Zu versteuerndes Einkommen: jährliches zu versteuerndes Einkommen ohne sonstige Bezüge.

2. Senkung des Eingangssteuersatzes

Der österreichische Lohn- und Einkommensteuertarif ist ein Stufengrenzsatztarif mit sieben Tarifstufen, in denen jeweils ein konstanter Grenzsteuersatz angewandt wird. Beginnend mit 0% für steuerpflichtige Jahreseinkommen unter der ersten Tarifstufe bzw. für die ersten 11.000 € (Grundfreibetrag) fällt in jeder nächsthöheren Tarifstufe ein höherer Steuersatz in einer Bandbreite zwischen 25% und 55% an (Abbildung 1). Die Senkung des

Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% betrafte steuerpflichtige Jahreseinkommensteile zwischen 11.000 € und 18.000 €. Laut der letztverfügbaren Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik (Statistik Austria, 2019) bezogen 2,48 Mio. der 7,17 Mio. Einkommensteuerpflichtigen im Jahr 2016 zu versteuernde Einkommen unter dem Grundfreibetrag. Somit wären 65,4% der Einkommensteuerpflichtigen von einer Senkung des Ein-

Von der Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% wäre die Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen mit einer jährlichen Entlastung von höchstens 350 € betroffen.

²⁾ Im Weiteren werden aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die Ausdrücke "zu versteuerndes Einkommen" und "zu versteuerndes Jahreseinkommen" gleichbedeutend mit "nach Tarif zu versteuernde laufende Jahresbezüge" verwendet.

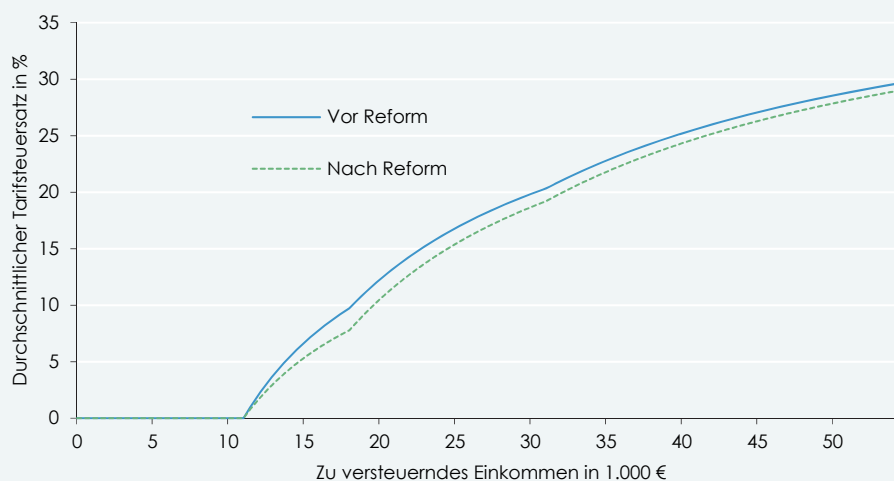
³⁾ Die zweite Stufe umfasst zu versteuernde Jahreseinkommen zwischen 18.000 € und 31.000 €, die dritte Stufe jene zwischen 31.000 € und 60.000 €.

⁴⁾ Die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer, von dem in Österreich nur wenige Steuerpflichtige betroffen sind, spielt für die Analyse mangels Beobachtungen in EU-SILC keine Rolle.

gangssteuersatzes betroffen. Da je betroffene Person eine jährliche Steuerentlastung von höchstens 350 €⁵⁾ möglich ist, kann ein Reformvolumen von höchstens rund 1,6 Mrd. € als erster quantitativer Richtwert angenommen werden⁶⁾. Einen vorläufigen Hinweis auf die individuelle Steuerentlastungswirkung liefert der Vergleich des durchschnittlichen Tarifsteuersatzes⁷⁾ im Status quo mit jenem im Reformszenario (Abbildung 2). Für zu versteuernde Jahreseinkommen zwischen 11.000 € und 18.000 € steigt die abso-

lute jährliche Entlastung der Einkommensteuerepflichtigen schrittweise von 0 € bis 350 € und verbleibt für Einkommen über dieser Grenze auf diesem Niveau. In Relation zur Steuerschuld ist die Entlastung für die Steuerpflichtigen im unteren Einkommensbereich aufgrund der sehr geringen Steuerschuld im Status quo am höchsten und nimmt mit steigendem Einkommen kontinuierlich ab. Gemessen am zu versteuernden Einkommen fällt die Entlastung jedoch mit höchstens knapp -2% deutlich geringer aus.

Abbildung 2: **Durchschnittlicher Steuersatz mit und ohne Senkung des Eingangsteuersatzes**
2021



Q: WIFO-Berechnungen. Zu versteuerndes Einkommen: jährliches zu versteuerndes Einkommen ohne sonstige Bezüge.

Mit dem auf EU-SILC basierenden Mikrosimulationsmodell WIFO-Micromod wird die Senkung des Eingangsteuersatzes in Hinblick auf Verteilungs- und Aufkommenswirkungen untersucht.

3. Daten und Methode

Für die Analyse im vorliegenden Bericht wird das Mikrosimulationsmodell WIFO-Micromod⁸⁾ verwendet. Dieses bildet die wesentlichen Teile des Steuer- und Transfersystems für die Jahre 2004/2020 ab. Auf Basis von Daten zur Einkommens- und Haushaltsstruktur der österreichischen Bevölkerung erlaubt das Modell, Änderungen im Steuer- und Transfersystem zu analysieren. Sowohl die Parameter des Steuer- und Transfersystems als auch seine Regelungen können geändert werden, sodass aus der Gegenüberstellung mit der jeweils gültigen Rechtslage eine Ex-ante-Evaluierung von Änderungen des

Systems im Hinblick auf ihre Verteilungs-, Aufkommens- und Anreizwirkungen möglich ist.

Für die hier simulierten Szenarien werden zunächst die Parameter des Steuer- und Transfersystems auf den Stand des Jahres 2021 gebracht: Bereits beschlossene Maßnahmen für 2021 werden ergänzt (Entfall des Sonderausgabenpauschales) und jährlich veränderliche Parameter des Systems (Geringfügigkeitsgrenze, Höchstbeitragsgrundlage, Grenzbeträge für verminderte Arbeitslosenversicherungsbeiträge) werden valorisiert⁹⁾. Das so definierte Steuer- und Transfersystem

⁵⁾ Dies entspricht 5% des gesamten zu versteuernden Einkommens im Bereich zwischen 11.000 € und 18.000 € pro Jahr.

⁶⁾ Dieser Betrag ist als Obergrenze zu verstehen, da die Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik keine Details zur Verteilung der jährlichen Steuerbemessungsgrundlagen zwischen 11.000 € und 18.000 € angibt und für alle Steuerpflichtigen in dieser Tarifstufe eine jährliche Entlastung von 350 € angenommen wird. Das Bundesministerium für Finanzen (2020) gab diesen Betrag auch in einer Pressemeldung bekannt.

⁷⁾ Der durchschnittliche Tarifsteuersatz errechnet sich aus der individuellen Steuerschuld in Relation zum zu versteuernden Einkommen (ohne Berücksichtigung von Absetzbeträgen).

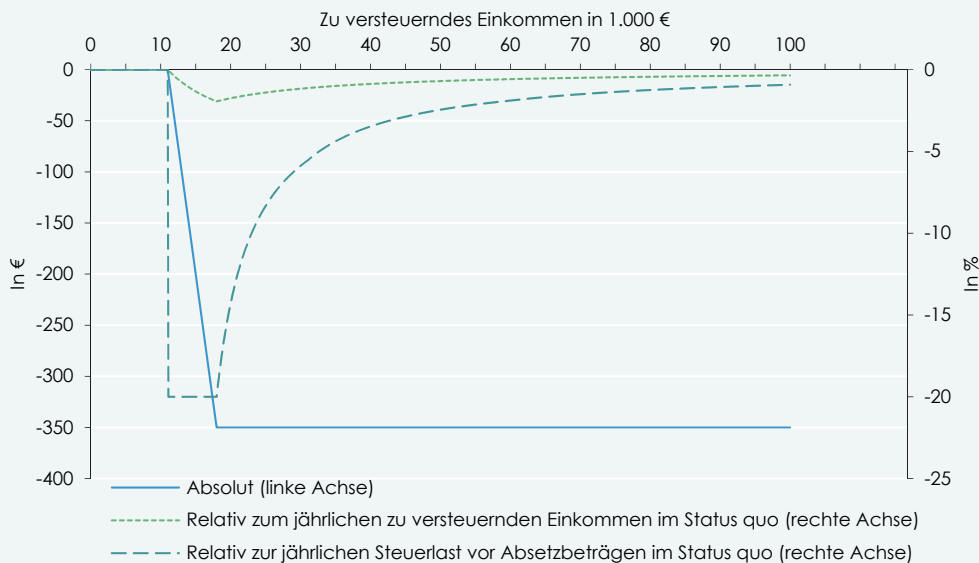
⁸⁾ Zur Struktur des Modells siehe Grünberger (2009) und Rabethge (2009). Das Modell wird laufend erweitert und wurde zuletzt etwa in Fink – Rocha-Akis (2018) angewandt.

⁹⁾ Für das Jahr 2021 wird eine Aufwertung von 2,1% angenommen. Dadurch erhöht sich etwa die monatliche Geringfügigkeitsgrenze von 460,66 € im Jahr 2020 auf 470,33 € im Jahr 2021.

dient als Ausgangspunkt (Status quo) der Analyse. Für das Alternativszenario wird – bei sonst gleichbleibenden Parametern und

Regelungen – der Eingangssteuersatz des Einkommensteuertarifs 2021 von 25% auf 20% gesenkt.

Abbildung 3: **Jährliche Entlastung durch die Senkung des Eingangssteuersatzes**
2021



Q: WIFO-Berechnungen. Zu versteuerndes Einkommen: jährliches zu versteuerndes Einkommen ohne sonstige Bezüge.

WIFO-Micromod basiert auf Daten der EU-SILC für Österreich, einer jährlichen Erhebung der Einkommen und Lebensbedingungen von privaten Haushalten. Neben Informationen zur Haushaltsstruktur bietet EU-SILC die für die Simulation von Steuer- und Transfersystemen notwendigen Daten zur Beschäftigungssituation und Einkommenskomponenten der befragten Haushalte und ihrer Mitglieder (*Statistik Austria*, 2018). Für die Analyse werden die Daten der EU-SILC-Welle 2017 verwendet, die die Einkommen im Jahr 2016 erfasst. Die Einkommen werden anhand der realisierten und prognostizierten¹⁰⁾ Entwicklung des Verbraucherpreisindex für die Jahre 2017 bis 2021 hochgerechnet. Diese Fortschreibung impliziert die Annahme seit 2016/17 unveränderter Strukturen hinsichtlich Demographie, Erwerbsbeteiligung und Einkommen. Zudem wird unterstellt, dass alle Personen eine Einkommensteuererklärung bzw. Arbeitnehmeranmeldung vornehmen, die simulierte Einkommensteuerschuld damit alle Steuerabsetzmöglichkeiten berücksichtigt ("full take-up").

Für die Analyse der Verteilungswirkungen wird neben dem persönlichen Einkommen

das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen betrachtet, das sich im Wesentlichen aus der Summe der Erwerbseinkommen, Pensionseinkünfte und Sozialtransfers abzüglich der geleisteten Lohn- und Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge der Haushaltsmitglieder zusammensetzt. Für die Vergleichbarkeit von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur wird das verfügbare Haushaltseinkommen in Äquivalenzeinkommen bzw. bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet¹¹⁾. Das so gewichtete Haushaltseinkommen wird auch als äquivalisiertes Haushaltseinkommen bezeichnet.

Für die Darstellung der Verteilungswirkungen werden die Personen nach ihrem jährlichen verfügbaren äquivalisierten Haushaltseinkommen im Status quo geordnet und abgegrenzt nach Einkommenschwellenwerten (Dezilen) in zehn Gruppen bzw. Einkommensklassen mit gleicher Personenzahl geteilt. Die Ermittlung der Reformeffekte erfolgt durch Gegenüberstellung der Ergebnisse im Status quo (Eingangssteuersatz von 25%) und

¹⁰⁾ Mittelfristige WIFO-Prognose vom Dezember 2019 (*Baumgartner – Kaniowski*, 2020).

¹¹⁾ Die Gewichtung erfolgt anhand der modifizierten OECD-Skala bzw. EU-Skala: Die erste erwachsene Person im Haushalt erhält dabei ein Gewicht von 1, jede weitere Person im Haushalt von mindestens 14 Jahren

erhält ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren ein Gewicht von jeweils 0,3. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens eines Haushaltes wird das Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte im Haushalt dividiert.

im Reformszenario (Eingangssteuersatz von 20%).

Mögliche Effekte auf das Arbeitskräfteangebot und die Beschäftigung sowie andere makroökonomische Wechselwirkungen

werden in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt. Wie die nachfolgenden Ergebnisse zeigen, ergeben sich durch die Reform nur marginale Einkommenseffekte, die keine relevanten Beschäftigungseffekte erwarten lassen.

Rund die Hälfte der Bevölkerung ist direkt im Sinne einer Senkung der individuellen Einkommensteuerschuld betroffen, während insgesamt 83,1% der Bevölkerung von der Steigerung der verfügbaren Einkommen profitieren.

4. Unterschiedliche Betroffenheit nach Einkommensschichten

Von der Reform ist rund die Hälfte (53,5%) der Bevölkerung direkt im Sinne einer Senkung der individuellen Einkommensteuerschuld um mindestens 1 € betroffen (Übersicht 1)¹²⁾. Die Betroffenheitsquote auf individueller Ebene unterscheidet sich erheblich zwischen den Einkommensschichten und steigt mit jedem Einkommenszehntel. Von den 10% der Bevölkerung mit den geringsten Einkommen sind nur 7,4%, im fünften Einkommenszehntel dagegen mehr als die Hälfte (57,7%) und unter den 10% mit den höchsten Einkommen 80,1% der Personen direkt von der Reform betroffen. Die in den unteren Einkommenszehnteln geringere individuelle Betroffenheit ist Folge des höheren Anteils der Personen ohne oder mit sehr geringem Einkommen. Dazu zählen vor allem geringfügig

und instabil Beschäftigte, Transfereinkommensbeziehende und Nicht-Erwerbstätige (u. a. Kinder und Mütter kleiner Kinder)¹³⁾. Die Unterschiede zwischen den individuellen Betroffenheitsquoten nach Einkommensklasse können somit weitgehend durch die unterschiedliche demographische und Beschäftigungsstruktur der Haushalte erklärt werden. Während der Anteil der Haushalte mit mindestens einer direkt betroffenen Person im untersten Einkommenszehntel nur 13,8% beträgt, trifft dies für nahezu alle Haushalte in der oberen Hälfte der Verteilung zu. Im Durchschnitt sind 81,6% der Haushalte von der Reform betroffen. Der Anteil der in diesen Haushalten direkt betroffenen Personen steigt von 56,9% im untersten auf 86,8% im obersten Zehntel.

Übersicht 1: Betroffene Personen und Haushalte 2021

Dezileinteilung nach Haushaltsäquivalenzeinkommen aller Personen

	Direkt betroffene Personen In % aller Personen	Betroffene Haushalte In % aller Haushalte	Direkt betroffene Personen In % aller Personen in betroffenen Haushalten	Indirekt und direkt betroffene Personen In % aller Personen
Insgesamt	53,5	81,6	75,4	83,1
1. Dezil	7,4	13,8	56,9	16,0
2. Dezil	25,5	52,5	68,2	49,9
3. Dezil	40,2	80,8	67,7	77,7
4. Dezil	48,0	92,8	67,2	93,5
5. Dezil	57,7	98,1	71,5	98,2
6. Dezil	58,4	97,8	71,6	98,1
7. Dezil	67,4	97,8	78,2	98,5
8. Dezil	72,7	99,5	81,7	99,7
9. Dezil	77,9	99,9	84,4	99,8
10. Dezil	80,1	100,0	86,6	100,0

Q: WIFO-Micromod basierend auf EU-SILC 2017. Direkt betroffen: Personen, deren persönliche Einkommensteuerschuld sich durch die Reform verändert. Indirekt betroffen: Personen, deren verfügbares Haushaltseinkommen sich durch die Reform verändert. Betroffene Haushalte: Haushalte mit mindestens 1 direkt betroffenen Person.

Die Steigerung des individuellen Nettoeinkommens zieht Änderungen des verfügbaren Haushaltseinkommens nach sich, sodass

etwa auch Kinder oder andere Personen ohne oder mit sehr geringem Einkommen im Haushalt indirekt von der Steuerentlastung

¹²⁾ Der Anteil der von der Reform potentiell betroffenen Personen (zu versteuerndes Jahreseinkommen über 11.000 €) ist mit durchschnittlich 56,8% höher. Die Senkung des Eingangssteuersatzes kann für einen Teil der Personen die nicht-negativsteuerfähigen Absetzbeträge verringern, sodass die Steuerschuld unverändert bleibt. Die größte Abweichung zwischen dem Anteil der potentiell und jenem der direkt individuell Betroffenen findet sich im 2. Zehntel: Hier wären potentiell 37,3% betroffen, aber nur für 25,5% der Einkommensteuerepflichtigen ändert sich die Steuerschuld. Mit stei-

gender Einkommensklasse nähern sich die Quoten der potentiellen und direkten Betroffenheit. Im vorliegenden Beitrag weisen die Übersichten für jedes Einkommenszehntel Durchschnitte und Mediane der jeweiligen Untersuchungsgruppe aus.

¹³⁾ Kleine Kinder sind in den unteren Bereichen der Einkommensverteilung konzentriert (Rocha-Akis et al., 2019).

anderer Haushaltsmitglieder profitieren¹⁴). Im untersten Zehntel sind demnach 16,0% und in der oberen Hälfte der Verteilung nahezu alle Personen von der Senkung des Eingangssteuersatzes betroffen. Insgesamt

steigt für 83,1% der Bevölkerung das äquivalisierte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Reform um mindestens 1 € (Übersicht 1).

5. Geringfügige Entlastung breiter Bevölkerungsschichten

Das jährliche verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen, das im Status quo im Durchschnitt 29.316 € beträgt, steigt durch die Reform im Durchschnitt über alle Personen um 237 € bzw. 0,8% (Übersicht 2). Der relative durchschnittliche Zuwachs ist für die 10% der Bevölkerung mit den niedrigsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen aufgrund der geringen direkten Betroffenheit marginal (+21 € jährlich bzw. +0,2%). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den untersten zwei Einkommenszehnteln verzeichnet

keine Einkommenssteigerung. Aber auch in allen höheren Einkommensklassen nimmt das Haushaltseinkommen trotz relativ deutlicher Betroffenheit um höchstens 1% zu, da die jährliche Entlastung pro Person mit 350 € nach oben hin begrenzt ist. Der absolute jährliche Zugewinn des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens ist im obersten Zehntel, in dem der Anteil der direkt Betroffenen im Haushalt am höchsten ist, mit +381 € am größten.

Der durch die Steuerreform verursachte relative Zuwachs des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens fällt in allen Einkommensklassen mit höchstens +1% gering aus.

Übersicht 2: Wirkung der Senkung des Eingangssteuersatzes auf die jährlichen verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung 2021

Dezileinteilung nach Haushaltsäquivalenzeinkommen aller Personen

	Status quo		Reformeffekt		Status quo		Reformeffekt	
	In €	Absolute Veränderung In € Mittelwert	Relative Veränderung In %	In €	Absolute Veränderung In € Median	Relative Veränderung In %	In €	Relative Veränderung In %
Insgesamt	29.316	+ 237	+ 0,8	26.966	+ 233	+ 0,8		
1. Dezil	9.568	+ 21	+ 0,2	10.749	+ 0	+ 0,0		
2. Dezil	16.788	+ 77	+ 0,5	16.729	+ 0	+ 0,0		
3. Dezil	20.354	+ 152	+ 0,7	20.368	+ 167	+ 0,8		
4. Dezil	22.925	+ 205	+ 0,9	22.899	+ 194	+ 0,9		
5. Dezil	25.568	+ 248	+ 1,0	25.541	+ 233	+ 0,9		
6. Dezil	28.184	+ 269	+ 1,0	28.137	+ 263	+ 0,9		
7. Dezil	31.233	+ 303	+ 1,0	31.138	+ 332	+ 1,1		
8. Dezil	35.172	+ 340	+ 1,0	35.140	+ 350	+ 1,0		
9. Dezil	40.711	+ 370	+ 0,9	40.731	+ 350	+ 0,9		
10. Dezil	62.704	+ 381	+ 0,7	54.304	+ 389	+ 0,7		

Q: WIFO-Micromod basierend auf EU-SILC 2017.

Auch bei ausschließlicher Betrachtung der hochgerechnet 4,63 Mio. direkt betroffenen Personen zeigt sich eine äußerst homogene Wirkung über die Einkommensschichten: Mit Ausnahme des obersten Einkommenszehntels steigt das Haushaltseinkommen dieser Personengruppe um rund 1% (Übersicht 3). Im obersten Zehntel erhöht sich das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen zwar mit +408 € absolut am stärksten, in Relation zum Haushaltseinkommen fällt der Zuwachs aber mit +0,7% etwas geringer aus als in den anderen Einkommenszehnteln. Das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen steigt im Durchschnitt um 325 € bzw. 1,0%.

Neben der Wirkung auf das Haushaltseinkommen interessiert die unmittelbare Wirkung auf die persönliche Steuerleistung. Die durchschnittliche Steuerlast bzw. der Anteil

der geleisteten Lohn- und Einkommensteuer am zu versteuernden Einkommen variiert im Status quo zwischen 6,6% im untersten und 34,7% im obersten Zehntel der Verteilung der zu versteuernden Einkommen der direkt Betroffenen (Übersicht 4). Durch die Senkung des Eingangssteuersatzes verringert sich die durchschnittliche individuelle jährliche Steuerschuld im untersten Zehntel um 208 € bzw. ab dem 3. Zehntel um rund 350 €. Relativ sinkt die Steuerschuld für die Steuerpflichtigen im untersten Einkommenszehntel im Durchschnitt am stärksten (-194%). Da die mittlere (mediane) jährliche Steuerschuld im untersten Zehntel aber mit 310 € deutlich niedriger ist als die durchschnittliche (2.945 €), fällt auch die mediane Entlastung im untersten Einkommenszehntel mit -20,3% wesentlich geringer aus als die durchschnittliche Entlastung. Mit steigender Einkommens-

Die Steuerpflichtigen werden in Relation zur Steuerschuld im untersten Einkommenszehntel am stärksten entlastet. In Relation zum zu versteuernden Einkommen verringert sich die Belastung aber unabhängig von der Einkommenschicht nur geringfügig.

¹⁴) Unter der Annahme, dass die Haushaltsmitglieder ihr Einkommen miteinander teilen.

klasse schwächt sich der Entlastungseffekt ab. Im obersten Zehntel beträgt die Entlastung 1,4% der geleisteten Lohn- und Einkommensteuer im Status quo. Bezogen auf das zu versteuernde Einkommen nimmt die

Belastung durch die Lohn- und Einkommenssteuer für die direkt Betroffenen unabhängig von der Einkommensklasse nur geringfügig ab (-0,4% bis -1,5%, durchschnittlich -1,1%).

Übersicht 3: Wirkung der Senkung des Eingangssteuersatzes auf die jährlichen verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen der direkt betroffenen Personen 2021

Dezileinteilung nach Haushaltsäquivalenzeinkommen aller Personen

	Status quo in €			Reformeffekt		
	Status quo in €	Absolute Veränderung in € Mittelwert	Relative Veränderung in %	Status quo in €	Absolute Veränderung in € Median	Relative Veränderung in %
Insgesamt	34.270	+ 325	+ 1,0	31.024	+ 350	+ 1,0
1. Dezil	12.486	+ 131	+ 1,1	12.864	+ 126	+ 1,1
2. Dezil	17.077	+ 179	+ 1,0	17.161	+ 180	+ 1,1
3. Dezil	20.405	+ 231	+ 1,1	20.489	+ 233	+ 1,1
4. Dezil	22.956	+ 257	+ 1,1	22.936	+ 233	+ 1,0
5. Dezil	25.582	+ 282	+ 1,1	25.571	+ 286	+ 1,1
6. Dezil	28.208	+ 305	+ 1,1	28.197	+ 316	+ 1,1
7. Dezil	31.283	+ 338	+ 1,1	31.191	+ 350	+ 1,1
8. Dezil	35.187	+ 367	+ 1,0	35.185	+ 350	+ 1,0
9. Dezil	40.705	+ 395	+ 1,0	40.696	+ 393	+ 1,0
10. Dezil	61.614	+ 408	+ 0,7	54.287	+ 467	+ 0,7

Q: WIFO-Micromod basierend auf EU-SILC 2017.

Übersicht 4: Wirkung der Senkung des Eingangssteuersatzes auf die individuelle jährliche Steuerlast der direkt betroffenen Personen 2021

Dezileinteilung nach dem zu versteuernden Einkommen der direkt betroffenen Personen

	Zu versteuerndes Einkommen In €		Status quo Steuerschuld				Reformeffekt Veränderung der Steuerschuld					
			In €		In %		In €		In %		In % des zu versteuernden Einkommens	
	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median
Insgesamt	33.803	26.932	7.692	4.424	15,9	16,5	- 317	- 350	- 50,1	- 7,6	- 1,1	- 1,2
1. Dezil	21.834	14.625	2.945	310	6,6	2,2	- 208	- 179	- 194,0	- 20,3	- 1,0	- 1,0
2. Dezil	23.901	17.529	3.500	1.075	9,9	6,2	- 301	- 323	- 35,9	- 28,3	- 1,4	- 1,5
3. Dezil	26.344	20.095	4.452	1.967	12,5	10,0	- 350	- 350	- 48,8	- 17,8	- 1,5	- 1,7
4. Dezil	28.200	22.811	5.129	3.086	14,9	13,7	- 348	- 350	- 15,9	- 11,3	- 1,4	- 1,5
5. Dezil	29.484	25.750	5.584	4.358	17,2	16,9	- 345	- 350	- 9,9	- 8,0	- 1,3	- 1,4
6. Dezil	32.583	29.138	6.743	5.574	19,1	19,3	- 349	- 350	- 9,0	- 6,3	- 1,1	- 1,2
7. Dezil	37.308	33.001	8.725	7.049	21,6	21,6	- 350	- 350	- 5,2	- 5,0	- 1,0	- 1,1
8. Dezil	42.588	38.598	10.732	9.227	23,8	24,4	- 350	- 350	- 4,1	- 3,8	- 0,9	- 0,9
9. Dezil	54.048	47.546	15.824	12.812	27,5	27,7	- 350	- 350	- 2,7	- 2,7	- 0,7	- 0,7
10. Dezil	101.967	75.886	39.463	25.544	34,7	33,9	- 350	- 350	- 1,4	- 1,4	- 0,4	- 0,5

Q: WIFO-Micromod basierend auf EU-SILC 2017. Zu versteuerndes Einkommen: jährliches zu versteuerndes Einkommen ohne sonstige Bezüge.

6. Ungleichheit und Armut

Die Reform hat keinen nennenswerten Einfluss auf die Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen und auf die Armutsgefährdung.

Die Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen der Bevölkerung verändert sich durch die Senkung des Eingangssteuersatzes erwartungsgemäß kaum, der Gini-Koeffizient liegt unverändert bei 0,26. Auch die Ungleichheit

der lohn- und einkommensteuerpflichtigen Einkommen der direkt Betroffenen nach Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge und der Einkommensteuer bleibt von der Senkung des Eingangssteuersatzes unberührt¹⁵⁾. Ebenso hat die Reform kaum

¹⁵⁾ Auch andere gängige Streuungsmaße verändern sich nicht.

Einfluss auf die Armutsgefährdung¹⁶⁾ der Bevölkerung: Der Anteil der Armutsgefährdeten steigt durch die leichte Erhöhung des Medianeinkommens von 13,5% auf 14,0%; wird die Armutsgefährdungsschwelle bei

dem Betrag vor der Reform verankert, bleibt die Armutsgefährdungsquote aber unverändert. Die Armutsgefährdung der direkt Betroffenen (5,8%) wird ebenfalls nicht beeinflusst.

7. Lohn- und Einkommensteueraufkommen

Die Reform des Einkommensteuertarifs geht laut Simulation mit einem Entgang an Lohn- und Einkommensteuereinnahmen von 1,46 Mrd. € einher. Davon sind 11,2% der Entlastung direkt Betroffener in den untersten drei Einkommenszehnteln zuzurechnen, 45,5% den Mindereinnahmen aus den ober-

ten drei Zehnteln der Einkommensverteilung. Der Steuerentfall ist im untersten Einkommenszehntel mit 13 Mio. € am geringsten und steigt über die Einkommensklasse schrittweise auf 237 Mio. € im obersten Einkommenszehntel.

11,2% des gesamten Lohn- und Einkommensteuerentfalls von 1,46 Mrd. € entstehen in den untersten drei Einkommenszehnteln, während 45,5% der Entlastung den obersten drei Zehnteln zuzurechnen sind.

Übersicht 5: Wirkung der Senkung des Eingangsteuersatzes auf das Lohn- und Einkommensteueraufkommen 2021

Dezileinteilung nach Haushaltsäquivalenzeinkommen aller Personen

	Status quo		Reformeffekt		Entlastung	
	Anteile in %	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Anteile in %	Anteile in %, kumuliert	
Insgesamt	100,0	- 1.466	- 4,2	100,0		
1. Dezil	- 0,3	- 13	- 11,3	0,9	0,9	
2. Dezil	0,3	- 51	- 47,7	3,5	4,4	
3. Dezil	1,6	- 100	- 17,8	6,8	11,2	
4. Dezil	3,2	- 130	- 11,6	8,9	20,0	
5. Dezil	5,1	- 157	- 8,8	10,7	30,8	
6. Dezil	6,1	- 161	- 7,5	11,0	41,7	
7. Dezil	8,6	- 187	- 6,2	12,8	54,5	
8. Dezil	11,2	- 206	- 5,3	14,0	68,6	
9. Dezil	17,0	- 224	- 3,8	15,3	83,9	
10. Dezil	47,1	- 237	- 1,4	16,1	100,0	

Q: WIFO-Micromod basierend auf EU-SILC 2017.

8. Zusammenfassung

Die im Regierungsprogramm vorgesehene Reform des Einkommensteuertarifs soll insbesondere Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen spürbar entlasten. Als erster Schritt in diese Richtung ist die Senkung des Eingangsteuersatzes geplant, der eine Senkung weiterer Stufen des Tarifs folgen soll. Wie die vorliegende Ex-ante-Evaluierung zeigt, werden durch die Senkung des Eingangsteuersatzes breite Bevölkerungsschichten geringfügig entlastet. Das Ausmaß der absoluten individuellen Entlastung hängt von der Höhe des individuellen zu versteuernden Einkommens ab und ist mit 350 € jährlich nach oben hin begrenzt.

Da der Reformvorschlag darauf ausgerichtet ist, die Konsummöglichkeiten insbesondere der unteren und mittleren Einkommensgruppen zu erweitern, stehen in der vorliegenden Analyse die Auswirkungen auf die Haushaltseinkommen im Mittelpunkt. Die Effekte auf das verfügbare Einkommen hängen entscheidend von der Haushaltszusam-

mensetzung und der Beschäftigungsintensität der Haushaltsmitglieder ab. Der relative Zuwachs des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens ist für die 10% der Bevölkerung mit den niedrigsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen gering (+20,9 € jährlich bzw. +0,17%), aber auch in den oberen Einkommensklassen steigt das Haushaltseinkommen um weniger als 1%. Der absolute Zugewinn ist im obersten Zehntel, in dem der Anteil der direkt Betroffenen im Haushalt am höchsten ist, mit +381 € am größten.

Für die direkt Betroffenen ist die Entlastung bezogen auf die individuelle Steuerschuld im Status quo im untersten Einkommenszehntel am höchsten, sie verringert sich durchschnittlich um 194% bzw. im Median um 20,3%. Bezogen auf das zu versteuernde Einkommen nimmt die Belastung durch die Lohn- und Einkommensteuer allerdings unabhängig von der Einkommensklasse nur

¹⁶⁾ Die Armutsgefährdungsschwelle wird bei 60% des Medians der verfügbaren Haushaltsäquivalenzein-

kommen angenommen und beträgt für 2021 1.348 € monatlich (Jahreszwölftel).

geringfügig ab (-0,6% bis -1,1%, durchschnittlich -0,9%).

Die Reform verursacht laut der vorliegenden Schätzung Mehrkosten von 1,5 Mrd. €. Der absolute Steuerentfall steigt mit jeder Einkommensklasse. Die Hälfte (50,1%) des Steuerentfalls ist auf Mindereinnahmen von direkt betroffenen Personen im oberen Einkommensdrittel der Verteilung zurückzuführen, während 13,9% des Steuerentfalls der Entlastung im unteren Einkommensdrittel zuzurechnen sind.

Wie auch die jüngste große Tarifreform 2015/16, im Rahmen derer die Grenzsteuersätze in den unteren Tarifstufen gesenkt wurden, erreicht die geplante Senkung des Eingangssteuersatzes das Ziel der Entlastung vor

allem niedriger und mittlerer Einkommen nicht (Rocha-Akis, 2015). Der Stufengrenzsatztarif bedingt, dass auch hohe Einkommen von einer Senkung der Steuersätze im unteren Bereich des Einkommensteuertarifs profitieren. Wenngleich die Senkung des Eingangssteuersatzes als Einzelmaßnahme nicht geeignet ist, gezielt Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, trägt sie doch dazu bei, die hohe Grenzbelastung persönlicher Einkommen zu verringern. Eingebettet in die Gesamtreform (etwa weitere Tarifreformschritte, ökosoziale Elemente), die im vorliegenden Beitrag nicht untersucht wurde, könnte die Senkung des Eingangssteuersatzes eine stimmige Ergänzung zu den bereits umgesetzten und noch geplanten Reformschritten sein.

9. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., Rocha-Akis, S., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Einführung des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrages", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91 (10), S. 745-755, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61434>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 33-40, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62440>.
- Bundesministerium für Finanzen, Finanzminister Blümel: 2021 kommt die Senkung der ersten Lohnstufe, Pressemitteilung, 30. Jänner 2020.
- Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundeskanzleramt (BKA), Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (BMöDS), Vortrag an den Ministerrat "Menschen entlasten – Ökologisierung fördern", Wien, 2020.
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Effects of the Introduction of Family Bonus and Supplementary Child Benefit, the New Tax Relief for Families in Austria. A Microsimulation Study", WIFO Bulletin, 2018, 23(14), S. 131-144, <https://bulletin.wifo.ac.at/61484>.
- Grünberger, K., Strukturelle Modelle des Arbeitsangebots: Eine Schätzung erwerbsbezogener Präferenzen österreichischer Haushalte, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.
- Rabethge, B., Die Methode der Mikrosimulation am Beispiel einer Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.
- Rocha-Akis, S., "Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58170>.
- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Bock-Schappelwein, J., Einsiedl, M., Klien, M., Leoni, Th., Loretz, S., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015, WIFO, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61782>.
- Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2017. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, 2018.
- Statistik Austria, Integrierte Statistik der Lohn- und Einkommensteuer 2016, Wien, 2019.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 601/2020** **The Potential Capital Requirement for a Minimum Prices Insurance Scheme for Wheat, Maize, and Rape Seed**
Thomas Url, Serguei Kaniovski
- 600/2020** **Auswirkungen des COVID-19-bedingten Konjunkturreinbruchs auf die Emissionen von Treibhausgasen in Österreich. Ergebnisse einer ersten Einschätzung**
Mark Sommer, Franz Sinabell, Gerhard Streicher
- 599/2020** **Distributional National Accounts (DINA) with Household Survey Data. Methodology and Results for European Countries**
Stefan Ederer, Stefan Humer, Stefan Jestl, Emanuel List
- 598/2020** **Labour Markets in a Post-Keynesian Growth Model. The Effects of Endogenous Productivity Growth and Working Time Reduction**
Stefan Ederer, Armon Rezai
- 597/2020** **Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer**
Julia Bachtrögler, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Peter Mayerhofer, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher
- 596/2020** **A WTO-compatible Border Tax Adjustment for the ETS to Finance the EU Budget**
Alexander Krenek, Mark Sommer, Margit Schratzenstaller
- 595/2020** **High-growth Firm Shares in Austrian Regions: The Role of Economic Structures**
Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl
- 594/2019** **Radical Distrust: Are Economic Policy Attitudes Tempered by Social Trust?**
Hans Pitlik, Martin Rode
- 593/2019** **Trade Costs in Services. Firm Survival, Firm Growth and Implied Changes in Employment**
Elisabeth Christen, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr
- 592/2019** **Das EU-Budget 2021 bis 2027 – Optionen für eine Stärkung des europäischen Mehrwerts**
Julia Bachtrögler, Angela Köppl, Atanas Pekanov, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell
- 591/2019** **The Causal Economic Effects of Olympic Games on Host Regions**
Matthias Firgo
- 590/2019** **Bullen, Bären, Krisen. Fatale Folgen idealistischer Wirtschaftstheorien**
Stephan Schulmeister
- 589/2019** **About Time: The Narrowing Gender Wage Gap in Austria**
René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

Unter den genannten Bedingungen einer tieferen internationalen Rezession mit einer schwächeren Erholung würde sich diese Entwicklung über einen noch deutlicheren Exportausfall als in der Hauptvariante auf die heimische Wirtschaft übertragen. Die Wirtschaftsleistung würde dadurch stärker einbrechen mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Um diesen Effekt zu verringern, werden in diesem Szenario die budgetrelevanten Subven-

tionen auf 20½ Mrd. € ausgeweitet. Die Unterstützungsmaßnahmen für unselbständige Beschäftigte (Kurzarbeitsbeihilfe) betragen dann 8 Mrd. €, und die Mittel für den Härte- und Notfallfonds für Selbständige und Unternehmen werden mit 12½ Mrd. € dotiert. Gemäß dieser Simulationsrechnung würde die Wirtschaftsleistung 2020 um 7½% und die Beschäftigung um 2½% sinken. Die Arbeitslosenquote würde auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10% des BIP steigen (Übersicht 9).

Übersicht 9: **Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Pessimistischeres Szenario**

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	- 0,3	+ 1,6	- 7,5	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,4
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,3	- 1,3	+ 1,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,7	- 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,6	- 2,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,6	- 2,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	5,6	4,5	5,7	5,8	5,5	5,4	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	8,8	7,4	9,1	9,1	8,7	8,6	8,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,6	1,4	3,6	0,8	1,0	1,4	1,8	1,9
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	- 5,6	+ 0,7	-10,0	- 5,5	- 4,6	- 4,1	- 3,6
Staatsschuld	82,5	78,1	90,0	70,4	84,5	89,1	91,0	92,2	93,2
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,6	7,8	8,3	9,7	6,2	7,0	7,8	8,2

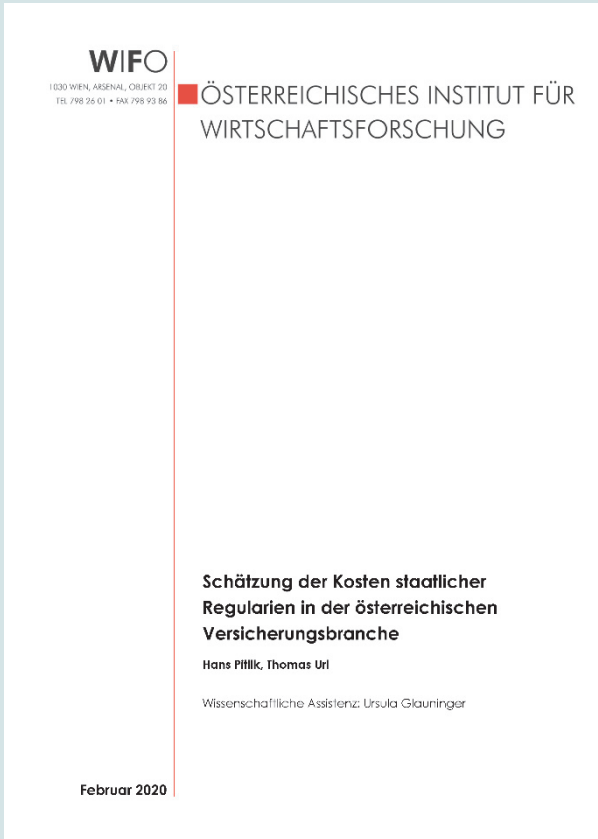
Q: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

6. Literaturhinweise

- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Kost, K. J., Sammon, M. C., Viratyasin, T., "The Unprecedented Stock Market Impact of COVID-19", NBER Working Paper, 2020, (26945).
- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Terry, St. J., "COVID-Induced Economic Uncertainty", NBER Working Paper, 2020, (26983).
- Barro, R. J., Ursúa, J. F., Weng, J., "The Coronavirus and the Great Influenza Pandemic: Lessons from the 'Spanish Flu' for the Coronavirus's Potential Effects on Mortality and Economic Activity", NBER Working Paper, 2020, (26866).
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 33-40, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62440>.
- Bethune, Z. A., Korinek, A., "Covid-19 Infection Externalities: Trading Off Lives vs. Livelihoods", NBER Working Paper, 2020, (27009).
- Boivin, J., Ng, S., "Are More Data Always Better for Factor Analysis?", Journal of Econometrics, 2006, 127, S. 169-194.
- Budgetdienst, Update COVID-19-Maßnahmenpakete und Budgetentwurf 2020. Wien, 2020.
- Bundeskanzleramt, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. Wien, 2020.

Schätzung der Kosten staatlicher Regularien in der österreichischen Versicherungsbranche

Hans Pitlik, Thomas Url



Problemstellung
Hintergrund der Studie – Ziel und Vorgehensweise

Theoretische Abgrenzung: Kosten und Lasten staatlicher Regularien
Grundlegende Einordnung und Klassifikation – Spezifische Abgrenzungsfragen: Sowieso-Kosten, Referenzpunkte und temporäre Anpassungslasten – Träger und Belastete von Regularienkosten – Methoden der Regularienkostenmessung

Spezifizierung der Regularienlasten der österreichischen Versicherungen
Versicherungsbranchenspezifische Regularienlasten – Finanzsektorspezifische und allgemeine Regularien – Sonstige Regularienvorschriften

Strukturierter Fragebogen zur Erfassung der Regularienlasten
Vorgangsweise – Aufbau und Gestaltung des strukturierten Fragebogens – Rücklauf und Auswertung

Hochrechnung der zusätzlichen Regularienkosten für die Versicherungswirtschaft in Österreich
Gesamtschätzung staatlicher Regularienkosten: Hauptergebnisse – Solvency II – Beaufsichtigung – IDD und PRIIP – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – Rechnungslegungsvorschriften: IFRS 9 und IFRS 17 – Diverse Meldevorschriften und Abschlussprüferverordnung – Einschätzungen des Nutzens neuer Regularien

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Erhaltung des Vertrauens zwischen Kunden und Finanzdienstleistern ist das zentrale wirtschaftspolitische Ziel der Beaufsichtigung. In den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten führte der Gesetzgeber mehrere zusätzliche regulatorische Vorgaben für die Versicherungswirtschaft ein. Diese Studie untersucht die Zusatzkosten dieser Maßnahmen für die Versicherungswirtschaft anhand einer Erhebung unter österreichischen Versicherungsunternehmen. Zur Vorbereitung war ein zusätzlicher Personalbedarf von jährlich 920 Personen in Vollzeitäquivalenten notwendig. Die kumulierten Anlaufkosten betragen – bereinigt um Sowieso-Kosten – rund 450 Mio. €. Das entsprach 45% der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Jahr 2018. Im laufenden Betrieb wurden zusätzlich 490 Personen in Vollzeitäquivalenten (2018) beschäftigt, und es entstanden Regularienkosten von über 120 Mio. € (ebenfalls korrigiert um Sowieso-Kosten). Die zusätzlichen Ausgaben für neue Regularien umfassten damit etwa ein Achtel der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb. Die meisten regulatorischen Vorgaben verletzen das Prinzip der Proportionalität von Regularienkosten.

Im Auftrag des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs • Februar 2020 • 86 Seiten • 40 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65933>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich

Stefan Schiman



Makroökonomische Rahmenbedingungen
Wirtschaftswachstum – Zinssatz

Öffentliche Einnahmen
Sozialversicherungsbeiträge – Direkte Steuern – Indirekte Steuern – Vermögenseinkommen und Sonstige Einnahmen

Öffentliche Ausgaben
Pensionen der gesetzlichen Pensionsversicherung – Pensionen des öffentlichen Sektors – Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) – Arbeitslosenunterstützung – Gesundheitsversorgung – Pflege – Bildung – Ausgaben gemäß VGR-Gliederung

Szenarien und Sensitivitätsanalysen
Basisszenario – Szenario 1: Geringeres Produktivitätswachstum ("Secular Stagnation") – Szenario 2: Höheres Produktivitätswachstum ("New Growth") – Szenario 3: Geringere Migration – Szenario 4: Höhere Lebenserwartung – Szenario 5: Höhere Einkommenselastizität bei Gesundheits- und Pflegeausgaben – Szenario 6: BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen

Vergleich mit der langfristigen Prognose 2016

Künftige demographische Veränderungen, insbesondere die Zunahme der älteren Bevölkerung, haben bedeutende Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Die vorliegende Studie untersucht den Einfluss des demographischen Wandels auf die öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Bildung, Pflege und Familie unter Berücksichtigung bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Ergebnisse hängen erheblich von bestimmten Rahmenbedingungen ab, wie etwa der künftigen Entwicklung der Produktivität. Jedenfalls werden der Wechsel geburtenstarker Kohorten ("Babyboomer") von der Erwerbstätigkeit in das Pensionsalter sowie der Anstieg der Lebenserwartung und die damit verbundene stärkere Inanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen eine Zunahme der (öffentlichen) Sozialausgaben zur Folge haben. Das aktuelle Niedrigzinsumfeld, das wohl noch einige Jahre anhalten wird, hilft die Belastung des Staatshaushaltes durch den Anstieg der Sozialausgaben zu dämpfen. Mittelfristig wird die Staatsschuldenquote weiter sinken, langfristig dürften Primärdefizite, Zinsausgaben und Staatsschulden wieder zunehmen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen • Dezember 2019 • 46 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/62243>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,9	5,5	5,4	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,3	5,2	5,6
USA	4,3	3,9	3,7	3,6	3,6	3,5	3,8	3,6	3,5	3,5	3,6	3,5	4,4
Japan	2,8	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,4	2,2	2,2	2,4	2,4	2,5
Euro-Raum	9,1	8,2	7,6	7,6	7,5	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3	7,3	7,4
Belgien	7,1	6,0	5,4	5,5	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3
Deutschland	3,8	3,4	3,2	3,1	3,1	3,2	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,4	3,5
Irland	6,7	5,8	5,0	5,2	5,0	4,7	5,0	4,7	4,7	4,7	4,8	4,8	5,4
Griechenland	21,5	19,3	17,3	17,3	17,0	16,6	.	16,7	16,7	16,4	16,4	.	.
Spanien	17,2	15,3	14,1	14,2	14,2	13,8	14,0	14,0	13,8	13,7	13,8	13,6	14,5
Frankreich	9,4	9,0	8,5	8,5	8,5	8,2	8,1	8,3	8,2	8,2	8,1	7,9	8,4
Italien	11,3	10,6	9,9	10,0	9,8	9,6	9,1	9,6	9,5	9,6	9,5	9,3	8,4
Luxemburg	5,6	5,5	5,6	5,7	5,6	5,6	5,9	5,5	5,6	5,6	5,6	5,7	6,5
Niederlande	4,9	3,8	3,4	3,3	3,5	3,4	2,9	3,5	3,5	3,2	3,0	2,9	2,9
Österreich	5,5	4,9	4,5	4,6	4,5	4,3	4,4	4,3	4,2	4,2	4,3	4,5	4,5
Portugal	9,0	7,0	6,6	6,6	6,5	6,6	.	6,5	6,7	6,7	6,8	6,4	.
Slowakei	8,1	6,5	5,8	5,8	5,8	5,6	5,5	5,7	5,6	5,6	5,4	5,5	5,6
Finnland	8,6	7,4	6,7	6,7	6,8	6,7	6,5	6,7	6,7	6,6	6,6	6,5	6,5
Tschechien	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	1,9	2,0	1,9	2,0
Ungarn	4,2	3,7	3,5	3,4	3,5	3,5	.	3,6	3,4	3,4	3,4	3,6	.
Polen	4,9	3,8	3,3	3,3	3,1	2,9	3,0	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0	3,0
Schweiz	4,8	4,7	4,4	4,5	4,4	4,1

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,7
USA	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5
Japan	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,7
Belgien	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,4
Deutschland	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3
Irland	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5
Griechenland	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2
Spanien	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,1
Frankreich	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,8
Italien	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1
Luxemburg	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,3
Niederlande	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1
Österreich	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6
Portugal	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1
Slowakei	+ 1,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4
Finnland	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Tschechien	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6
Ungarn	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,4	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,9
Polen	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,9
Schweiz	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,4

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	+13,0	- 0,7	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	+12,2	+ 5,6	+19,8	+19,3	+13,8	-15,3	-16,3	
Euro-Raum, STOXX 50	+16,2	- 3,0	+ 1,4	- 1,9	+ 1,1	+15,1	+ 6,8	+22,0	+21,8	+15,9	-15,3	-17,8	
Deutschland, DAX 30	+22,0	- 1,3	- 1,3	- 4,5	- 2,2	+14,5	+ 8,5	+22,4	+22,0	+18,2	-13,1	-14,0	
Österreich, ATX	+34,9	+ 7,6	- 9,0	-10,1	-10,8	+ 1,1	- 6,2	+ 9,8	+ 8,5	+ 2,8	-28,6	-34,7	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	+14,0	- 0,2	- 1,2	- 2,6	- 2,5	+ 4,6	- 3,0	+ 9,0	+10,1	+ 2,3	-20,3	-22,9	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+29,6	+ 1,1	- 3,1	- 0,3	- 2,3	- 1,0	-13,6	- 1,9	- 2,1	- 5,9	-31,9	-36,6	
Tschechien, PX 50	+14,3	+ 8,0	- 3,2	- 3,2	- 3,6	+ 0,4	- 3,5	+ 7,0	+10,6	+ 2,1	-21,9	-23,3	
Ungarn, BUX Index	+31,5	+ 5,4	+10,0	+11,9	+11,9	+11,6	+ 1,0	+13,6	+ 9,7	+ 9,4	-15,0	-22,2	
Polen, WIG Index	+30,1	- 2,6	- 1,3	+ 0,5	- 0,7	+ 0,4	-12,6	- 2,2	- 2,0	- 6,3	-28,4	-27,3	
Russland, RTS Index	+19,8	+ 5,6	+12,7	+11,2	+19,4	+27,2	+16,0	+34,8	+37,1	+26,0	-12,6	-12,9	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+21,4	+15,2	+ 5,3	+ 6,3	+ 4,2	+10,4	+ 5,6	+18,6	+19,6	+11,5	-12,0	-11,7	
USA, S&P 500 Index	+16,9	+12,1	+ 6,1	+ 6,6	+ 3,8	+14,2	+12,3	+23,7	+25,7	+19,0	- 5,4	- 4,9	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+27,7	+20,0	+23,3	+20,1	+32,6	+25,6	+ 7,8	+30,1	+23,9	+17,1	-15,2	-18,5	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+19,5	+10,4	- 2,7	- 4,2	- 6,0	+ 5,0	+ 4,0	+13,0	+16,0	+10,1	-11,9	-12,5	
China, Shanghai Index	+ 8,2	- 9,4	- 0,8	- 2,4	+ 5,7	+13,2	+ 5,3	+15,1	+20,3	+ 5,3	- 6,4	-11,9	
Indien, Sensex 30 Index	+17,3	+14,4	+ 8,3	+11,7	+ 1,6	+13,8	+ 4,7	+14,4	+14,7	+12,9	-12,7	-21,6	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	In %												
USA	1,3	2,4	2,3	2,5	2,2	1,9	1,5	1,9	1,9	1,8	1,7	1,1	1,0
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,1	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9	1,8	1,3	0,5
Euro-Raum	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Tschechien	0,4	1,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0	1,0
Dänemark	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,1
Ungarn	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,4	0,5	1,1
Polen	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7	1,7	1,2	0,7
Schweden	- 0,7	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Vereinigtes Königreich	0,4	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,8	0,5	0,7
Norwegen	0,9	1,1	1,6	1,5	1,6	1,8	1,7	1,9	1,9	1,8	1,8	1,4	0,8
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	In %												
USA	2,3	2,9	2,1	2,3	1,8	1,8	1,4	1,8	1,9	1,8	1,5	0,9	0,7
Japan	0,0	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
Kanada	1,8	2,3	1,6	1,6	1,4	1,5	1,2	1,5	1,6	1,5	1,3	0,8	0,7
Euro-Raum	1,2	1,3	0,6	0,8	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,1	0,4	0,6
Belgien	0,7	0,8	0,2	0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,1
Deutschland	0,3	0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Irland	0,8	1,0	0,3	0,4	0,0	0,0	- 0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,1	0,1	0,2
Griechenland	6,0	4,2	2,6	3,2	1,9	1,4	1,5	1,4	1,4	1,3	1,1	2,0	2,1
Spanien	1,6	1,4	0,7	0,8	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	0,8
Frankreich	0,8	0,8	0,1	0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,1	0,1
Italien	2,1	2,6	2,0	2,5	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	1,3	1,0	1,6	1,8
Luxemburg	0,5	0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Niederlande	0,5	0,6	- 0,1	0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Österreich	0,6	0,7	0,1	0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,0
Portugal	3,1	1,8	0,8	0,9	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,7	1,0
Finnland	0,5	0,7	0,1	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0
Dänemark	0,5	0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,2
Schweden	0,7	0,7	0,0	0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	0,0	0,1	0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Vereinigtes Königreich	1,2	1,4	0,9	1,0	0,6	0,7	0,5	0,7	0,8	0,7	0,6	0,4	0,3
Norwegen	1,6	1,9	1,5	1,6	1,3	1,4	1,2	1,5	1,5	1,4	1,4	0,9	0,7
Schweiz	- 0,1	0,0	- 0,5	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,4

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2017	2018	2019	2019				2020		2020			
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,13	1,18	1,12	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,11	1,11	1,09	1,11	1,09
Yen	126,65	130,41	122,06	125,10	123,49	119,28	120,36	120,10	121,24	121,36	120,03	118,90	116,97
Schweizer Franken	1,11	1,15	1,11	1,13	1,13	1,10	1,10	1,07	1,09	1,08	1,06	1,06	1,05
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,88	0,87	0,87	0,90	0,86	0,86	0,85	0,85	0,84	0,89	0,88
Schwedische Krone	9,64	10,26	10,59	10,42	10,62	10,66	10,64	10,67	10,48	10,55	10,57	10,88	10,88
Dänische Krone	7,44	7,45	7,47	7,46	7,47	7,46	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	7,46
Norwegische Krone	9,33	9,60	9,85	9,74	9,72	9,85	10,09	10,46	10,04	9,94	10,13	11,29	11,34
Tschechische Krone	26,33	25,64	25,67	25,68	25,68	25,74	25,57	25,61	25,50	25,22	25,05	26,58	27,26
Russischer Rubel	65,89	74,06	72,46	74,88	72,56	71,84	70,55	73,70	69,99	68,77	69,91	82,43	81,75
Ungarischer Forint	309,27	318,83	325,23	317,88	322,91	328,21	331,93	339,08	330,71	334,38	337,17	345,68	356,69
Polnischer Zloty	4,26	4,26	4,30	4,30	4,28	4,32	4,29	4,32	4,27	4,25	4,28	4,44	4,54
Neuer Rumänischer Leu	4,57	4,65	4,75	4,74	4,75	4,73	4,77	4,80	4,78	4,78	4,78	4,83	4,84
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,63	7,81	7,73	7,66	7,67	7,80	7,80	7,69	7,80	7,68	7,63	7,77	7,69
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 0,5	+ 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,8	+ 1,0	+ 1,1
Industriewaren	+ 0,7	+ 1,7	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,7	+ 0,9	+ 1,0
Real	+ 0,8	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,8	- 1,4	- 1,2	- 0,2	- 1,1	- 0,8	- 0,7	+ 1,0	.
Industriewaren	+ 1,0	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 1,3	- 1,3	- 0,2	- 1,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,9	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2017	2018	2019	2019			2020		2020				
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+20,5	+23,5	-12,2	-11,4	-19,4	-11,2	-19,8	- 9,2	+ 2,7	- 1,1	-15,7	-41,6	-56,6
Ohne Energierohstoffe	+11,2	+ 1,8	- 2,2	- 5,5	+ 1,6	+ 2,2	- 0,9	+ 0,7	+ 6,7	+ 6,0	- 3,8	- 4,5	-10,4
Auf Euro-Basis	+18,0	+18,0	- 7,5	- 6,1	-15,7	- 8,5	-17,4	- 6,6	+ 5,2	+ 1,7	-12,2	-40,4	-55,1
Ohne Energierohstoffe	+ 9,1	- 3,0	+ 3,3	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,3	+ 2,1	+ 3,5	+ 9,2	+ 9,1	+ 0,2	- 2,5	- 7,3
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,6	- 9,2	- 0,1	- 6,1	+ 2,5	+ 5,5	+ 7,9	+ 5,5	+10,0	+ 8,8	+ 8,0	+ 6,9	+ 5,4
Industrierohstoffe	+19,1	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,5	+ 8,3	+ 5,2	- 0,7	+ 2,4	+ 8,9	+ 9,2	- 3,5	- 6,9	-13,3
Energierohstoffe	+19,7	+21,6	- 8,9	- 6,9	-18,3	-10,3	-20,4	- 8,0	+ 4,6	+ 0,5	-14,1	-46,0	-61,9
Rohöl	+19,5	+23,7	- 5,3	- 3,8	-14,5	- 3,2	-16,4	+ 0,1	+18,7	+11,3	- 9,2	-47,6	-66,2

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018				2019	
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	.	.	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,0
Exporte	+ 3,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,7	.	.	+ 6,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,6
Importe	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,8	.	.	+ 3,9	+ 5,6	+ 5,1	+ 1,7	+ 3,7	+ 0,8
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6	.	.	+ 0,1	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,6
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	.	.	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,4
Private Haushalte ²⁾	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	.	.	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Staat	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	.	.	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,6	- 0,5	+ 1,5	+ 1,1
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,5	.	.	+ 1,5	+ 7,7	+ 7,5	+ 2,1	+ 2,1	- 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,9	.	.	+ 2,7	+ 4,6	+ 5,7	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 3,9	+ 9,3	+ 6,3	+ 4,3	+ 3,4	.	.	+ 0,7	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,7	+ 2,7	- 0,6
Bauten	+ 0,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	.	.	+ 3,8	+ 4,0	+ 5,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,7	+ 3,9	+ 3,1	.	.	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 0,9	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 1,0	.	.	+ 2,0	+ 3,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	- 1,3
Trend-Konjunktur-Komponente, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Exporte								+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Importe								+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1
Inländische Verwendung ¹⁾								+ 0,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0
Konsumausgaben insgesamt								+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Private Haushalte ²⁾								+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Staat								+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Bruttoinvestitionen ³⁾								+ 1,0	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen								+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4
Ausrüstungen und Waffensysteme								+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	- 0,3	- 0,8	- 0,1
Bauten								+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾								+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	- 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020 und 2021: Prognose. Im März 2020 wurde eine Einschätzung zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Konjunktur veröffentlicht. Die nächste vollständige WIFO-Prognose wird am 26. Juni 2020 vorgelegt. Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018				2019		
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 2,2	+ 4,8	+ 2,7	+ 4,8	.	.	.	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,9	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,3	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,3	.	.	+ 1,5	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	.	.	- 0,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	- 0,0	
BIP nominell	Mrd. €	344,27	357,30	370,30	385,71	398,52	.	.	96,38	100,88	97,04	98,24	99,65	103,60
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	39.894	40.882	42.103	43.644	44.901	.	.	10.899	11.395	10.951	11.074	11.221	11.654
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	- 0,4	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	.	.	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	.	.	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020 und 2021: Prognose. Im März 2020 wurde eine Einschätzung zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Konjunktur veröffentlicht. Die nächste vollständige Prognose wird am 26. Juni 2020 vorgelegt. Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

	2019				2020		2019		2020			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+13,7	+11,1	+10,0	+ 7,9	+ 7,8	+ 8,6	+ 7,1	+10,2	+10,5	+ 2,6	-32,2	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+16,8	+12,8	+11,8	+ 8,7	+11,0	+ 9,5	+ 8,1	+11,3	+12,7	+ 8,9	-28,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+10,6	+ 9,2	+ 8,1	+ 7,2	+ 4,6	+ 7,9	+ 6,1	+ 9,0	+ 8,3	- 3,6	-36,2	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,8	- 5,8	-32,9	
Bauwirtschaft	+25,1	+21,3	+20,1	+19,6	+24,0	+21,5	+20,7	+23,7	+25,3	+22,9	-11,0	
Dienstleistungen	+15,8	+13,7	+13,1	+12,4	+10,7	+12,5	+10,9	+15,1	+13,2	+ 4,0	-36,0	
WIFO-Frühindikator ¹⁾	- 0,37	- 0,39	- 0,32	- 0,19	- 0,72	- 2,12	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). – 1) Monatlicher Sammelindikator, der Konjunkturwendepunkte der österreichischen Gesamtwirtschaft zeitnah anzeigt (standardisierte Werte, saisonbereinigt). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at, astrid.czaloun@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2016	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Marktentwicklung														
Milchanlieferung ¹⁾	3.197	3.313	3.391	3.378	- 2,4	- 2,4	- 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 5,7	
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.819	2.459	2.493	2.612	
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	213	218	216	- 1,4	- 4,0	- 2,3	+ 0,7	+ 2,3	- 4,0	+ 8,5	- 3,2	- 10,0	
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 11,5	- 3,4	- 4,3	+ 5,7	- 7,3	- 9,8	+ 3,4	+ 2,8	- 6,0	
BEE ³⁾ Schweinefleisch	475	467	468	470	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	- 2,4	- 8,3	+ 1,3	- 8,3	- 4,7	
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	107	108	110	116	+ 3,2	+ 7,3	+ 5,8	+ 1,4	+ 7,4	+ 2,4	+ 18,1	+ 8,5	+ 2,6	
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)														
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	303	364	352	349	- 9,3	- 2,7	+ 4,7	- 0,3	- 4,9	- 5,1	- 5,3	- 4,6	- 2,1	
Qualitätsweizen ⁵⁾	149	156	159	162	+ 3,6	+ 14,7	+ 2,1	- 1,5	- 7,2	- 3,9	- 2,5	- 8,2	- 8,4	
Körnermais ⁶⁾	143	144	149	143	- 1,2	+ 5,3	- 4,9	- 7,2	- 11,5	- 11,3	- 3,7	- 11,7	- 5,8	
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁴⁾⁷⁾	3.753	3.861	3.868	3.708	- 2,8	- 3,7	- 5,9	- 3,0	- 3,9	- 3,8	- 4,5	- 3,1	- 3,6	
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.501	1.668	1.487	1.757	- 7,2	- 2,9	+ 17,6	+ 21,0	+ 37,6	+ 36,9	+ 44,0	+ 35,7	+ 35,9	
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.093	2.082	2.731	2.665	+ 41,8	+ 40,2	- 10,0	- 14,4	- 13,5	- 17,4	- 8,0	- 18,2	- 19,0	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsmäßig bereinigt)													
Insgesamt	+ 5,4	+ 4,2	- 0,2	+ 5,0	- 0,5	- 0,8	- 4,1	+ 0,1	- 2,5	- 4,7	- 5,1	+ 0,6	- 4,3
Vorleistungen	+ 7,1	+ 0,7	- 6,2	+ 2,3	- 2,2	- 0,3	- 6,2	- 0,3	- 3,7	- 6,7	- 6,2	+ 0,2	- 0,9
Investitionsgüter	+ 11,5	+ 4,9	- 6,7	+ 14,8	+ 2,2	- 0,8	- 6,7	- 0,8	- 1,5	- 3,1	- 6,7	+ 1,4	- 9,9
Kfz	+ 4,7	+ 10,3	+ 5,2	+ 13,5	+ 6,2	+ 5,4	- 3,7	+ 2,4	+ 1,7	+ 3,1	- 10,8	+ 6,2	- 11,9
Konsumgüter	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	- 1,7	- 0,3	+ 1,4	- 1,6	+ 1,4	- 1,8	- 3,3	- 1,6	+ 0,3	- 0,1
Langlebige Konsumgüter	- 2,9	+ 14,0	- 15,8	+ 2,5	- 2,0	- 4,8	- 15,8	- 4,8	- 2,7	- 8,5	- 15,8	+ 8,9	- 5,9
Kurzlebige Konsumgüter	+ 2,8	- 0,9	+ 2,4	- 2,3	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,8	- 1,5	- 1,9	+ 2,4	- 1,5	+ 1,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	.
Geleistete Stunden	+ 1,7	+ 2,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,3	- 1,0	+ 0,7	- 3,6	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 3,9	+ 0,0	- 6,0	+ 3,7	- 1,9	- 1,2	- 6,0	- 1,2	- 3,5	- 5,4	- 6,0	- 0,1	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,0	- 0,9	- 3,2	+ 0,7	- 9,8	+ 1,6	- 2,9	+ 0,1	- 1,8	- 6,0	- 2,9	+ 1,0	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 11,1	+ 7,1	- 2,0	+ 3,0	- 4,3	+ 1,8	- 8,1	- 0,7	- 3,5	- 17,3	- 2,4	- 3,5	.
Inland	+ 15,6	- 0,2	+ 0,7	+ 4,2	- 0,4	- 2,4	+ 1,2	- 13,9	- 3,2	+ 1,8	+ 5,8	- 2,6	.
Ausland	+ 9,7	+ 9,4	- 2,8	+ 2,6	- 5,4	+ 3,1	- 10,7	+ 4,0	- 3,6	- 22,1	- 4,6	- 3,8	.
Auftragsbestand	+ 21,3	+ 7,7	- 1,7	+ 6,5	+ 1,4	+ 1,5	- 1,7	+ 1,5	+ 0,8	- 1,9	- 1,7	- 2,7	.
Inland	+ 21,6	- 1,5	+ 8,0	+ 3,6	+ 4,5	+ 2,7	+ 8,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,1	+ 8,0	+ 8,8	.
Ausland	+ 21,2	+ 9,7	- 3,6	+ 7,1	+ 0,8	+ 1,2	- 3,6	+ 1,2	+ 0,7	- 3,1	- 3,6	- 5,1	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2019: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2019				2020		2019		2020			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,8	- 5,8	- 32,9	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 10,1	+ 6,4	+ 3,7	- 2,1	+ 0,2	- 0,3	- 3,1	- 2,7	+ 2,3	+ 0,9	- 23,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,4	- 2,4	- 4,0	- 1,6	- 2,4	- 0,7	+ 1,2	- 12,5	- 42,3	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	78,4	76,0	74,3	70,4	71,4	70,9	69,8	69,1	72,5	72,6	49,2	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	71,9	69,8	68,4	64,3	64,1	67,5	64,7	62,3	65,5	64,4	46,8	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 6,4	+ 8,3	+ 7,9	+ 11,4	+ 7,8	+ 11,2	+ 12,3	+ 9,3	+ 8,6	+ 5,4	+ 10,9	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 7,6	+ 3,8	+ 4,9	+ 2,7	- 0,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 5,0	- 10,2	- 45,5	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 1,0	- 0,2	- 2,1	- 4,8	- 4,7	- 4,7	- 4,0	- 0,1	+ 1,5	- 15,4	- 51,0	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 12,2	+ 6,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 5,5	+ 0,4	- 8,4	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Konjunkturdaten¹⁾														
Produktion ²⁾														
Bauwesen insgesamt	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	.	+ 2,6	+ 6,5	+ 5,6	.	.	.	
Hochbau	+ 4,0	+ 9,1	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,4	+ 3,2	.	+ 4,7	- 2,0	+ 8,3	.	.	.	
Tiefbau	+ 7,8	- 3,7	+ 4,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 6,4	.	+ 0,0	+ 14,8	+ 2,3	.	.	.	
Baunebengewerbe ³⁾	+ 5,7	+ 7,7	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,5	+ 5,6	.	+ 2,0	+ 9,6	+ 4,8	.	.	.	
Auftragsbestände	+ 16,2	+ 16,3	+ 6,3	+ 9,9	+ 4,2	- 3,8	.	- 3,7	- 3,8	- 3,5	.	.	.	
Auftragsgänge	+ 15,9	+ 11,4	- 2,2	- 0,1	+ 2,6	- 5,9	.	+ 8,4	+ 8,3	+ 10,6	.	.	.	
Arbeitsmarkt														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,6	- 1,0	+ 1,8	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,3	- 10,0	- 5,4	
Arbeitslose	- 7,7	- 9,8	- 8,6	- 8,2	- 4,9	- 4,1	+ 14,3	- 7,2	- 3,1	- 7,8	- 6,6	+ 103,5	+ 111,9	
Offene Stellen	+ 41,3	+ 48,0	+ 10,5	+ 4,9	+ 5,3	+ 15,5	+ 6,0	+ 18,0	+ 20,4	+ 28,6	+ 16,9	- 16,5	- 10,3	
Baupreisindex														
Hoch- und Tiefbau	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	
Hochbau	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	
Sonstiger Hochbau	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,1	
Tiefbau	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,4	

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,7	- 2,1	+ 2,0	- 0,3	+ 2,1
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,6	- 1,4	- 2,7	+ 3,9	+ 3,3	+ 8,2	+ 5,0	- 1,9	+ 7,5	+ 0,9	- 2,3
Großhandel	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	+ 2,8	- 0,8	- 4,2	+ 1,3	- 2,1	- 0,1
Einzelhandel	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 8,1
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,1	- 0,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,1	- 1,6	+ 1,7	- 1,2	+ 1,6
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 6,3	+ 0,7	- 1,2	- 3,3	- 4,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 6,1	+ 3,4	- 3,7	+ 5,9	- 1,4	- 4,7
Großhandel	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 2,0	- 0,2	+ 3,3	+ 0,6	- 2,8	+ 1,6	- 2,3	+ 0,6
Einzelhandel	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	- 0,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 6,4
Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	± 0,0	- 0,1
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1
Großhandel	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Einzelhandel	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	± 0,0	- 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5	- 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,3	- 0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)														
Privater Konsum	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,2	+ 0,4	- 1,6	- 3,3	+ 1,3	+ 0,1	
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens														
Sparquote ¹⁾	7,3	7,7	8,3	8,0	8,2	8,3	
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)														
Konsumklima Indikator	- 1,1	+ 0,9	- 2,7	- 2,3	- 3,2	- 3,6	- 4,4	- 4,3	- 3,6	- 2,8	- 3,0	- 7,5	- 18,4	
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,5	- 1,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,3	
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 1,8	+ 3,4	+ 6,2	+ 5,6	+ 6,8	+ 8,3	+ 5,9	+ 7,2	+ 8,3	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,8	- 7,8	
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 7,9	+ 13,0	- 4,9	- 3,2	- 7,5	- 11,3	- 12,8	- 12,2	- 12,7	- 9,7	- 9,1	- 19,5	- 43,8	
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 12,6	- 11,5	- 14,0	- 13,6	- 15,0	- 14,7	- 15,0	- 15,3	- 13,3	- 13,2	- 12,6	- 19,1	- 25,3	

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	+ 1,1	.	- 2,0	+ 3,6
Schiene	+17,9	- 1,9	.	+ 0,8	+ 1,5
Luftfahrt ¹⁾	+ 2,3	+ 4,6	.	- 7,5
Binnenschifffahrt	+ 4,8	-28,4	.	+ 3,7	+49,6
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 3,4	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 1,5	- 3,5	+ 1,6	- 1,6	+ 2,3	- 4,9	-23,9
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+16,2	+10,6	+12,0	+23,2	+26,2	- 8,6	-27,0	-18,2	+ 0,1	-13,3	- 5,4	-53,2	.
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	+ 7,2	- 3,5	- 3,4	- 7,2	- 0,6	+ 8,9	-32,4	- 1,4	+18,2	- 9,1	-10,9	-66,7	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,6	+ 4,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 4,4	+ 9,7	.	+18,3
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,7	- 2,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	- 6,9	- 6,3
Arbeitslose	- 2,4	- 6,8	- 1,0	- 3,2	+ 1,2	+ 3,4	+29,7	+ 2,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,0	+93,7	+95,4
Offene Stellen	+67,6	+34,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 0,9	- 1,5	-15,0	- 1,8	- 4,3	- 6,1	- 6,5	-32,2	-39,3
Kraftstoffpreise													
Dieselkraftstoff	+ 7,4	+10,5	- 1,4	+ 1,0	- 3,8	- 6,8	- 3,3	- 8,6	- 3,6	+ 2,3	- 1,8	-10,2	.
Normalbenzin	+ 6,0	+ 7,5	- 2,0	+ 0,8	- 3,6	- 4,5	+ 0,2	- 5,9	- 0,5	+ 5,5	+ 2,4	- 7,1	.

Q: Statistik Austria; BMWFW; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2017	2018	2019	2019				2020	2019		2020		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	April
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Sekundärmarkttrendite Bund													
Benchmark	0,6	0,7	0,1	0,4	0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,0
Umlaufgewichtete													
Durchschnittstrendite	0,2	0,3	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,1	4,0	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,2	2,3	1,9	2,1	2,0	1,8	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6	1,6	1,9	1,6	1,7	1,7	1,9	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,4	1,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	1,3	1,3	1,1	1,2	1,3	.
An private Haushalte und nicht- finanzielle Unternehmen													
In Yen	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,2	1,4	1,2	1,5	1,2	1,4	.
In Schweizer Franken	1,2	1,0	1,0	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1	1,2	0,7	0,9	1,1	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,7	0,5	0,7	0,4	0,5	0,5	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,6	0,4	0,4	0,5	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,7
Spareinlagen	+ 5,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3
Einlagen ohne Bindung	.	.	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,7	+ 6,1	+ 6,4
Einlagen mit Bindung	.	.	- 1,8	+ 2,3	- 0,7	- 1,4	- 1,8
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,4

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2018		2019		2020		2019		2020				
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber		Jänner	Februar
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	.	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	.
Arbeitslose	- 0,7	- 1,7	- 1,5	+ 0,5	- 0,5	- 1,2	.	- 0,3	- 0,6	- 1,0	- 0,8	- 0,4	.
Offene Stellen	+ 5,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,4	.	+ 1,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	.
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,7	7,5	7,4	7,4	7,4	7,3	.	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	.
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,9	4,8	4,7	4,6	4,5	4,3	4,4	4,3	4,2	4,2	4,3	4,5	4,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der Corona-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2017	2018	2019	2019		2020		2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar		März
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.655	3.741	3.797	3.798	3.853	3.791	3.708	3.792	3.769	3.759	3.777	3.589	3.583
Männer	1.950	2.000	2.034	2.043	2.074	2.028	1.966	2.038	1.991	1.988	2.003	1.908	1.927
Frauen	1.706	1.741	1.763	1.755	1.779	1.763	1.742	1.755	1.778	1.772	1.773	1.682	1.655
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.718	3.695	3.685	3.701	3.515	3.507
Männer	1.942	1.992	2.026	2.035	2.067	2.021	1.959	2.031	1.985	1.980	1.996	1.901	1.919
Frauen	1.631	1.669	1.694	1.684	1.711	1.695	1.675	1.686	1.710	1.704	1.706	1.614	1.588
Ausländische Arbeitskräfte	699	753	799	797	823	801	775	800	795	805	815	705	707
Herstellung von Waren	601	619	629	628	636	629	621	630	624	622	624	618	614
Bauwesen	253	261	271	283	289	271	241	283	239	236	248	239	265
Private Dienstleistungen	1.708	1.751	1.781	1.766	1.816	1.775	1.732	1.764	1.790	1.786	1.788	1.620	1.592
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	939	955	963	963	956	970	970	968	974	971	972	966	961
Arbeitslose	340	312	301	280	274	312	398	300	350	355	334	504	522
Männer	193	175	167	148	143	175	235	161	213	219	201	285	276
Frauen	147	137	135	132	132	137	163	139	137	136	133	219	246
Personen in Schulung	72	69	62	63	56	63	63	66	58	65	65	58	49
Offene Stellen	57	72	77	82	83	71	69	71	65	72	75	61	54
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 68,4	+ 86,2	+ 55,8	+ 62,9	+ 45,0	+ 40,2	- 38,8	+ 33,0	+ 43,5	+ 42,7	+ 28,0	-187,0	-188,9
Männer	+ 40,7	+ 50,5	+ 33,9	+ 37,3	+ 26,6	+ 22,1	- 24,1	+ 16,0	+ 25,6	+ 26,1	+ 15,0	-113,4	-101,8
Frauen	+ 27,7	+ 35,7	+ 22,0	+ 25,6	+ 18,5	+ 18,0	- 14,6	+ 16,9	+ 17,9	+ 16,6	+ 13,0	- 73,6	- 87,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 70,7	+ 88,0	+ 58,9	+ 65,3	+ 48,7	+ 44,9	- 33,1	+ 37,8	+ 48,2	+ 48,3	+ 34,0	-181,8	-185,9
Männer	+ 41,4	+ 50,4	+ 34,1	+ 37,7	+ 26,9	+ 22,8	- 23,5	+ 16,8	+ 26,1	+ 26,7	+ 15,7	-112,9	-103,2
Frauen	+ 29,3	+ 37,6	+ 24,8	+ 27,6	+ 21,8	+ 22,1	- 9,6	+ 21,0	+ 22,1	+ 21,6	+ 18,4	- 68,8	- 82,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,8	+ 54,4	+ 46,6	+ 48,0	+ 44,8	+ 40,9	- 1,8	+ 37,3	+ 42,2	+ 41,7	+ 35,1	- 82,3	- 71,9
Herstellung von Waren	+ 18,9	+ 18,6	+ 9,9	+ 11,5	+ 9,1	+ 4,7	- 2,5	+ 3,6	+ 3,9	+ 1,1	- 0,1	- 8,5	- 13,7
Bauwesen	+ 4,3	+ 8,5	+ 9,9	+ 9,9	+ 6,8	+ 7,0	- 2,3	+ 5,1	+ 8,6	+ 11,7	+ 7,9	- 26,6	- 15,2
Private Dienstleistungen	+ 27,6	+ 43,4	+ 29,9	+ 34,4	+ 26,6	+ 23,4	- 35,1	+ 20,4	+ 24,6	+ 24,2	+ 16,6	-146,2	-152,5
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 19,6	+ 16,1	+ 7,8	+ 8,8	+ 4,9	+ 8,1	+ 5,9	+ 7,6	+ 9,5	+ 9,3	+ 7,9	+ 0,4	- 2,7
Arbeitslose	- 17,3	- 27,9	- 10,8	- 10,0	- 9,2	- 7,3	+ 59,3	- 7,8	- 5,8	- 12,6	- 9,4	+199,9	+226,0
Männer	- 11,6	- 18,0	- 8,2	- 8,2	- 5,6	- 2,9	+ 33,9	- 3,3	- 2,5	- 8,1	- 5,5	+115,4	+119,5
Frauen	- 5,7	- 9,9	- 2,6	- 1,8	- 3,6	- 4,4	+ 25,4	- 4,5	- 3,4	- 4,5	- 3,9	+ 84,5	+106,5
Personen in Schulung	+ 4,9	- 3,4	- 6,8	- 8,9	- 4,1	- 2,2	- 2,7	- 2,9	- 0,2	± 0,0	- 1,6	- 6,4	- 15,7
Offene Stellen	+ 16,6	+ 14,7	+ 5,5	+ 7,1	+ 3,2	+ 1,9	- 3,3	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,1	- 15,7	- 26,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2017	2018	2019	2019		2020		2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar		März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	7,3	8,5	8,6	8,1	12,3	12,7
Männer	9,0	8,0	7,6	6,8	6,4	7,9	10,7	7,3	9,7	9,9	9,1	13,0	12,5
Frauen	7,9	7,3	7,1	7,0	6,9	7,2	8,6	7,3	7,1	7,1	7,0	11,5	12,9
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	10,1	9,2	8,7	8,3	7,9	9,0	11,1	8,8	9,8	10,1	9,6	13,5	13,8
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	11,1	10,4	10,0	9,7	10,4	10,2	10,5	10,1	10,3	9,9	9,7	11,4	11,7
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	35,1	33,9	32,7	35,5	34,9	30,6	25,1	31,2	28,4	27,4	29,2	20,9	22,0
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,0	4,4	3,9	3,4	3,3	4,4	5,7	4,2	5,3	5,0	4,4	8,3	9,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5
Verbraucherpreisindex	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5
Ohne Saisonwaren	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,5
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,6
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,8
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,3	± 0,0
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 0,8
Gesundheitspflege	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3
Verkehr	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,0	- 0,3	- 0,5	+ 1,3	- 0,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,8	- 0,4	- 1,6
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 2,8	- 3,1	- 2,1	- 4,3	- 4,0	- 4,6	- 3,6	- 4,3	- 4,6	- 4,4	- 4,6	- 4,2
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,2
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3
Restaurants und Hotels	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1
Großhandelspreisindex	+ 4,6	+ 4,2	± 0,0	+ 0,9	- 1,0	- 2,0	- 1,8	- 2,7	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,7	- 6,9
Ohne Saisonprodukte	+ 4,7	+ 4,3	- 0,1	+ 0,8	- 1,1	- 2,0	- 1,8	- 2,8	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,8	- 7,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7
Angestellte	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,2
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte in den Spalten 2017 und 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle anderen auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,9						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 3,4	+ 4,6											
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6						
Netto	+ 1,4	+ 2,2											
Netto, real ²⁾	- 0,7	+ 0,2											
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,8	+ 6,3	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,2
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,4
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 4,8	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,3	- 0,2	+ 2,6
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,9	+ 7,3	+ 8,3	+ 10,2	+ 8,4	+ 8,3	+ 7,0	+ 5,7	+ 9,1	+ 7,3	+ 5,4	+ 9,3	+ 8,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁵⁾	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,0	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁵⁾	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,2	+ 4,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut ESVG 2010. – 2) Referenzjahr 2015. – 3) Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – 4) Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.915	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	1.091	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.070	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	846	862	878	892	917	945
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	845	850	864	877	893	904	1.392	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543
Selbständige	358	357	359	360	362	364	1.006	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	179	181	185	188	193	196	1.246	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	179	176	174	171	170	168	758	777	795	811	835	863
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	93	84	96	97	102	111	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	52	47	53	54	56	58	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	41	36	43	44	47	52	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	17	15	18	18	19	20	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	10	11	12	12	13	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	7	5	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.957,8	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	17,6	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.045,5	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	36,2	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.387,8	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	84,8	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2017	2018	2019	2019				2020			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,9	+ 6,7	+ 1,9	+ 5,2	-12,7	+ 5,9	+ 1,4	+ 6,5	+ 5,8	+10,5	-59,1
Wien	+ 3,7	+ 6,3	+ 6,8	+ 9,1	+ 4,6	+ 3,5	-22,9	+ 3,5	+ 1,4	+ 5,3	+12,0	+ 6,9	-72,5
Niederösterreich	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,2	-19,0	+ 5,0	+ 2,9	+ 1,0	+ 4,3	+ 2,2	-58,1
Burgenland	+ 0,3	- 1,4	+ 3,1	+ 4,7	+ 2,7	+ 5,9	-19,3	+ 3,7	+ 5,4	+10,0	+ 1,9	+ 7,7	-61,0
Steiermark	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,9	-11,1	+ 3,7	+ 1,9	+ 5,4	+ 8,4	+ 8,6	-57,2
Kärnten	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2	+ 3,2	- 1,0	+ 5,8	- 8,6	+11,4	- 1,2	+ 4,6	+ 3,7	+15,5	-58,0
Oberösterreich	+ 4,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 7,6	+ 3,4	+ 4,5	-16,4	+ 6,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,2	+ 5,3	-57,8
Salzburg	+ 2,9	+ 4,2	+ 1,6	+ 8,5	+ 2,1	+ 7,4	-10,3	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 7,0	+10,4	-56,4
Tirol	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,5	+ 7,9	+ 0,8	+ 6,3	-11,9	+ 6,8	+ 0,5	+ 7,5	+ 4,7	+11,8	-58,0
Vorarlberg	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 5,7	+ 3,2	-15,0	+ 3,0	- 4,6	+ 5,3	+ 3,4	+ 9,8	-61,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2017	2018	2019	2019				2019			2020		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 6,7	+ 0,6	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,3	- 3,8	- 4,7	+ 1,6	- 2,4	- 7,4	- 1,4	- 2,3
Wien	+ 1,5	+ 0,9	- 2,6	- 4,0	+ 1,1	- 1,8	- 5,3	- 9,9	+ 3,1	+ 1,3	-12,1	- 4,3	+ 1,9
Niederösterreich	+ 7,2	+ 9,1	- 1,6	+ 5,2	+ 0,5	- 5,0	- 6,4	-10,4	- 5,7	- 7,1	- 8,3	- 3,4	- 0,7
Burgenland	+ 7,2	+ 2,2	- 1,0	- 2,6	- 1,5	+ 4,1	- 3,6	- 0,8	+13,0	- 6,2	- 3,6	+ 0,1	- 3,6
Steiermark	+ 7,7	+11,5	+ 3,9	+ 7,9	+ 6,6	+ 5,9	- 4,1	+ 6,8	+ 4,2	- 1,4	- 7,9	- 3,0	- 0,4
Kärnten	+ 9,7	+ 9,5	- 2,1	+ 5,0	+ 1,0	- 3,8	- 9,4	-11,4	- 0,6	- 8,6	-14,2	- 5,2	- 5,9
Oberösterreich	+ 7,2	+ 4,9	+ 0,4	+ 4,4	- 0,1	- 0,3	- 2,2	- 7,3	+ 3,2	- 0,3	- 6,4	+ 0,5	- 4,4
Salzburg	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,6	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,1	- 2,7	+ 1,9	+ 4,6	- 1,5	- 5,0	- 1,5	- 1,3
Tirol	+ 6,4	+ 5,5	+ 1,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,7	- 0,6	- 1,9	+ 4,0	- 1,2	- 5,8	+ 6,0	- 5,5
Vorarlberg	+ 1,4	+ 4,8	+ 2,6	+11,6	- 2,3	+ 1,0	+ 0,5	- 2,7	+ 1,1	+ 1,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2017	2018	2019	2019				2019			2020		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 9,5	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	+ 2,9	+ 4,9	+ 5,6	+ 2,6	+ 6,5	+ 5,6
Wien	+ 3,1	+ 6,2	+ 6,1	+12,4	+ 5,1	+ 2,1	+ 6,6	- 0,7	+ 7,0	+ 2,2	+12,6	+ 5,2	+ 8,1
Niederösterreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,3	+15,6	+ 5,7	+ 6,4	+ 5,1	+ 3,2	+ 4,2	+ 5,6	+ 3,3	+ 6,3	+12,3
Burgenland	+16,3	- 2,4	+16,6	+18,9	+ 7,9	+ 9,8	+29,3	+13,6	+ 8,5	+ 5,4	+ 5,9	+85,7	+15,1
Steiermark	+ 3,3	+ 5,4	+ 6,5	+14,9	+ 7,5	+ 5,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 4,6	+10,9	- 5,6	+ 2,9	+ 5,0
Kärnten	+ 7,5	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,9	+11,1	+ 5,8	- 1,1	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,8	- 5,4	+ 1,1	- 1,6
Oberösterreich	+ 6,3	+ 9,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,4	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,1	+ 7,5	- 0,2
Salzburg	+ 0,2	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,7	+ 8,1	+ 8,4	+ 0,9	+ 8,7	+ 1,2	+ 5,6	- 1,8	- 0,9	+ 6,4
Tirol	+ 8,8	+ 2,7	+11,1	+13,9	+10,8	+10,2	+10,6	+ 2,5	+10,7	+16,9	+ 5,8	+ 9,3	- 3,4
Vorarlberg	+ 5,7	+ 8,7	- 1,9	- 3,4	- 7,5	+ 5,0	- 1,9	+ 2,1	+ 7,6	- 2,1	+ 1,9	- 4,9	+18,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019			2020	2019		2020			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	In 1.000												
Österreich	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.718	3.695	3.685	3.701	3.515	3.507
Wien	816	836	852	853	859	857	832	862	846	842	844	811	805
Niederösterreich	591	605	615	620	626	615	601	619	602	605	608	592	593
Burgenland	100	102	104	106	107	103	100	104	100	100	101	98	99
Steiermark	497	512	520	523	530	519	504	521	509	510	513	491	493
Kärnten	205	209	211	214	220	208	200	208	204	203	205	192	194
Oberösterreich	634	650	660	663	670	661	644	664	651	648	649	635	635
Salzburg	248	253	256	252	260	256	253	251	264	262	263	235	234
Tirol	323	331	336	327	341	334	334	326	351	348	350	302	299
Vorarlberg	158	162	165	162	166	164	165	163	168	168	168	158	155
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+70,7	+88,0	+58,9	+65,3	+48,7	+44,9	-33,1	+37,8	+48,2	+48,3	+34,0	-181,8	-185,9
Wien	+16,0	+19,6	+15,9	+16,7	+14,3	+14,3	- 6,2	+13,2	+15,1	+ 9,2	+ 6,6	-34,4	-46,3
Niederösterreich	+10,6	+13,4	+10,1	+10,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 2,6	+ 6,3	+ 8,2	+13,3	+11,3	-16,7	-24,2
Burgenland	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,3	- 4,2	- 5,4
Steiermark	+12,1	+15,7	+ 8,0	+ 9,2	+ 5,6	+ 4,2	- 5,8	+ 2,8	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	-25,7	-26,9
Kärnten	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,7	- 4,4	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	-14,2	-15,4
Oberösterreich	+11,9	+15,9	+10,4	+12,6	+ 8,7	+ 7,0	- 2,4	+ 5,6	+ 7,2	+ 7,6	+ 3,9	-18,6	-26,2
Salzburg	+ 4,3	+ 5,2	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	- 4,9	+ 2,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,8	-21,2	-13,3
Tirol	+ 7,7	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,3	+ 4,6	+ 5,0	- 9,8	+ 4,5	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,7	-38,4	-23,1
Vorarlberg	+ 3,2	+ 4,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,7	- 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	- 8,3	- 5,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
In 1.000													
Österreich	340	312	301	280	274	312	398	300	350	355	334	504	522
Wien	124	119	115	111	110	114	136	108	126	122	120	165	179
Niederösterreich	58	52	51	46	47	52	67	48	61	63	59	78	80
Burgenland	10	9	8	7	7	9	12	8	11	11	11	14	14
Steiermark	40	35	34	30	31	36	50	33	44	45	41	64	63
Kärnten	24	22	21	18	17	23	30	22	27	28	25	37	36
Oberösterreich	40	35	34	29	32	36	47	33	43	44	41	58	58
Salzburg	14	14	13	13	10	14	19	15	13	15	13	29	30
Tirol	20	18	16	17	12	19	25	22	16	18	15	43	45
Vorarlberg	10	9	9	9	9	10	12	10	10	10	10	16	18
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	-17,3	-27,9	-10,8	-10,0	-9,2	-7,3	+59,3	-7,8	-5,8	-12,6	-9,4	+199,9	+226,0
Wien	-4,3	-5,6	-3,6	-2,3	-5,2	-5,5	+11,1	-5,8	-5,5	-7,5	-5,6	+46,3	+64,3
Niederösterreich	-1,9	-5,5	-1,7	-1,7	-1,0	-0,6	+7,9	-0,6	-0,9	-1,8	-1,0	+26,4	+33,0
Burgenland	-0,7	-0,9	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	+1,5	-0,1	-0,1	-0,6	-0,3	+5,3	+6,2
Steiermark	-4,2	-5,2	-1,0	-0,8	+0,1	+0,6	+10,4	+0,8	+0,7	+0,1	+0,5	+30,5	+31,5
Kärnten	-1,6	-2,2	-0,9	-1,1	-0,4	-0,2	+4,6	-0,4	+0,2	-0,4	-1,0	+15,0	+15,9
Oberösterreich	-2,0	-4,5	-1,1	-1,5	-0,7	+0,5	+7,8	+0,6	+1,1	-0,5	-0,1	+24,0	+27,7
Salzburg	-0,6	-0,8	-0,8	-0,9	-1,0	-1,0	+5,0	-1,0	-0,7	-0,9	-1,1	+16,9	+15,1
Tirol	-1,9	-2,8	-1,2	-1,6	-0,9	-1,1	+8,6	-1,2	-0,9	-1,3	-1,4	+28,7	+24,4
Vorarlberg	-0,1	-0,5	-0,0	-0,1	+0,0	+0,1	+2,5	-0,1	+0,3	+0,2	+0,4	+7,0	+7,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
In % der unselbständigen Erwerbspersonen													
Österreich	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	7,3	8,5	8,6	8,1	12,3	12,7
Wien	13,0	12,3	11,7	11,4	11,2	11,6	13,8	11,0	12,8	12,5	12,3	16,7	17,9
Niederösterreich	8,7	7,8	7,5	6,7	6,8	7,6	9,8	7,1	9,0	9,2	8,7	11,5	11,7
Burgenland	8,6	7,7	7,3	6,2	6,3	7,6	10,5	7,0	9,5	10,0	9,4	12,1	11,8
Steiermark	7,3	6,3	6,0	5,3	5,3	6,4	8,8	5,9	7,8	8,0	7,3	11,3	11,1
Kärnten	10,2	9,2	8,8	7,5	7,1	9,7	12,7	9,3	11,4	11,7	10,6	15,9	15,4
Oberösterreich	5,8	5,0	4,8	4,1	4,4	5,0	6,7	4,6	6,1	6,2	5,8	8,2	8,2
Salzburg	5,3	5,0	4,6	4,7	3,8	5,0	6,9	5,5	4,6	5,2	4,7	10,8	11,1
Tirol	5,8	4,9	4,5	4,9	3,3	5,4	7,0	6,1	4,2	4,8	4,1	12,2	12,8
Vorarlberg	5,8	5,4	5,3	5,3	5,1	5,7	6,6	5,9	5,5	5,6	5,4	8,9	10,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,2	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,1	48,7	48,2
Staatseinnahmenquote	47,9	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,6	48,4	48,8	49,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,6	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,5	42,4	42,8	43,0
Indikator 2	40,7	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,9	41,8	42,3	42,5
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	-1,4	-1,5	-5,3	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,7
Bund	-1,1	-1,3	-4,3	-3,3	-2,3	-2,1	-2,0	-2,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	0,5
Länder	0,1	-0,4	0,1	0,1	0,1
Gemeinden	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Wien	-0,0	-0,1	-0,0	0,0	0,1
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾	-2,6	-2,6	-3,7	-3,1	-2,5	-1,7	-0,9	-0,5	0,1	-1,1	-1,2	-1,0	-0,8
Primärsaldo	1,8	1,5	-2,2	-1,5	0,2	0,5	0,7	-0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,2
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	65,0	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,9	78,3	74,0	70,4
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	72,0	67,8	63,8	60,7
Länder	6,3	5,9	5,6	5,3
Gemeinden	2,3	2,3	2,3	2,3
Wien	1,9	2,0	1,9	1,9
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andreas.utrich@wifo.ac.at

- 5/2019** Stefan Ederer, Konjunktur zwischen Abkühlung und Stabilisierung • Silvia Rocha-Akis, Christine Mayrhuber, Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. Einleitende Bemerkungen • Silvia Rocha-Akis, Christine Mayrhuber, Umverteilung durch den Staat 2015 – Überblick über die Gesamteffekte • Silvia Rocha-Akis, Umverteilung durch den Staat: Heterogenität nach Haushaltstypen • Jürgen Bierbaumer-Polly, Simon Loretz, Christine Mayrhuber, Verteilungswirkungen von Steuern und Sozialbeiträgen 2015 • Hedwig Lutz, Silvia Rocha-Akis, Verteilungswirkungen der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der bedarfsorientierten Mindestsicherung • Silvia Rocha-Akis, Verteilungswirkungen der Familienleistungen • Julia Bock-Schappelwein, Verteilungswirkungen der Leistungen des öffentlichen Bildungssystems • Thomas Leoni, Verteilungswirkungen des österreichischen Gesundheitssystems • Michael Klien, Verteilungswirkungen der Wohnbauförderung
- 6/2019** Christian Glocker, Robuste Binnenwirtschaft stützt die Konjunktur in Österreich • Julia Bachtrögl, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Pirnbauer, Gerhard Streicher, Dank anhaltendem Wachstum Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in allen Bundesländern. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2018 • Michael Peneder, Matthias Firgo, Gerhard Streicher, Digitalisierung in Österreich: eine Standortbestimmung • Matthias Firgo, Peter Mayerhofer, Michael Peneder, Philipp Pirnbauer, Peter Reschenhofer, Regionale Beschäftigungseffekte der Digitalisierung in Österreich
- 7/2019** Christian Glocker, Abschwächung der Weltkonjunktur dämpft Wachstum in Österreich. Prognose für 2019 und 2020 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2019 • Vasily Astrov (wiiw), Wirtschaft in Osteuropa trotz weltweiter Konjunktüreintrübung expansiv • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionswachstum verlangsamt sich 2019. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2019 • Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Franz Sinabell, Mark Sommer, Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. Sonderthema: Klimaschutz, Ressourcenproduktivität und das Konzept der Kreislaufwirtschaft
- 8/2019** Christian Glocker, Binnenwirtschaft stützt Konjunktur in Österreich • Susanne Bärenthaler-Sieber, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Arash Robubi (KMU Forschung Austria), Cash-Flow-Quote stagniert 2018. Die Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung • Gunther Tichy, Das vernachlässigte Massensparen. Die wirtschaftspolitischen Folgen zunehmender Intermediation • Thomas Leoni, Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Industrie seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise • Michael Klien, Werner Hölzl, Öffentliche Ausschreibungen und Konjunktur. Eine Analyse mit unkonventionellen Daten für die österreichische Bauwirtschaft
- 9/2019** Stefan Ederer, Konjunktur flaut allmählich ab • Thomas Url, Günstige Konjunkturlage stützt Prämienwachstum in der Privatversicherung • Werner Hölzl, Digitalisierung in Österreich: Einleitende Bemerkungen • Agnes Kügler, Andreas Reinstaller (WIFO), Bernhard Dachs (AIT), Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich • Andreas Reinstaller, Auswirkungen der Digitalisierung und Herausforderungen für die Standortpolitik aus der Sicht der österreichischen Industrie • Werner Hölzl, Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten • Julia Bock-Schappelwein, Klaus S. Friesenbichler, Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung nach Tätigkeitsschwerpunkten in Österreich. Ergebnisse auf Grundlage der unselbständigen Beschäftigung
- 10/2019** Stefan Ederer, Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession. Prognose für 2019 und 2020 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Michael Klien, Stefan Schiman, Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024 • Werner Hölzl, Thomas Leoni, Österreichs internationale Lohnstückkostenposition 2018 neuerlich etwas verbessert • Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell, Einkommenslage und Lebenssituation in Österreich. Befunde zur bisher vernachlässigten regionalen Dimension
- 11/2019** Stefan Ederer, Uneinheitliche Konjunkturaussichten • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019 • Oliver Fritz (WIFO), Karin Maier (Universität Wien), Wenn Reisende zur Belastung werden. Eine ökonomische Einordnung des Phänomens Übertourismus und der tourismuspolitischen Optionen zu seiner Bekämpfung • Ina Meyer, Mark Sommer, Zur umweltökonomischen Relevanz der Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Beschäftigungseffekte durch Restmüllverwertung • Franz Sinabell (WIFO), Martin Schönhart, Erwin Schmid (BOKU), Mittelfristiger Ausblick zur österreichischen Landwirtschaft. Projektionen der Produktivitäts- und Preisentwicklung
- 12/2019** Stefan Ederer, Vorsichtige Anzeichen einer Konjunkturstabilisierung • Yvonne Wolfmayr, Europäischer Binnenmarkt: Wirkung und Entwicklungspotentiale. Editorial • Harald Oberhofer, Die Handelseffekte von Österreichs EU-Mitgliedschaft und des Europäischen Binnenmarktes • Yvonne Wolfmayr, Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotentiale des Europäischen Binnenmarktes für Waren • Klaus S. Friesenbichler, Michael Böheim, Michael Peneder, Die Effekte der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern. Evidenz auf Länder- und auf Unternehmensebene
- 1/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Zum neuen Layout der WIFO Monatsberichte • Christoph Badelt, Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft • Christian Glocker, Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019 • Marian Fink, Thomas Horvath, Martin Spielauer, microDEMS – Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell für Österreich. Illustration am Beispiel der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2040
- 2/2020** Stefan Schiman, Abschwung fällt in Österreich mild aus • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom Jänner 2020 • Michael Klien, Michael Weingärtler, Europäisches Bauwesen in der Abschwungphase. Euroconstruct-Prognose bis 2022 • Michael Peneder, Eine neue Taxonomie zur Gliederung von Branchen nach ihrer IKT-Intensität • Angela Köppl, Simon Loretz, Ina Meyer, Margit Schratzenstaller, Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparatursektors
- 3/2020** Stefan Ederer, Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Atanas Pekanov, Die Europäische Währungsunion im Wandel • Margit Schratzenstaller, Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Gunther Tichy, Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Andreas Reinstaller, Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019
- 4/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik, Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Thomas Url, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Atanas Pekanov, Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman, Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Thomas Url, Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt

WIFO ■ ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Georg Kapsch, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Kuratorium

Wolfgang Anzengruber, Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Kliën, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Thomas Leoni, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Fabian Unterlass, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank bis 31. August 2018

Dr. Robert Stehrer, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Mondi AG, Österreichische Hoteliervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Miklós Antal, Jarko Fidrmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Gabriele Wellan

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Karin Reich, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen